



Konditionalität 2026

Informationsbroschüre über die
einzuhaltenden Verpflichtungen

Impressum

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft,
Forsten und Tourismus (StMELF)
Ludwigstraße 2, 80539 München
info@stmelf.bayern.de | www.stmelf.bayern.de

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
(StMUV)
Rosenkavalierplatz 2, 81925 München
poststelle@stmuv.bayern.de | www.stmuv.bayern.de

Nr. 08022024

Stand: März 2026

Redaktion
Referat Koordinierung, Qualitätssicherung, Personal,
Konditionalität, StMELF
Referat Förderschwerpunkt Klimaschutz, Förderangelegenheiten
EU, StMUV

Bildnachweis
Tobias Hase, StMELF; H. Volz, LfL; Kurt Pahl; StMELF

Diese Broschüre wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt.
Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann dennoch
nicht übernommen werden.

Bei publizistischer Verwertung – auch von Teilen – Angabe der
Quelle und Übersendung eines Belegexemplars erbeten.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte sind
vorbehalten. Die Publikation wird kostenlos abgegeben, jede
entgeltliche Weitergabe ist untersagt.

Für die Inhalte fremder Internetangebote sind wir nicht
verantwortlich.

Dieser Code bringt Sie direkt zur Internetseite
[www.stmelf.bayern.de/foerderung/agrarpolitik/
konditionalitaet](http://www.stmelf.bayern.de/foerderung/agrarpolitik/konditionalitaet)



Hinweis

Diese Druckschrift wird kostenlos im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von den Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zweck der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



BAYERN | DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung. Unter Telefon 089 12 22 20 oder per E-Mail an direkt@bayern.de erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis	3
I Das Wichtigste in Kürze	5
1 Neuerungen und Klarstellungen im Vergleich zum Vorjahr	5
2 Beratung und Kontrolle.....	6
3 Allgemeine Bestimmungen der Konditionalität.....	7
II Erhaltung von Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ)	9
1 Erhaltung von Dauergrünland (GLÖZ1)	9
2 Schutz von Feuchtgebieten und Mooren (GLÖZ2)	12
3 Verbot des Ab Brennens von Stoppelfeldern (GLÖZ3).....	13
4 Schaffung von Pufferstreifen entlang von Gewässern (GLÖZ4).....	13
5 Mindestpraktiken der Bodenbearbeitung zur Begrenzung von Erosion (GLÖZ5).....	14
6 Mindestbodenbedeckung, um vegetationslose Böden in den sensibelsten Zeiten zu vermeiden (GLÖZ6)	16
7 Fruchtwechsel (GLÖZ7).....	18
8 Landschaftselemente (GLÖZ8).....	21
9 Verbot der Umwandlung oder des Umpflügens von Dauergrünland, das als umweltsensibles Dauergrünland in Natura2000-Gebieten ausgewiesen ist (GLÖZ9).....	23
III Grundanforderungen an die Betriebsführung (GAB)	24
1 Wasserrahmenrichtlinie (GAB 1).....	24
2 Nitratrichtlinie (GAB 2).....	29
3 Vogelschutz-Richtlinie (GAB 3)	36
4 FFH-Richtlinie (GAB 4).....	37
5 Lebens- und Futtermittelsicherheit (GAB 5).....	38
6 Richtlinie über das Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe in der tierischen Erzeugung (GAB 6)...	45
7 Regelungen zum Pflanzenschutz (GAB 7 und 8).....	46
8 Tierschutz (GAB 9, 10 und 11)	51
IV Kontroll- und Sanktionssystem	61
1 Kontrolle	61
2 Bewertung eines Verstoßes gegen die Vorschriften der Konditionalität.....	62
3 Höhe der Gesamtsanktion.....	63
4 Zuordnung eines Verstoßes zum Jahr der Begehung.....	64
V Glossar	65
1 Begriffsbestimmungen	65
2 Relevante Rechtsvorschriften.....	70

VI	Anlagen	73
1	Berechnungswerte und -hilfen für die Düngung.....	73
2	Muster-Formblatt für vorgeschriebene Aufzeichnungen über angewandte Pflanzenschutzmittel mit Beispiel	81
3	Eingriffe bei Tieren.....	81
4	Grundanforderungen an die Betriebsführung	83
5	Merkblatt über die Rechte und Pflichten der Landwirte und Kontrolleure bei Vor-Ort-Kontrollen	84
6	Schwere Böden korrespondierend mit mindestens 17 % Tongehalt	87
7	Feinkörnige Leguminosen im Rahmen von GLÖZ7	87
8	Weiterführende Informationen zu FFH-Mähwiesen.....	87

Diese Broschüre dient der allgemeinen Information über die einzuhaltenden Vorschriften der Konditionalität und ersetzt nicht eine gründliche Auseinandersetzung mit den aktuellen, für jeden Betrieb verbindlichen Rechtsvorschriften.

Insbesondere müssen sich Antragsteller, die für die Konditionalität relevante Zahlungen (siehe Glossar) beantragen, über gegebenenfalls eintretende Rechtsänderungen nach Redaktionsschluss und damit verbundene Änderungen der Vorschriften der Konditionalität informieren.

Die Informationen in dieser Broschüre beziehen sich auf den Stand der geltenden Rechtsvorschriften am 1. Januar 2026. Die Verordnung (EU) 2025/2649 (Omnibus III Agrar) enthält darüber hinaus Bestimmungen, die zu Erleichterungen und Vereinfachungen bei konditionalitätsrelevanten Regelungen führen. Diese werden derzeit in das deutsche Durchführungsrecht, insbesondere in die GAP-Konditionalitäten-Verordnung, überführt. Das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat rechnet mit dem gegebenenfalls rückwirkenden Inkrafttreten im Verlauf des Jahres 2026. Dies betrifft insbesondere eine mögliche Befreiung von zertifizierten beziehungsweise in Umstellung befindlichen Öko-Betrieben von den Anforderungen der Standards GLÖZ 1, 3, 4, 5, 6 und weiterhin 7. Es wird empfohlen hierzu die Fachpresse zu verfolgen.

Entsprechende Informationen werden über die jeweilige landwirtschaftliche Fachpresse und die Homepages des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus sowie des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz bekannt gegeben.

www.stmelf.bayern.de

www.stmuv.bayern.de

I DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

1 NEUERUNGEN UND KLARSTELLUNGEN IM VERGLEICH ZUM VORJAHR

Die folgenden Neuerungen bzw. Änderungen ergeben sich bei der Konditionalität im Vergleich zum Vorjahr:

1.1 GLÖZ1 Erhaltung von Dauergrünland

Ersatzflächen für genehmigte Dauergrünlandumwandlungen dürfen nicht durch andere Betriebsinhaber angelegt werden, wenn diese entweder als Öko-Betrieb im Ganzen oder teilweise nach der Verordnung (EU) 2018/848 zertifiziert sind oder als kleiner Betrieb nur bis zu 10 Hektar landwirtschaftlicher Fläche bewirtschaften.

1.2 GLÖZ2 Schutz von Feuchtgebieten und Mooren

Es ist nun möglich, eine geschädigte Dauergrünlandnarbe in der Moorbodenkulisse (GLÖZ2) – vorbehaltlich einer entsprechenden Genehmigung – zu erneuern. Hierzu ist eine nicht wendende Bodenbearbeitung, etwa mit Grubber oder Fräse, nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis zulässig. Pflügen ist nicht erlaubt. Die Einsaat hat zeitnah nach der Bodenbearbeitung zu erfolgen. Für diese Maßnahme ist eine Genehmigung bei der zuständigen Behörde zu beantragen. Diese wird nur erteilt, sofern Belange des Natur- und Klimaschutzes nicht entgegenstehen und die Bodenbearbeitung ausschließlich der Erneuerung der geschädigten Dauergrünlandnarbe dient. Die betroffene Fläche behält dabei ihren Status als Dauergrünland.

Wird eine Dauergrünlandfläche in der oben genannten Gebietskulisse entgegen den Vorgaben umgewandelt, muss der Betriebsinhaber diese Fläche innerhalb einer von der zuständigen Behörde festgesetzten Frist wieder in Dauergrünland rückumwandeln.

1.3 GLÖZ6 Mindestbodenbedeckung

Die Verpflichtung zur Mindestbodenbedeckung von 80 Prozent der betrieblichen Ackerfläche sowie die zur Erfüllung vorgesehenen Möglichkeiten werden ab dem Antragsjahr 2026 durch eine spezifische Ausnahme modifiziert. Hierzu wird für das Jahr 2026 eine befristete Ausnahmeregelung eingeführt:

Ackerflächen, auf denen Rüben, Kartoffeln, Rote Bete, Mangold, Möhren, Steckrüben, Zwiebeln oder Sellerie angebaut werden, sind nach der Ernte im Antragsjahr 2026 von der Verpflichtung zur Mindestbodenbedeckung ausgenommen, sofern im laufenden Antragsjahr keine Folgekultur (einschließlich Zwischenfrucht) angebaut wird.

Die Ausnahmeregelung dient der Bekämpfung der Schilf-Glasflügelzikade und der durch sie übertragenen Krankheiten und gilt ausschließlich für Gebiete, die von der zuständigen Stelle (Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft) entsprechend ausgewiesen werden.

Die bisherigen Vorschriften zu Maßnahmen und Verboten auf nichtproduktiven Acker- und Dauergrünlandflächen werden umfassend vereinfacht und gestrafft. Bearbeitungs- und Nutzungsverbote beschränken sich künftig auf das zum Schutz von Gelegen und zur Aufzucht von Feld- und Wiesenvögeln unbedingt Erforderliche.

Begrenzte Ausnahmen und Privilegierungen gelten für die Durchführung freiwilliger Maßnahmen, insbesondere im Rahmen der Ökoregelungen, Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) oder sonstiger Maßnahmen wie Lerchenfenster und Bejagungsschneisen.

1.4 GLÖZ7 Fruchtwechsel auf Ackerland

Alle Mischkulturen mit Mais zählen ab dem Antragsjahr 2026 zur Hauptkultur Mais (bei der Öko-Regelung 2 schon ab dem Antragsjahr 2025). Die Regelung gilt ab 2026 und ist in die Zukunft gerichtet. Betriebe mit bis zu 30 Hektar landwirtschaftlicher Fläche sind von Kontrollen und Sanktionen nach GLÖZ 7 ausgenommen.

1.5 GAB1 Wasserrahmenrichtlinie und GAB2 Nitratrichtlinie

Mit Urteil vom 24. Oktober 2025 hat das Bundesverwaltungsgericht Teile der bayerischen Ausführungsverordnung zur Düngeverordnung (AVDüV) – insbesondere die Gebietsausweisungen und zusätzliche Landesauflagen – für unwirksam erklärt. Die davon betroffenen Verpflichtungen entfallen bis auf weiteres. Die abweichenden Anforderungen nach § 3 der AVDüV blieben bis zum Ende der regulären Gültigkeit der Verordnung am 31.12.2025 bestehen.

Da die Verordnung auf Grund einer fehlenden verfassungskonformen Ermächtigungsgrundlage nicht fortgeschrieben werden konnte, sind zum 01.01.2026 auch die Erleichterungen bei der Aufzeichnung und die Erleichterungen beim Güllelagerraum nach § 3 AVDüV weggefallen.

1.6 GAB7 Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln

Seit 1. Januar 2026 gelten gemäß Durchführungsverordnung (EU) 2023/564, Durchführungsverordnung (EU) 2025/2203 neue Aufzeichnungspflichten. Aufzeichnungen zu Anwendungen von Pflanzenschutzmitteln müssen nun unverzüglich geführt werden. Darüber hinaus müssen weitere Angaben aufgezeichnet werden (vgl. Kapitel III Nr. 7.4).

1.7 Übergangsregelung Cross Compliance

Betriebe die zwischen dem 1. Januar 2023 und dem 31. Dezember 2023 Zahlungen aufgrund der Förderung der Maßnahme der Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen gemäß Artikel 46 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 erhalten haben, sind aufgrund der Bestimmungen in Artikel 104 der Verordnung (EU) 2021/2116 verpflichtet, in den drei auf die Auszahlung folgenden Kalenderjahren die anderweitigen Verpflichtungen nach Cross Compliance einzuhalten.

2 BERATUNG UND KONTROLLE

Auskünfte und Informationen zu den Fachgesetzen, die den einzelnen Vorschriften der Konditionalität zugrunde liegen, erteilen die jeweils zuständigen Fachbehörden.

Die **Kreisverwaltungsbehörden** sind mit folgenden Fachbehörden zuständig für:

- Vogelschutz- und FFH-Richtlinie: Untere Naturschutzbehörde,
- Nitratrichtlinie, soweit die Lagerung von wassergefährdenden Stoffen wie z. B. Wirtschaftsdünger, Silage betroffen ist: Untere Wasserrechtsbehörde mit Fachkundiger Stelle der Wasserwirtschaft und
- Nitratrichtlinie, soweit die Gewässerrandstreifen gemäß § 38a WHG betroffen sind: Untere Wasserrechtsbehörde,
- Wasserrahmenrichtlinie, soweit Gewässerrandstreifen gemäß § 38a WHG bzw. soweit die Wasserentnahme für Bewässerungszwecke betroffen sind: Untere Wasserrechtsbehörde,
- Tierschutz: Veterinärbehörde,
- Lebensmittelsicherheit: Veterinärbehörde, Lebensmittelüberwachungsbehörde.

Die **Bayerische Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (KBLV)** ist zuständige Fachbehörde für:

- Anlagen zum Halten oder zur Aufzucht von Geflügel gem. § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 Gesundheitlicher Verbraucherschutz-Verordnung (GesVSV),

- Anlagen zum Halten oder zur Aufzucht von Rindern, Kälbern, Mastschweinen, Sauen, Ferkeln, gemischten Beständen gem. § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 und damit verbundene Betriebe und Anlagen gem. § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 bis 8 GesVSV.

Die **Regierung von Oberbayern** ist zuständige Fachbehörde für:

- Futtermittelsicherheit

Die **Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** sind die Fachbehörden für folgende Verpflichtungen der Konditionalität:

- Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand,
- Nitratrichtlinie und Wasserrahmenrichtlinie, soweit es sich um Fragen der Düngung handelt,
- Regelungen zum Pflanzenschutz.

Die **systematischen Kontrollen** der Vorschriften der Konditionalität werden von der **Abteilung Prüfdienst der Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** durchgeführt.

Die **Fachrechtskontrollen** (z. B. aufgrund einer Anzeige oder best. Fachrechtsvorgaben) werden von der für den jeweiligen Rechtsakt zuständigen Fachbehörde (vgl. oben) durchgeführt.

3 ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN DER KONDITIONALITÄT

Gemäß der Verordnung (EU) 2021/2115 ist die Gewährung von Agrarzahlungen auch an die Einhaltung von Vorschriften in den Bereichen

- Klima und Umwelt, einschließlich Wasser, Böden sowie biologische Vielfalt und Landschaft,
 - öffentliche Gesundheit und Pflanzengesundheit sowie
 - Tierschutz
- geknüpft.

Diese Verknüpfung wird als Konditionalität bezeichnet. Diese Regelungen umfassen:

- neun Standards für die Erhaltung von Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ) und
- elf Regelungen zu den Grundanforderungen an die Betriebsführung (GAB); diese Fachrechts-Regelungen bestehen auch unabhängig von der Konditionalität.

Die Vorschriften der Konditionalität gehen gemäß den Bestimmungen der Verordnung (EU) 2021/2116 von einem gesamtbetrieblichen Ansatz aus. Dies bedeutet, dass ein Betrieb, der für die Konditionalität relevante Zahlungen erhält, in allen Produktionsbereichen (z. B. Ackerbau, Viehhaltung, Gewächshäuser, Sonderkulturen) und allen seinen Betriebsstätten diese Vorschriften einhalten muss. Dabei ist es unerheblich, in welchem Umfang Flächen oder Betriebszweige bei der Berechnung der Zahlungen berücksichtigt wurden.

Die im Rahmen der Konditionalität zu beachtenden Vorschriften beziehen sich auf Maßnahmen, die im Rahmen der landwirtschaftlichen Tätigkeit oder auf den Flächen (ohne nicht beantragte forstwirtschaftliche Flächen) zu erfüllen sind.

Bei Beantragung einer oder mehrerer der folgenden Zahlungen unterliegt die Antragstellerin bzw. der Antragsteller mit seinem gesamten Betrieb dem System zur Kontrolle und Sanktionierung der Konditionalität (für Konditionalität relevante Zahlungen):

- Direktzahlungen:
 - Einkommensgrundstützung für Nachhaltigkeit
 - Ergänzende Umverteilungseinkommensstützung für Nachhaltigkeit
 - Ergänzende Einkommensstützung für Junglandwirte
 - Regelungen für Klima, Umwelt und Tierwohl (Öko-Regelungen)
 - Gekoppelte Einkommensstützung für Mutterkühe, Mutterschafe und Mutterziegen
 - Rückerstattung Haushaltsdisziplin.

- Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes:
 - Zahlungen für Umwelt-, Klima- und andere Bewirtschaftungsverpflichtungen inkl. Zahlungen für den ökologischen/biologischen Landbau (KULAP, VNP)
 - Zahlungen für naturbedingte oder andere gebietsspezifische Benachteiligungen (Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete)
 - Zahlungen für gebietsspezifische Benachteiligungen, die sich aus bestimmten verpflichtenden Anforderungen ergeben (im Rahmen von Natura 2000 und im Zusammenhang mit der Richtlinie 2000/60/EG Wasserrahmenrichtlinie).

Verstöße gegen die im Rahmen der Konditionalität zu beachtenden Verpflichtungen führen zu einer Kürzung der genannten Zahlungen.

Die Verpflichtungen der Konditionalität gelten auch auf folgenden **nichtlandwirtschaftlichen Flächen**:

- Flächen, die sich in Folge von Maßnahmen gemäß **Natura 2000** oder der Wasserrahmenrichtlinie zu nichtlandwirtschaftlichen Flächen entwickelt haben (Nutzungscode 583).
- **Naturschutzflächen** ohne landwirtschaftliche Verwertung des Aufwuchses (Nutzungscode 958).

Sukzessionsflächen sind Flächen, auf denen die landwirtschaftliche Bewirtschaftung dauerhaft (für mindestens fünf Jahre) aufgegeben wird. Auch auf diesen Flächen sind die Vorschriften der Konditionalität einzuhalten.

Die Konditionalität ersetzt nicht das Fachrecht. Deshalb sind neben den dargestellten Vorschriften der Konditionalität die bestehenden Verpflichtungen, die sich aus dem Fachrecht ergeben, auch weiterhin einzuhalten, selbst wenn sie die Vorschriften der Konditionalität übersteigen. Eine Ahndung nach dem Fachrecht (z.B. Ordnungswidrigkeit) erfolgt unabhängig und gegebenenfalls zusätzlich zu den Sanktionen bei den für die Konditionalität relevanten Zahlungen.

Verstöße gegen das Fachrecht lösen nur dann eine Kürzung der Zahlungen aus, wenn diese Verstöße ebenfalls Vorschriften der Konditionalität verletzen.

II ERHALTUNG VON FLÄCHEN IN EINEM GUTEN LANDWIRTSCHAFTLICHEN UND ÖKOLOGISCHEN ZUSTAND (GLÖZ)

Betroffen sind alle Antragstellerinnen und Antragsteller

Die Grundsätze der Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand sind im GAP-Konditionalitäten-Gesetz (GAPKondG) und in der GAP-Konditionalitäten-Verordnung (GAPKondV) geregelt. Damit kommt Deutschland der Verpflichtung nach, konkrete Anforderungen zu folgenden Standards zu erlassen:

- Erhaltung von Dauergrünland (GLÖZ1)
- Schutz von Feuchtgebieten und Mooren (GLÖZ2)
- Verbot des Abbrennens von Stoppelfeldern (GLÖZ3)
- Schaffung von Pufferstreifen entlang von Gewässern (GLÖZ4)
- Mindestpraktiken der Bodenbewirtschaftung zur Begrenzung von Erosion (GLÖZ5)
- Mindestbodenbedeckung, um vegetationslose Böden in den sensibelsten Zeiten zu vermeiden (GLÖZ6)
- Fruchtwechsel auf Ackerland (GLÖZ7)
- Landschaftselemente (GLÖZ8)
- Verbot der Umwandlung oder des Umpflügens von Dauergrünland, das als umweltsensibles Dauergrünland in Natura2000-Gebieten ausgewiesen ist (GLÖZ9)

1 ERHALTUNG VON DAUERGRÜNLAND (GLÖZ1)

Im Hinblick auf die Erhaltung von Dauergrünland ergeben sich folgende Verpflichtungen:

1.1 Umwandlung von Dauergrünland grundsätzlich nur mit Genehmigung

Dauergrünland darf grundsätzlich nur mit Genehmigung in andere landwirtschaftliche Nutzungen umgewandelt werden. Diese Genehmigungspflicht gilt auch für Dauergrünland welches zur Erneuerung der Grasnarbe umgebrochen und wieder neu angesät wird.

Hinweis:

Für Dauergrünland, das zu umweltsensiblen Dauergrünland gehört (siehe dazu Regelungen zu GLÖZ9) oder in Feucht- und Moorengebieten liegt (klimasensibles Dauergrünland, siehe dazu Regelungen zu GLÖZ2), gelten zusätzliche Anforderungen.

Die Genehmigung für die Umwandlung ist beim zuständigen Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) mittels der dort bereitgestellten Formulare zu beantragen. Eine Genehmigung wird nicht erteilt, wenn andere Rechtsvorschriften oder Verpflichtungen der antragstellenden Person gegenüber öffentlichen Stellen einer Umwandlung entgegenstehen oder der Dauergrünlandanteil in der Region um mehr als vier Prozent abgenommen hat. Das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus (StMELF) gibt im Bundesanzeiger bekannt, falls sich der Dauergrünlandanteil in Bayern um mehr als vier Prozent reduziert hat. In diesen Fällen erlischt eine noch nicht genutzte Genehmigung mit Ablauf des Tages einer entsprechenden Bekanntmachung im Bundesanzeiger.

Eine Genehmigung wird ferner nicht erteilt, wenn das Dauergrünland ein Grünlandlebensraumtyp des Anhangs I der Richtlinie 92/43/EWG des Rates zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie) außerhalb der Gebiete ist, die in die Liste nach Artikel 4 Absatz 2 Unterabsatz 3 der Richtlinie 92/43/EWG eingetragen sind (FFH-Gebiet). Für Dauergrünland, das innerhalb von FFH-Gebieten liegt, gelten zusätzlich die Regelungen nach GLÖZ9 (siehe Kapitel II, Nr. 9).

1.2 Genehmigung mit Verpflichtung zur Anlage einer Ersatzfläche

Im Regelfall wird eine förderrechtliche Genehmigung nur erteilt, wenn eine andere Fläche in derselben Region (z. B. Bayern) mit der entsprechenden Größe neu als Dauergrünland angelegt wird (Ersatzfläche). Diese Ersatzfläche kann auch bereits vorher für Gras oder andere Grünfütterpflanzen genutzt worden sein (zum Beispiel als Ackergras), aber sie darf noch nicht zu Dauergrünland geworden sein. Sie muss mindestens fünf aufeinander folgende Jahre für den Anbau von Gras oder anderen Grünfütterpflanzen genutzt werden, ohne Bestandteil der Fruchtfolge zu sein und ohne gepflügt zu werden, wobei durchgehende Jahre mit Anbau von Gras oder andere Grünfütterpflanzen unmittelbar vor der Neuanlage angerechnet werden, wenn in diesem Zeitraum kein Pflug eingesetzt wurde.

Beispielsweise beträgt bei einer Ersatzfläche, die bereits die vorhergehenden zwei Jahre für den Anbau von Gras oder anderen Grünfütterpflanzen genutzt wurde, die verbleibende Mindestnutzungsdauer drei Jahre. Garantiert werden soll dadurch, dass die Ersatzfläche letztlich in jedem Fall den Dauergrünlandstatus im Sinne von § 7 GAPDZV erhält, so dass sie einen wirklichen Ersatz für die umgewandelte Dauergrünlandfläche schafft.

Eine Ersatzfläche ist spätestens bis zu dem Schlusstermin für den Mehrfachantrag (15. Mai), der auf die Genehmigung zur Umwandlung von Dauergrünland folgt, anzulegen. Erfolgt die Anlage der Ersatzfläche nicht bis zu diesem Termin, erlischt die erteilte Genehmigung und die zuständige Behörde hat die Rückumwandlung der Fläche, auf die sich die Genehmigung bezog, in Dauergrünland anzuordnen

Soweit die Fläche, die als Dauergrünland neu angelegt werden soll, nicht im Eigentum des Betriebsinhabers steht (Pachtfläche), ist die Zustimmung des Eigentümers zur Neuanlage dieser Fläche als Dauergrünland erforderlich. Eine Zustimmung ist nicht erforderlich, sofern die umzuwandelnde Fläche und die Ersatzfläche identisch sind.

Die Neuanlage der Ersatzfläche kann auch durch einen anderen Betriebsinhaber auf dessen betriebs-eigenen Flächen erfolgen. Voraussetzung für die Genehmigung ist in diesem Fall eine Bereitschaftserklärung dieses anderen Betriebsinhabers zur Anlage einer entsprechend großen Dauergrünlandfläche im eigenen Betrieb.

Hier gibt es zwei wichtige Einschränkungen: Der andere Betriebsinhaber darf keine Ersatzfläche stellen, wenn sein Betrieb nur bis zu 10 Hektar landwirtschaftlicher Fläche bewirtschaftet („kleiner Betrieb“). Er darf auch keine Ersatzfläche stellen, wenn sein Betrieb in Gänze oder teilweise nach der Verordnung (EU) 2018/848 zertifiziert ist (Öko-Betrieb). Für die Beurteilung, ob es sich bei dem anderen Betriebsinhaber um einen kleinen Betrieb oder einen Ökobetrieb handelt, ist maßgeblich, wie sich dessen Betrieb am Tag des Schlusstermins für die Einreichung des Mehrfachantrages darstellt, der auf die Erteilung der Genehmigung zur Umwandlung von Dauergrünland folgt.

Weiterhin ist eine Erklärung des Eigentümers erforderlich, im Falle eines Wechsels des Besitzes oder des Eigentums jeden nachfolgenden Besitzer und den nachfolgenden Eigentümer darüber zu unterrichten, dass und wie lange diese Fläche aufgrund rechtlicher Vorgaben für den Anbau von Gras oder anderen Grünfütterpflanzen genutzt werden muss.

Wird für eine Dauergrünlandfläche, die vor dem 1. Januar 2015 entstanden ist, eine Ersatzfläche angelegt, so gilt auch die Ersatzfläche als Dauergrünland, das vor dem 1. Januar 2015 entstanden ist. Wie bereits weiter oben erläutert, ist die Ersatzfläche mindestens fünf aufeinander folgende Jahre für den Anbau von Gras oder anderen Grünfütterpflanzen zu nutzen. Erst nach diesen 5 Jahren kann eine Genehmigung zur Umwandlung dieser Ersatzfläche erteilt werden, und auch nur dann, wenn eine andere Fläche in derselben Region mit der entsprechenden Größe neu als Dauergrünland angelegt wird.

1.3 Genehmigung ohne Verpflichtung zur Anlage einer Ersatzfläche

Eine förderrechtliche Genehmigung ohne Verpflichtung zur Neuanlage von Dauergrünland wird i.d.R. erteilt, wenn das Dauergrünland im Rahmen von bestimmten Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen der

zweiten Säule der GAP entstanden ist oder wenn das Dauergrünland erst ab dem 1. Januar 2015 neu entstanden ist.

Eine Genehmigung zur Umwandlung infolge des Anbaus von Kulturen im Paludiverfahren (durch eine standortangepasste nasse Nutzung) wird ebenfalls ohne Anlage einer Ersatzfläche erteilt.

Eine besondere Regelung gilt allerdings, wenn das Dauergrünland zwar erst ab dem Jahr 2015 entstanden ist, diese Neuanlage aber im Rahmen der Erfüllung von Greening-Verpflichtungen erfolgte (Wiedersaat nach Verstoß). Diese Ersatz-Dauergrünlandflächen aufgrund von Greening-Verpflichtungen müssen mindestens fünf Jahre lang für den Anbau von Gras oder anderen Grünfütterpflanzen genutzt werden. Erst nach diesen fünf Jahren kann eine Genehmigung zur Umwandlung dieses Dauergrünlandes erteilt werden, und zwar nur dann, wenn eine andere Fläche in derselben Region mit der entsprechenden Größe neu als Dauergrünland angelegt wird. Dabei gelten im Übrigen die gleichen Anforderungen wie im oben beschriebenen Regelfall.

Eine Ersatzfläche ist weiterhin dann erforderlich, wenn es sich bei der umzuwandelnden Fläche bereits um eine als Ersatzfläche angelegte Fläche oder um eine nach widerrechtlicher Umwandlung wieder rückumgewandelte Dauergrünlandfläche handelt. Solche Flächen müssen mindestens fünf aufeinander folgende Jahre für den Anbau von Gras oder anderen Grünfütterpflanzen genutzt werden und ihre Umwandlung kann auch danach nur mit Verpflichtung zur Anlage einer Ersatzfläche genehmigt werden.

1.4 Ausnahmen von der Genehmigungspflicht

Dauergrünland, das ab dem 1. Januar 2021 neu entstanden ist, darf i. d. R. ohne Genehmigung umgewandelt werden. Die erfolgte Umwandlung ist dann bei Stellung des nächsten Mehrfachantrages durch Angabe des jeweiligen Nutzungscodes auf der Fläche (Acker-/Dauerkultur) anzuzeigen. Auch das Überführen in eine nichtlandwirtschaftliche Fläche (NFL) ist förderrechtlich genehmigungsfrei.

Hinweis:

Gegebenenfalls stehen einer Umwandlung im jeweiligen Fall andere rechtliche Regelungen entgegen. Es wird deshalb empfohlen, sich bei den zuständigen Behörden vor einer Umwandlung von solchem Dauergrünland über das Bestehen anderer rechtlicher Regelungen, die einer eventuellen Umwandlung entgegenstehen, zu informieren.

Nicht der Genehmigung bedarf eine Umwandlung von maximal 500 Quadratmetern Dauergrünland je Antragstellerin bzw. Antragsteller innerhalb einer Region pro Jahr (Bagatellregelung bei GLÖZ1). Diese Ausnahme gilt nicht, wenn die umgewandelte Dauergrünlandfläche größer als 500 Quadratmeter ist. Diese förderrechtliche Bagatellregelung kommt zudem nicht mehr zur Anwendung, wenn der Dauergrünlandanteil in der betreffenden Region um mehr als vier Prozent abgenommen hat und das StMELF diese Abnahme im Bundesanzeiger bekannt gemacht hat.

Diese Ausnahmen von der Genehmigungspflicht gelten allerdings nicht für Dauergrünland, das

- als Ersatzfläche angelegt wurde,
- nach widerrechtlicher Umwandlung wieder rückumgewandelt wurde,
- im Rahmen der Regelungen zum Greening als Ersatzfläche angelegt oder rückumgewandelt wurde und nach diesen Vorschriften als Dauergrünland gilt,
- aufgrund einer EU-Förderung im Rahmen der Förderperiode bis 2022 (Verordnung (EU) Nr. 1305/2013) aus Ackerland entstanden ist oder
- unter die Vorgaben des GLÖZ2 oder GLÖZ9 fällt (siehe Kapitel II, Nr. 2 und 9).

1.5 Rückumwandlung widerrechtlich umgewandelter Dauergrünlandflächen

Wird eine Dauergrünlandfläche ohne die erforderliche Genehmigung umgewandelt oder wird sie zwar mit Genehmigung umgewandelt, aber nicht die mit der Genehmigung verbundene Pflicht zur Anlage einer Ersatzfläche erfüllt, muss der Betriebsinhaber diese Fläche innerhalb einer von der zuständigen

Behörde festgesetzten Frist, spätestens aber bis zum nächstfolgenden Schlusstermin für den Mehrfachantrag (15.05.), wieder in Dauergrünland rückumwandeln. Sollte die Fläche zwischenzeitlich an einen anderen Betriebsinhaber übergeben worden sein, der ebenfalls den Verpflichtungen der Konditionalität unterliegt, gilt die Verpflichtung für den übernehmenden Betrieb.

2 SCHUTZ VON FEUCHTGEBIETEN UND MOOREN (GLÖZ2)

Zum Schutz von Feuchtgebieten und Mooren wurde im iBALIS eine Gebietskulisse mit der Bezeichnung Moorbodenkulisse (GLÖZ2) ausgewiesen. Zusätzlich wird mit dem Flächen- und Nutzungsnachweis zum Mehrfachantrag jährlich für jedes Feldstück die Betroffenheit mitgeteilt.

Für landwirtschaftliche Flächen, die in dieser Gebietskulisse liegen, gilt Folgendes:

- Dauergrünland darf nicht in eine andere landwirtschaftliche Nutzung umgewandelt oder gepflügt werden (zu „Pflügen“ siehe auch Glossar).
- Obstbaum-Dauerkulturen (siehe Glossar) dürfen nicht in Ackerland umgewandelt werden.
- Auf allen landwirtschaftlichen Flächen dürfen keine Veränderungen vorgenommen werden durch
 - einen Eingriff in das Bodenprofil mit schweren Baumaschinen,
 - eine Bodenwendung tiefer als 30 Zentimeter oder
 - eine Auf- und Übersandung.

Für das Roden und die Neuanpflanzung oder Neuansaat von Dauerkulturen ist, soweit erforderlich, eine Bodenwendung von mehr als 30 cm nach guter fachlicher Praxis zulässig. Auf bestehenden Dauergrünlandflächen in dieser Gebietskulisse (GLÖZ2) sind das Umwandeln oder das Pflügen von Dauergrünland zulässig, sofern eine standortangepasste nasse Nutzung der Fläche im Sinne einer Paludikultur etabliert wird und die Fläche nicht

- in einem Gebiet liegt, das in die Liste nach Artikel 4 Absatz 3 Unterabsatz 3 der Richtlinie 92/43/EWG eingetragen ist (FFH-Gebiet),
- in einem Gebiet liegt, das nach Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2009/147/EG als Schutzgebiet ausgewiesen ist (Vogelschutzgebiet),
- ein gesetzlich geschütztes Biotop nach § 30 Absatz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes oder nach weiteren landesrechtlichen Vorschriften ist oder
- in einem von einer Landesregierung aus Naturschutzgründen durch Rechtsverordnung ausgewiesenen Gebiet liegt.

Wenn die Dauergrünlandnarbe einer Fläche in der o.g. Gebietskulisse geschädigt oder die Erneuerung nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis gerechtfertigt ist, ist die Erneuerung durch eine nichtwendende Bodenbearbeitung, etwa mit Grubber oder Fräse, nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis zulässig. Pflügen ist dabei nicht zulässig. Die Einsaat hat zeitnah nach der Bodenbearbeitung zu erfolgen. Für diese Maßnahme ist immer eine Genehmigung bei der zuständigen Behörde zu beantragen. Diese wird nur erteilt, sofern Belange des Natur- und Klimaschutzes nicht entgegenstehen und die Bodenbearbeitung ausschließlich der Erneuerung der geschädigten Dauergrünlandnarbe dient. Die betroffene Fläche behält dabei ihren Status als Dauergrünland.

Wird eine Dauergrünlandfläche entgegen den Vorgaben umgewandelt, muss der Betriebsinhaber diese Fläche innerhalb einer von der zuständigen Behörde festgesetzten Frist wieder in Dauergrünland rückumwandeln. Sollte die Fläche zwischenzeitlich an einen anderen Betriebsinhaber übergeben worden sein, der ebenfalls den Verpflichtungen der Konditionalität unterliegt, gilt die Verpflichtung für den übernehmenden Betrieb.

Ebenso gilt es für Flächen, die in der o. g. Gebietskulisse liegen, im Hinblick auf Drainagen oder Gräben Folgendes zu beachten:

- Wer eine landwirtschaftliche Fläche erstmalig durch eine Drainage oder einen Graben entwässern will, bedarf der Genehmigung durch die zuständige Naturschutzbehörde und Wasserbehörde. Wasserrechtliche Zulassungspflichten bleiben unberührt.
- Wer eine bestehende Drainage oder einen bestehenden Graben zur Entwässerung einer landwirtschaftlichen Fläche erneuern oder instand setzen will, dass dadurch eine Tieferlegung des vorhandenen Entwässerungsniveaus erfolgt, bedarf der Genehmigung durch die zuständige Wasserbehörde.

Im Falle einer Kontrolle ist die Genehmigung vorzulegen.

3 VERBOT DES ABBRENNENS VON STOPPELFELDERN (GLÖZ3)

Das Abbrennen von Stoppelfeldern und von Stroh auf Stoppelfeldern ist verboten.

4 SCHAFFUNG VON PUFFERSTREIFEN ENTLANG VON GEWÄSSERN (GLÖZ4)

Pflanzenschutzmittel, Biozid-Produkte und Düngemittel dürfen auf landwirtschaftlichen Flächen, die an Gewässer angrenzen, innerhalb eines Abstands von 3 m, gemessen ab der Böschungsoberkante, nicht angewendet werden. Bei Gewässern ohne ausgeprägte Böschungsoberkante wird der Abstand ab der Linie des Mittelwasserstandes gemessen. Landesrechtliche Regelungen bezüglich der Festlegung der Böschungsoberkante oder Uferlinie gelten fort.

Diese Abstandsregelung gilt für alle Gewässer, also auch für Seen, Flüsse, Bäche und wasserführende Gräben, soweit diese nicht nach § 5 Absatz 4 der Düngeverordnung in Verbindung mit § 2 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes oder nach § 4a Absatz 1 Satz 1 der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung von der Anwendung des Wasserhaushaltsgesetzes oder der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung ausgenommen sind.

Hinweis:

Im Rahmen der Düngeverordnung und der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung getroffene Abstandsregelungen (siehe dazu auch Ausführungen zu GAB 1, 2, 7 und 8) sind unabhängig von der Abstandsregelung bei GLÖZ4 zu beachten.

5 MINDESTPRAKTIKEN DER BODENBEARBEITUNG ZUR BEGRENZUNG VON EROSION (GLÖZ5)

Die Mindestanforderungen zur Begrenzung von Erosion richten sich nach dem Grad der Wasser- oder Winderosionsgefährdung der landwirtschaftlichen Flächen.

Mit dem Flächen- und Nutzungsnachweis zum Mehrfachantrag wird jährlich für jedes Feldstück die Einstufung der Erosionsgefährdung durch Wasser und Wind mitgeteilt. Auch wenn auf Dauergrünland- und Dauerkulturflächen über die wasser- und naturschutzrechtlichen Beschränkungen hinaus keine Verpflichtungen zum Erosionsschutz einzuhalten sind, wird deren Gefährdungseinstufung ebenfalls im Flächen- und Nutzungsnachweis angegeben. Damit hat der Betriebsinhaber die Möglichkeit zu erkennen, welche Verpflichtungen zum Erosionsschutz einzuhalten wären, wenn diese Flächen zukünftig als Acker genutzt werden.

Die Vorgehensweise zur Festlegung der Erosionsgefährdung von Ackerflächen wird in Bayern durch die „Verordnung zur Einteilung landwirtschaftlicher Flächen nach dem Grad der Erosionsgefährdung“ (ESchV) geregelt.

Die ESchV sowie weitere hilfreiche Informationen können im Internet eingesehen werden:

www.stmelf.bayern.de/landwirtschaft/klima/erosionsschutzverordnung-in-bayern

5.1 Stufen der Erosionsgefährdung

In Abhängigkeit vom Grad der Erosionsgefährdung werden die Flächen in folgende Gefährdungsklassen eingeteilt (Erosionsgefährdungskataster):

Wassererosionsstufen:

- K-Wasser 0
- K-Wasser 1
- K-Wasser 2

Winderosionsstufen:

- K-Wind 0
- K-Wind 1

Das Erosionsgefährdungskataster kann im Internet eingesehen werden:

www.erosionsschutz.bayern.de

Folgende Verpflichtungen müssen auf erosionsgefährdeten Flächen eingehalten werden:

5.2 Wassererosion

Auf Ackerflächen der Gefährdungsklasse K-Wasser 0 sind förderrechtlich keine Verpflichtungen zum Erosionsschutz einzuhalten.

5.2.1 Erosionsgefährdungsklasse K-Wasser 1

Ackerflächen der Erosionsgefährdungsklasse K-Wasser 1 dürfen vom 1. Dezember bis einschließlich 15. Februar nicht gepflügt werden. Das Pflügen nach der Ernte der Vorfrucht ist zudem nur dann zulässig, wenn vor dem 1. Dezember die Aussaat einer Winterkultur oder Zwischenfrucht erfolgt. Nach dem 15. Februar bestehen im Frühjahr für die Bestellung der Sommerkulturen keine Beschränkungen beim Pflügen.

5.2.2 Erosionsgefährdungsklasse K-Wasser 2

Ackerflächen der Erosionsgefährdungsklasse K-Wasser 2 dürfen ebenfalls vom 1. Dezember bis einschließlich 15. Februar nicht gepflügt werden. Darüber hinaus ist das Pflügen ab dem 16. Februar bis einschließlich 30. November nur dann erlaubt, wenn unmittelbar nach dem Pflügen eine Aussaat erfolgt.

Vor der Aussaat von Reihenkulturen (siehe Glossar) mit einem Reihenabstand von 45 cm und mehr ist das Pflügen verboten.

5.2.3 Ausnahmen für ökologisch zertifizierte Betriebe

Vor der Aussaat von Sommerkulturen mit einem Reihenabstand von 45 cm und mehr (Reihenkultur) ist für nach der Verordnung (EU) 2018/848 zertifizierte Betriebe auf K-Wasser 2-Flächen ein Pflügen dann zulässig, wenn zuvor eine Winterzwischenfrucht (auch als Untersaat) angebaut wurde und wenn das Pflügen gemäß guter fachlicher Praxis unmittelbar vor der Einsaat der Sommerreihenkultur erfolgt.

5.2.4 Pflugeinsatz vor frühen Sommerkulturen

Abweichend von den genannten Anforderungen zum Erosionsschutz ist in Bayern **vor frühen Sommerkulturen** (siehe Glossar) ohne Reihenkulturen eine raue Winterpflugfurche als Erosionsschutzmaßnahme möglich. Bei der Wahl dieser Alternative darf nach der Ernte der Vorfrucht gepflügt werden, ohne dass eine Aussaat vor dem 1. Dezember bzw. eine unmittelbare Aussaat erfolgt. Die Pflugfurche kann somit im Herbst oder Winter (auch nach dem 1. Dezember) erfolgen. Um einen ausreichenden Schutz vor Erosion zu gewährleisten, darf sie jedoch **nicht vor dem 16. Februar nachbearbeitet** werden. Diese Ausnahme gilt für die genannten frühen Sommerkulturen ohne Reihenkulturen auf allen Flächen der Erosionsgefährdungsklassen K-Wasser 1 und K-Wasser 2.

5.2.5 Weitere Maßnahmen zur Erosionsvermeidung

Bei anderen Sommerkulturen, die nicht als frühe Sommerkulturen gelten (z. B. Mais) oder Reihenkulturen, besteht die Wahlmöglichkeit einer rauen Winterfurche bzw. des Pflugeinsatzes im Frühjahr vor Reihenkulturen auf K-Wasser 2 nur in Kombination mit weiteren Erosionsschutzmaßnahmen.

Hinweis:

Hierbei sind jedoch die Vorgaben des GLÖZ6 mit zu berücksichtigen. D. h. eine raue Winterfurche vor anderen Sommerkulturen auf Böden die nicht als schwer klassifiziert sind, ist auf max. 20 % der Ackerfläche begrenzt (vgl. Kapitel II, Nr. 6 – GLÖZ6).

Hangparallele Ansaat

Auf Ackerflächen mit der Erosionsgefährdungsklasse K-Wasser 1 (gilt nicht für K-Wasser 2) kann vor anderen Sommerkulturen oder Reihenkulturen eine raue Winterfurche erfolgen, wenn sowohl die Bodenbearbeitung als auch die Ansaat oder Anpflanzung von Kulturen oder die Anlage von Dämmen hangparallel erfolgt. Der Betriebsinhaber (siehe Glossar) muss im eigenen Ermessen entscheiden, ob er diese Möglichkeit nutzen kann. Dies ist nur bei eindeutiger Hangausrichtung in einer Richtung durchführbar. In Zweifelsfällen sollte diese Ausnahmemöglichkeit nicht in Anspruch genommen werden.

Abdeckung mit Vlies (keine Folie)

Die Kulturen werden im Frühjahr mit Vlies oder Kulturschutznetzen nach Saat oder Pflanzung bis zum Reihenschluss abgedeckt.

Anlage von Erosionsschutzstreifen

Die Anlage der Erosionsschutzstreifen erfolgt mit einer Breite von mindestens 9 m hangparallel, spätestens im Herbst des Vorjahres bzw. mehrjährig durch Einsaat von Getreide oder einer rasenbildenden Kultur (siehe Glossar), die spätestens bis zum Reihenschluss einen ausreichenden Erosionsschutz gewähren.

Auf der Fläche ist unabhängig von ihrer Größe mindestens ein Erosionsschutzstreifen am Hangfuß bzw. an der im Hang liegenden unteren Feldstücksgrenze anzulegen:

- Auf Flächen der Erosionsgefährdungsklasse K-Wasser 1 sollen im Abstand von maximal 100 m,
- auf Flächen der Erosionsgefährdungsklasse K-Wasser 2 im Abstand von maximal 75 m weitere Erosionsschutzstreifen angelegt werden.

Gewässerrandstreifen am Hangfuß können als Teil des Erosionsschutzstreifens angerechnet werden, auch wenn sie nicht Teil des Feldstücks sind.

Begrünung von Abflussmulden

Das AELF legt im Einzelfall auf Antrag die zu begrünenden Abflussmulden des Feldstücks fest. Die Begrünung erfolgt spätestens im Herbst des Vorjahres durch Einsaat von Getreide oder einer rasenbildenden Kultur (siehe Glossar). Jede Abflussmulde des Feldstücks muss grundsätzlich mindestens 9 m breit entlang der Tiefenlinie auf der gesamten Abflussmulde begrünt werden.

Rasenbildende Kultur als Vorfrucht

Auf Feldstücken, auf denen im Vorjahr eine rasenbildende Kultur (siehe Glossar) im Mehrfachtantrag als Hauptkultur angegeben und diese spätestens im Herbst vor dieser Mehrfachtantragstellung angesät worden ist, ist der Pflugeinsatz im Herbst bzw. Frühjahr zu allen Kulturen möglich.

Hangteilung durch Kulturwechsel Sommerung-Winterung

Wird ein Feldstück hangparallel in zwei Bewirtschaftungseinheiten (bzw. Schläge) geteilt, und wird einer dieser Schläge, der mindestens einen Anteil von 30 % der Fläche des Feldstücks einnimmt, mit Wintergetreide, Wintererbsen, Wintererbsen, Fenchel, Brennesseln, Efeu, Winterheckenzwiebeln, Schafgarbe oder spätestens im Herbst des Vorjahres etablierten rasenbildenden Kulturen oder mehrjährigen Blühflächen bewirtschaftet, ist auf dem zweiten Schlag (max. 70 % der Fläche des FS) eine raue Winterfurche zu anderen Sommerkulturen zulässig.

Bei allen Maßnahmen zum Erosionsschutz wird nochmals darauf hingewiesen, dass die Pflugfurche im Herbst oder Winter angelegt, aber nicht vor dem 16. Februar nachbearbeitet werden darf (rau), um einen ausreichenden Schutz vor Erosion zu gewährleisten.

5.3 Winderosion

Auf Ackerflächen der Erosionsstufe K-Wind 0 sind förderrechtlich keine Verpflichtungen zum Erosionsschutz zu beachten.

Erosionsgefährdungsklasse K-Wind 1

Ist eine Ackerfläche der Windgefährdungsklasse K-Wind 1 zugewiesen, darf die Ackerfläche nur bei Aussaat vor dem 1. März gepflügt werden. Abweichend hiervon ist das Pflügen ab dem 1. März nur bei einer unmittelbar folgenden Aussaat zulässig.

Bei Reihenkulturen mit einem Reihenabstand von 45 Zentimetern und mehr gilt ein grundsätzliches Pflugverbot. Das Verbot des Pflügens bei Reihenkulturen gilt jedoch nicht, falls

- vor dem 1. Oktober Grünstreifen mit einer Breite von jeweils mindestens 2,5 m und in einem Abstand von höchstens 100 m quer zur Hauptwindrichtung eingesät werden,
- ein Agroforstsystem nach § 4 Absatz 2 Nr. 1 der GAP-Direktzahlungen-Verordnung mit den Gehölzstreifen quer zur Hauptwindrichtung angelegt wird,
- Kulturen in Dämmen angebaut werden, soweit die Dämme quer zur Hauptwindrichtung angelegt werden oder unmittelbar nach dem Pflügen Jungpflanzen gesetzt werden.

Auch bei Maßnahmen zum Schutz vor Winderosion sind die Vorgaben des GLÖZ6 mit zu berücksichtigen (max. 20 % der Flächen ohne Bodenbedeckung in den sensibelsten Zeiten).

6 MINDESTBODENBEDECKUNG, UM VEGETATIONSLOSE BÖDEN IN DEN SENSIBELSTEN ZEITEN ZU VERMEIDEN (GLÖZ6)

Auf mindestens 80 % der Ackerflächen des Betriebes hat eine Mindestbodenbedeckung zu erfolgen. Dies kann erfolgen durch:

- in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis angebaute mehrjährige Kulturen, die bis zum Ablauf des 31. Dezember des Antragsjahres auf der Fläche vorhanden sind,
- in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis möglichst früh nach der Ernte der Hauptkultur oder dem Pflügen angebaute Winterkulturen,
- einen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis möglichst früh nach der Ernte der Hauptkultur etablierten Bestand von Begrünungen, einschließlich Selbstbegrünungen,

oder Zwischenfrüchten, der mindestens bis zum Ablauf des 31. Dezember des Antragsjahres auf der Fläche vorhanden ist,

- den Verzicht auf Pflügen ab der Ernte der Hauptkultur bis zum Ablauf des 31. Dezember des Antragsjahres, einschließlich Stoppelbrachen, Mulchauflagen, des Belassens von Ernteresten und mulchender nichtwendender Bodenbearbeitung, oder
- das Abdecken durch Folien, Vliese, engmaschige Netze oder Ähnlichem zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis möglichst früh nach der Ernte der Hauptkultur bis zum Ablauf des 31. Dezember des Antragsjahres, sofern nicht der Reihenschluss der angebauten Kultur schon vorher erfolgt.

Zwischenfrüchte dürfen, auch vor dem 31. Dezember, geerntet und genutzt werden. Ebenfalls ist eine Beweidung, insbesondere durch Schafe und Ziegen, möglich, soweit die Mindestbodenbedeckung bestehen bleibt. Eine mulchende, nicht wendende Bodenbearbeitung, auch in mehreren Arbeitsgängen, ist möglich, sofern die Mindestbodenbedeckung im Verpflichtungszeitraum an jedem Tag gewährleistet ist.

Auf maximal 20 % der Ackerfläche des Betriebes gelten keine Vorgaben zur Mindestbodenbedeckung.

Auf schweren Böden (siehe Kapitel VI, Nr. 6) kann die Mindestbodenbedeckung nach Wahl des Betriebsinhabers auch erfolgen ab der Ernte der Hauptkultur bis zum 1. Oktober des Antragjahres (u. a. führt das Belassen der Hauptkultur bis zum 01. Oktober des Antragjahres auf der Fläche zum Erfüllen der Mindestbodenbedeckung).

Auf Ackerflächen, auf denen im folgenden Jahr frühe Sommerkulturen (siehe Glossar) angebaut werden, kann die Mindestbodenbedeckung von der Ernte der Hauptkultur bis zum 15. Oktober erbracht werden. Die im nächsten Frühjahr folgende frühe Sommerkultur, ist in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis, zum frühesten möglichen Zeitpunkt anzubauen.

Die Mindestbodenbedeckung muss im gesamten Zeitraum bestehen. Bei aktiver Ansaat ist es ausreichend, wenn die betreffenden Kulturen unter Beachtung der guten fachlichen Praxis und den örtlichen Witterungsverhältnissen möglichst frühzeitig ausgesät werden.

Ein Wechsel zwischen den Arten der Mindestbodenbedeckung ist erlaubt, solange dieser Wechsel in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis erfolgt und im gesamten Verpflichtungszeitraum gewährleistet ist.

Eine wendende Bodenbearbeitung ist zulässig, sofern sie dem Wechsel der Art der Mindestbodenbedeckung in Form einer unverzüglichen Ansaat dient.

Auf Ackerland mit zur Bestellung im darauffolgenden Jahr vorgeformten Dämmen kann die Mindestbodenbedeckung in der Zeit vom 15. November bis zum Ablauf des 31. Dezember des Antragsjahres erfolgen, indem zwischen den Dämmen eine Selbstbegrünung zugelassen wird.

Auf allen Dauerkulturflächen, die als Rebflächen oder für Obstbaumkulturen genutzt werden, muss als Mindestbodenbedeckung in der Zeit vom 15. November bis zum Ablauf des 31. Dezember des Antragsjahres zwischen den Reihen eine Selbstbegrünung zugelassen werden, sofern nicht bereits eine Begrünung durch Aussaat besteht.

Spezifische Ausnahme zur Bekämpfung der Schilf-Glasflügelzikade und der von ihr übertragenen Krankheiten:

Ackerflächen, auf denen:

- Rüben,
- Kartoffeln,
- Rote Bete,
- Mangold,
- Möhren,
- Steckrüben,

- Zwiebeln oder
- Sellerie

angebaut werden, sind zur Bekämpfung der Schilf-Glasflügelzikade und der von ihr übertragenen Krankheiten nach der Ernte von der Verpflichtung zur Mindestbodenbedeckung im Antragsjahr ausgenommen, sofern im laufenden Antragsjahr keine Folgekultur (inkl. Zwischenfrucht) angebaut wird. Die befristete Ausnahmeregelung gilt ausschließlich für Gebiete, die von den zuständigen Stellen (bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft) hierfür ausgewiesen werden. Flächen, auf denen von der spezifischen Ausnahme Gebrauch gemacht wird, werden nicht in die Berechnung der Ackerfläche auf denen die 80 % der Mindestbodenbedeckung einzuhalten sind einbezogen. Dies können nur Flächen sein, auf denen die o.g. Kulturen als Hauptkultur angebaut wurden.

6.1 Anforderungen an brachliegendes oder stillgelegtes Ackerland und Dauergrünland

Im Zeitraum vom 1. April bis zum 15. August (Feldvogelschutzzeitraum) ist das Mähen oder Zerkleinern des Aufwuchses sowie eine Bodenbearbeitung auf brachliegendem oder stillgelegtem Acker- und Dauergrünland verboten. Auf bewirtschafteten Streuobstwiesen, bei denen der Aufwuchs nicht genutzt wird, ist das Mähen und Zerkleinern während dieses Zeitraums zulässig.

Maßnahmen, einschließlich Bodenbearbeitung, sind auch innerhalb des Zeitraums 1. April bis 15. August zur Erfüllung von Verpflichtungen aus Öko-Regelungen, Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen bzw. vergleichbaren freiwilligen Maßnahmen zulässig, soweit diese Bestandteil der Verpflichtungen sind.

7 FRUCHTWECHSEL (GLÖZ7)

Für das Ackerland eines Betriebes sind folgende Vorgaben zum Fruchtwechsel zu beachten:

- Auf jedem Ackerschlag müssen im Zeitraum von 3 aufeinanderfolgenden Jahren mindestens 2 verschiedene Hauptkulturen angebaut werden.
- Auf mindestens 33 Prozent des Ackerlandes des Betriebes ist ein jährlicher Wechsel der Hauptkultur vorzunehmen oder vor dem erneuten Anbau derselben Hauptkultur eine Zwischenfrucht, die mindestens bis zum Ablauf des 31. Dezember auf der Fläche vorhanden ist, in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis anzubauen.

Hauptkultur ist die Kultur, die in der Zeit vom 1. Juni bis zum 15. Juli des Jahres am längsten auf der Fläche steht.

Definition unterschiedlicher Hauptkulturen im Rahmen von GLÖZ7:

- jede Kultur einer der verschiedenen in der botanischen Klassifikation landwirtschaftlicher Kulturpflanzen definierten Gattungen (Weizen, Gerste, Kartoffeln sind zum Beispiel Kulturen unterschiedlicher Gattungen),
- jede Art im Fall der Brassicaceae (Kreuzblütler), Solanaceae (Nachtschattengewächse) und Cucurbitaceae (Kürbisgewächse) sowie
- Gras oder andere Grünfütterpflanzen (Definition siehe Glossar).
- Winter- und Sommerkulturen gelten als unterschiedliche Hauptkulturen, auch wenn sie zur selben Gattung gehören (Sommer- und Winterweizen sind zum Beispiel unterschiedliche Hauptkulturen,
- Triticum spelta (Dinkel) gilt als unterschiedliche Hauptkultur gegenüber Hauptkulturen, die zur selben Gattung (Triticum-Weizen) gehören.
- Alle Mischkulturen von großkörnigen Leguminosen oder von großkörnigen Leguminosen mit anderen Pflanzen, sofern großkörnige Leguminosen überwiegen, zählen zu der einzigen Hauptfruchtart „großkörnige Leguminosenmischkultur“.
- Alle Mischkulturen, die nicht unter die oben genannte Kategorie von Gras oder anderen Grünfütterpflanzen oder die vorgenannten Leguminosenmischkulturen fallen und durch Aussaat einer Saatgutmischung oder Aussaat oder Anpflanzung mehrerer Kulturpflanzen in getrennten Reihen etabliert wurden, zählen zu der einzigen Hauptkultur „sonstige Mischkultur“.
- Alle Mischkulturen mit Mais zählen ab dem Antragsjahr 2026 zur Hauptkultur Mais (bei der Öko-Regelung 2 ab dem Antragsjahr 2025). Die Regelung gilt ab 2026 und ist in die Zukunft gerichtet.

Beispiele:

Die Abfolge 2024 Mais-Mischkultur, 2025 Mais-Mischkultur, 2026 Mais, 2027 Mais ist zulässig, da die Mais-Mischkultur bis einschließlich 2025 als eigenständige Hauptkultur gewertet wird und somit nicht in drei aufeinanderfolgenden Jahre dieselbe Hauptkultur (Mais) angebaut wird.

Die Abfolge 2024 Mais, 2025 Mais, 2026 Mais-Mischkultur ist jedoch nicht zulässig, da im Jahr 2026 die Mais-Mischkultur zur Hauptkultur Mais zählt und damit drei Jahre hintereinander die gleiche Hauptkultur (Mais) angebaut wird, was gegen die Regelungen des Fruchtwechsels verstößt.

Die Verpflichtung zum jährlichen Fruchtwechsel gilt als erfüllt auf einer Ackerfläche mit beetweisem Anbau verschiedener Gemüsekulturen, Küchenkräuter, Heil-, Gewürz- oder Zierpflanzen oder wenn die Ackerfläche als wissenschaftliche Versuchsfelder mit einer oder mehreren beihilfefähigen Kulturarten genutzt wird.

Die Verpflichtung zum Fruchtwechsel gilt nicht auf Ackerland mit Selbstfolge von

- Mais zur Herstellung von anerkanntem Saatgut,
- Tabak,
- Roggen,
- mehrjährigen Kulturen (zum Beispiel Erdbeeren),
- Gras oder anderen Grünfütterpflanzen oder brachliegenden Flächen. Dies umfasst auch
 1. Gras oder andere Grünfütterpflanzen bei dem Anbau zur Erzeugung von Saatgut,
 2. Gras bei dem Anbau zur Erzeugung von Rollrasen und
 3. feinkörnigen Leguminosen (siehe Glossar) bei der Aussaat in Reinsaat oder in Mischungen von Leguminosen, solange diese Leguminosen vorherrschen.

Die Verpflichtung zum Fruchtwechsel gilt ferner nicht für Begünstigte

- mit einer betrieblichen Gesamtgröße von bis zu 10 Hektar Ackerland,
- mit einer verbleibenden Gesamtgröße von bis zu 50 Hektar Ackerland, wenn mehr als 75 % des Ackerlands
 1. für die Erzeugung von Gras oder anderen Grünfütterpflanzen genutzt werden,
 2. dem Anbau von Leguminosen dienen,

3. brachliegendes Land sind oder
 4. einer Kombination der Nutzungen nach Nr. 1 – 3 unterfallen,
- mit einer verbleibenden Gesamtgröße von bis zu 50 Hektar Ackerland, wenn mehr als 75 % der beihilfefähigen landwirtschaftlichen Fläche
 1. Dauergrünland sind,
 2. für die Erzeugung von Gras oder anderen Grünfütterpflanzen genutzt werden oder
 3. einer Kombination der Nutzungen nach Nr. 1 und 2 unterfallen.

Für Begünstigte, deren Betriebe nach der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen zertifiziert sind, gelten die Verpflichtungen zum Fruchtwechsel als erfüllt.

Begünstigte die nicht mehr als 30 Hektar landwirtschaftlicher Fläche beantragen sind von Kontrollen und Sanktionen nach GLÖZ 7 ausgenommen.

Beispiel Nr.1

Flächen mit Mais, die zur Herstellung von anerkanntem Saatgut genutzt werden, bleiben ab dem zweiten Jahr dieser Nutzung (n+1) bei der Verpflichtung zum Fruchtwechsel unberücksichtigt. Der Betrieb muss ab dem Folgejahr (n+1) die oben genannten Vorgaben zum Fruchtwechsel nur noch auf den verbleibenden 90 ha erfüllen:

- Auf mindestens 29,7 ha (33 Prozent von 90 ha) wird entweder eine andere Hauptkultur angebaut oder, vor dem erneuten Anbau derselben Hauptkultur, eine Zwischenfrucht, die mindestens bis zum Ablauf des 31. Dezember auf der Fläche verbleibt.
- Auf den restlichen bis zu 60,3 ha kann die selbe Hauptkultur wie im Vorjahr angebaut werden, wobei spätestens im dritten Jahr eine andere Hauptkultur angebaut werden muss.

Beispiel Nr. 2

Ein Betrieb mit 100 ha Ackerland baut im Jahr n und im Jahr n+1 auf 6 ha Klee gras an und lässt 4 ha brachliegen.

Flächen, auf denen Grünfütterpflanzen erzeugt werden oder die brachliegen, werden ab dem zweiten Jahr der Nutzung nicht bei der Verpflichtung zum Fruchtwechsel berücksichtigt. Der Betrieb muss im Jahr n+1 nur noch auf den verbleibenden 90 ha die oben genannten Vorgaben zum Fruchtwechsel erfüllen.

Beispiel Nr. 3

Ein Betrieb mit 100 ha Ackerland baut auf 3 ha wie schon im Vorjahr beetweise verschiedene Gemüsekulturen an.

Die Verpflichtung zum Fruchtwechsel gilt für 100 ha des Ackerlandes. Der beetweise Anbau verschiedener Gemüsekulturen wird pauschal als ein jährlicher Wechsel der Hauptkultur auf den 3 ha angesehen. Diese 3 ha werden auf die 33 ha, auf denen ein jährlicher Wechsel der Hauptkultur erforderlich ist, zur Erfüllung mit angerechnet werden.

Beispiel Nr. 4

Ein Betrieb mit drei gleichgroßen Ackerschlägen zu jeweils 15 a hatte im Vorjahr auf allen drei Schlägen Mais und im Jahr davor auf allen drei Schlägen Klee angebaut. Im laufenden Jahr baut er auf zwei Schlägen Ackergras und auf einem Schlag Mais an.

Die Verpflichtungen zum Fruchtwechsel sind in diesem Fall erfüllt. Zwei der drei Flächen sind im laufenden Jahr anstelle von Mais mit Klee bestanden. Auf der dritten Fläche darf im laufenden Jahr erneut Mais angebaut werden, erst im folgenden dritten Jahr muss auf dieser Fläche ein Fruchtwechsel stattfinden.

Um Antragstellerinnen und Antragsteller bei der Anbauplanung zu unterstützen und die Fruchtfolge für das folgende Antragsjahr zu planen, wird im Serviceportal iBALIS die Anwendung „AnbauPlaner“ bereitgestellt.

Hierin kann ab Herbstsaat des Antragsjahres für jeden Schlag die im folgenden Jahr geplante Hauptkultur (inkl. Winterbodenbedeckung) angegeben werden. Die Einhaltung der Verpflichtungen der Konditionalität kann, nach vollständiger Eingabe der Nutzungen, im Register „Ergebnisse Konditionalität“ überprüft werden.

8 LANDSCHAFTSELEMENTE (GLÖZ8)

Die Vorgaben bei GLÖZ8 umfassen Folgendes:

- das Verbot der Beseitigung bestimmter Landschaftselemente
- die Einhaltung des Schnittverbots bei Hecken, Knicks und Bäumen im Zeitraum vom 1. März bis 30. September.

8.1 Verbot der Beseitigung bestimmter Landschaftselemente

Landschaftselemente erfüllen wichtige Funktionen für den Umwelt- und Naturschutz. Zum Erhalt der Artenvielfalt haben sie in der Agrarlandschaft eine herausragende Bedeutung, weil sie besondere Lebensräume bieten. Gleichzeitig bereichern sie das Landschaftsbild.

Es ist daher verboten, folgende für die Konditionalität relevante Landschaftselemente **ganz oder teilweise zu beseitigen**:

- **Hecken:** Lineare Strukturelemente, die überwiegend mit Gehölzen bewachsen sind (Sträucher mit und ohne Baumanteil) und eine Mindestlänge von 10 m sowie eine Durchschnittsbreite von bis zu 15 m haben. Vorhandene kleine unbefestigte Unterbrechungen ändern nichts an dieser Einordnung, sofern die sonstigen Voraussetzungen gegeben sind. Verbuschte Waldränder sind keine Hecken, jedoch können Hecken mit der kurzen Seite (Stirnseite) an Wald angrenzen.
- **Baumreihen:** Reihen von nicht landwirtschaftlich genutzten Bäumen in linearer Anordnung, die aus mindestens fünf Bäumen bestehen und eine Länge von mindestens 50 m aufweisen.
- **Feldgehölze bis höchstens 2 000 m²:** Überwiegend mit gehölzartigen Pflanzen bewachsene Flächen, die nicht landwirtschaftlich genutzt werden, mit einer Größe von mindestens 50 m² Flächen, für die eine Beihilfe zur Aufforstung oder eine Aufforstungsprämie gewährt worden ist, gelten nicht als Feldgehölze. Flächen, die an Wald angrenzen, sind als Wald zu behandeln und sind keine Feldgehölze.
- **Feuchtgebiete** (siehe Glossar) bis höchstens 2 000 m²:
 - a) In Biotopen, die nach § 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und 2 BNatSchG und Art. 23 Abs. 1 Ziffer 1 und 2 BayNatSchG geschützt und über die Biotopkartierung erfasst sind.
 - b) Tümpel, Sölle (runde oder ovale Kleingewässer eiszeitlichen Ursprungs), Dolinen (natürliche, trichterförmige Einstürze) und

c) andere mit Buchstaben b) vergleichbare Feuchtgebiete. Für die Konditionalität relevant sind auch natürlich entstandene, nicht genutzte Kleingewässer (einschließlich Rohr- und Schilfbestände).

- **Einzelbäume:** Innerhalb oder am Rand eines Feldstücks stehende Bäume, die nach § 28 BNatSchG als Naturdenkmäler unter Schutz gestellt sind.
- **Feldraine über 2 m Breite:** Überwiegend mit gras- und krautartigen Pflanzen bewachsene, schmale, lang gestreckte Flächen mit einer Gesamtbreite von mehr als 2 m, die innerhalb eines Feldstücks oder an dessen Rand liegen und weder der landwirtschaftlichen Erzeugung dienen noch befristet oder unbefristet aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommen worden sind. Böschungen am Rand eines Feldstücks als Abgrenzung, z. B. zu Wegen, Straßen oder Gräben, sind diesen zuzuordnen.
- **Trocken- und Natursteinmauern:** Mauern aus mit Erde oder Lehm verputzten oder nicht verputzten Feld- oder Natursteinen von mehr als 5 Metern Länge oder Teil einer Terrasse sind.
- **Lesesteinwälle:** Historisch gewachsene Aufschüttungen von Lesesteinen von mehr als 5 m Länge.
- **Fels- und Steinriegel sowie naturversteinte Flächen bis höchstens 2 000 m²:** Meist natürlich entstandene, überwiegend aus Fels oder Steinen bestehende Flächen, z. B. Felsen oder Felsvorsprünge, innerhalb eines Feldstückes bzw. direkt an dieses angrenzend.
- **Terrassen:** Von Menschen unter Verwendung von Hilfsmaterialien angelegte, linear-vertikale Strukturen in der Agrarlandschaft, die dazu bestimmt sind, die Hangneigung von Nutzflächen zu verringern.

Bei Feldgehölzen, Feuchtgebieten, Fels- und Steinriegeln sowie naturversteinten Flächen gilt die Obergrenze von 2 000 m² für jedes einzelne Element, d. h. auf einem Schlag können mehrere Elemente vorkommen, die für sich jeweils die Obergrenze einhalten.

Für die Landschaftselemente gibt es **keine Pflegeverpflichtung**. Die ordnungsgemäße Pflege von Landschaftselementen ist keine Beseitigung. Pflegemaßnahmen an Landschaftselementen gelten als nichtproduktiv. Dies gilt auch, wenn insbesondere anfallendes Schnittgut anschließend verwertet wird. Das zuständige Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten kann im Einvernehmen mit der Unteren Naturschutzbehörde die Beseitigung eines Landschaftselementes genehmigen.

8.2 Einhaltung des Schnittverbots bei Hecken und Bäumen im Zeitraum vom 1. März bis 30. September

Ferner ist ein Schnittverbot bei Hecken und Bäumen im Zeitraum vom 1. März bis 30. September einzuhalten. Das Schnittverbot richtet sich nach den fachrechtlichen Bestimmungen des § 39 Absatz 5 Satz 1 Nr. 2 und Sätze 2 bis 4 des BNatSchG und umfasst somit den Schutzzeitraum der Brut- und Nistzeit. Betroffen sind jedoch nur die Hecken und Bäume, die Bestandteil der o. g. für die Konditionalität relevante Landschaftselemente sind. Damit ist das Schnittverbot bei den o. g. Hecken, Bäumen in Baumreihen, Feldgehölzen und Einzelbäumen auch für die Einhaltung der Konditionalität zu beachten; zulässig sind jedoch schonende Form- und Pflegeschnitte zur Beseitigung des Zuwachses der Pflanzen.

Für jedes Feldstück ist im **Flächen- und Nutzungsnachweis** zu überprüfen, ob die **Abgrenzung und Angaben zu den digitalisierten Kon-Landschaftselementen** richtig sind. Ist dies nicht der Fall, sind die Angaben entsprechend zu korrigieren bzw. zu ergänzen. Dies ist insbesondere dann erforderlich, wenn solche Landschaftselemente neu angelegt wurden oder erstmals Teil der landwirtschaftlichen Fläche des Betriebes geworden sind.

Hinweis:

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass neben den Vorgaben der Konditionalität und Verboten der GAPKondV die allgemeinen naturschutzrechtlichen Regelungen insbesondere des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) und des Bayerischen Naturschutzgesetzes (BayNatSchG) uneingeschränkt gelten. Bezüglich der Landschaftselemente sind vor allem auch § 39 Abs. 5 BNatSchG und Art. 16 BayNatSchG zu beachten. Danach gilt z. B. der gesetzliche Schutz auch für weitere, nicht in die Konditionalität einbezogene Landschaftselemente. Welche Biotop geschützt sind, ergibt sich aus § 30 Abs. 2 BNatSchG und Art. 23 Abs. 1 BayNatSchG. Die darin genannten Lebensräume sind unabhängig davon, ob sie in der amtlichen Biotopkartierung erfasst sind, gesetzlich geschützt. Für den gesetzlichen Biotopschutz sind zudem die im Rahmen der Konditionalität maßgeblichen Größenangaben nicht relevant.

9 VERBOT DER UMWANDLUNG ODER DES UMPFLÜGENS VON DAUERGRÜNLAND, DAS ALS UMWELTSENSIBLES DAUERGRÜNLAND IN NATURA2000-GEBIETEN AUSGEWIESEN IST (GLÖZ9)

Dauergrünland, das aktuell in einem FFH- oder Vogelschutzgebiet gelegen ist und das bereits am 1. Januar 2015 als Dauergrünland bestand, gilt als umweltsensibel. Umweltsensibles Dauergrünland darf nicht in Ackerland oder Dauerkulturen umgewandelt oder gepflügt werden. Für das Umwandeln von Dauergrünland in eine nichtlandwirtschaftliche Fläche gilt dieses Verbot unter GLÖZ9 allerdings nicht (fachrechtliche Regelungen bleiben davon unberührt und sind selbstverständlich weiter zu beachten).

Nicht als umweltsensibel gilt Dauergrünland, das am 1. Januar 2015 Gegenstand einer der folgenden Verpflichtungen war:

- Stilllegung nach der Verordnung (EWG) Nr. 2078/1992 des Rates vom 30. Juni 1992 für umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende landwirtschaftliche Produktionsverfahren (ABl. L 215 vom 30.7.1992, S. 85) in der jeweils geltenden Fassung,
- Umwandlung von Ackerland in Grünland nach Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 oder
- Beibehaltung von Grünland, das durch Umwandlung von Ackerland in Grünland entstanden und seither fortlaufend Gegenstand einer Verpflichtung im Rahmen der Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen der EU-Agrarförderung ist (der Verordnung (EWG) Nr. 2078/1992, der Artikel 22 bis 24 der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999, des Artikels 39 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 oder des Artikels 28 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013).

Eine flache Bodenbearbeitung von bestehendem umweltsensiblen Dauergrünland zur Narbenerneuerung in die bestehende Narbe ist möglich, zum Beispiel mittels Direktsaatverfahren. Dem zuständigen AELF ist eine solche Bodenbearbeitung mindestens 15 Werkzeuge vor ihrer geplanten Durchführung schriftlich oder elektronisch anzuzeigen. Die Behörde kann die Maßnahme ablehnen oder Auflagen für die Durchführung nennen, wenn Belange des Umwelt-, des Natur- oder des Klimaschutzes gegen eine Grasnarbenerneuerung sprechen.

Für gesetzlich geschützte Biotop nach dem Bundesnaturschutzgesetz oder nach weiteren landesrechtlichen Vorschriften gilt gleichermaßen eine Anzeigepflicht für geplante Grasnarbenerneuerungen. Diese Anzeigepflicht gilt nicht, wenn mit einer solchen Narbenerneuerung das Ziel einer naturschutzfachlichen Aufwertung verfolgt wird und diese mit Zustimmung der Unteren Naturschutzbehörde vonstatten geht.

III GRUNDANFORDERUNGEN AN DIE BETRIEBSFÜHRUNG (GAB)

1 WASSERRAHMENRICHTLINIE (GAB 1)

Betroffen sind alle Antragstellerinnen und Antragsteller, in deren Betrieb phosphathaltige Düngemittel angewendet werden, die landwirtschaftliche Flächen an Gewässern bewirtschaften oder die Wasser zur Bewässerung entnehmen.

Die Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie werden in Deutschland u. a. durch das Düngegesetz (DüngG) und die Düngeverordnung des Bundes (DüV) sowie das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) umgesetzt.

1.1 Generelle Vorgaben für die Düngung mit phosphathaltigen Düngemitteln

Die Düngeverordnung vom 26. Mai 2017, die zuletzt durch Artikel 32 der Verordnung vom 11. Dezember 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 411) geändert worden ist, stellt folgende Anforderungen an die Anwendung von Phosphatdüngemitteln und anderen phosphathaltigen Stoffen:

1.1.1 Aufnahmefähigkeit der Böden

Phosphathaltige Düngemittel, Bodenhilfsstoffe, Kultursubstrate oder Pflanzenhilfsmittel dürfen nicht auf überschwemmten, wassergesättigten, gefrorenen oder schneebedeckten Böden aufgebracht werden.

1.1.2 Abstände zu oberirdischen Gewässern

Bei der Aufbringung von phosphathaltigen Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln ist ein direkter Eintrag in Oberflächengewässer durch Einhaltung eines ausreichenden Abstands zwischen dem Rand der durch die Streubreite bestimmten Ausbringungsfläche und der Böschungsoberkante zu vermeiden. Dieser Abstand beträgt im Allgemeinen mindestens vier Meter. Wenn Ausbringungsgeräte verwendet werden, bei denen die Streubreite der Arbeitsbreite entspricht oder die über eine Grenzstreueinrichtung verfügen, beträgt er mindestens einen Meter. Innerhalb eines Abstands von einem Meter zur Böschungsoberkante dürfen keine Düngemittel aufgebracht werden. Ferner ist zu vermeiden, dass diese Düngemittel in oberirdische Gewässer oder auf benachbarte Flächen abgeschwemmt werden.

Hinweis:

Unabhängig von den Regelungen der Düngeverordnung erfordern die Regelungen bei GLÖZ4, dass ein Mindestabstand von 3 m zu oberirdischen Gewässern eingehalten wird. Die Aufbringung von Düngemitteln in einem Abstand von weniger als 3 m zu oberirdischen Gewässern stellt damit bei GLÖZ4 einen zu sanktionierenden Verstoß dar, und zwar auch dann, wenn die Ausbringung mit einem Gerät mit Grenzstreueinrichtung erfolgen sollte.

Es besteht ein absolutes Aufbringungsverbot von phosphathaltigen Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln auf Flächen mit Hangneigung zu Gewässern

- innerhalb eines Abstandes von 3 m zur Böschungsoberkante eines Gewässers bei durchschnittlicher Hangneigung von mindestens 5 % im 20 m-Bereich,
- innerhalb eines Abstandes von 5 m zur Böschungsoberkante eines Gewässers bei durchschnittlicher Hangneigung von mindestens 10 % im 20 m-Bereich,
- innerhalb eines Abstandes von 10 m zur Böschungsoberkante eines Gewässers bei durchschnittlicher Hangneigung von mindestens 15 % im 30 m-Bereich.

Darüber hinaus gelten auf bestellten oder unbestellten Ackerflächen mit Hangneigung zu Gewässern

- innerhalb eines Abstandes von 3 m bis 20 m zur Böschungsoberkante eines Gewässers bei Hangneigung von durchschnittlich mindestens 5 % im 20 m-Bereich,
- innerhalb eines Abstandes von 5 m bis 20 m zur Böschungsoberkante eines Gewässers bei Hangneigung von durchschnittlich mindestens 10 % im 20 m-Bereich,
- innerhalb eines Abstandes von 10 m bis 30 m zur Böschungsoberkante eines Gewässers bei Hangneigung von durchschnittlich mindestens 15 % im 30 m-Bereich

folgende **zusätzliche Anforderungen**:

- Auf unbestellten Ackerflächen sind diese Stoffe vor der Aussaat oder Pflanzung sofort einzuarbeiten.
- Auf bestellten Ackerflächen:
 - Bei Reihenkulturen (Reihenabstand von 45 cm und mehr) sind diese Stoffe sofort einzuarbeiten, sofern keine entwickelte Untersaat vorhanden ist.
 - Bei allen anderen Kulturen muss eine hinreichende Bestandsentwicklung vorliegen oder
 - die Fläche muss im Mulch- oder Direktsaatverfahren bestellt worden sein.

Darüber hinaus dürfen auf Ackerflächen mit einer Hangneigung zu Gewässern von durchschnittlich mindestens 15 % im 30 m-Bereich, die unbestellt sind oder nicht über einen hinreichend entwickelten Pflanzenbestand verfügen, Düngemittel, Bodenhilfsstoffe, Kultursubstrate und Pflanzenhilfsmittel nur bei sofortiger Einarbeitung auf der gesamten Ackerfläche des Schlages aufgebracht werden.

1.1.3 Sperrzeiten

Düngemittel mit wesentlichem Gehalt an Phosphat (mehr als 0,5 % Phosphat in der Trockenmasse) dürfen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen in der Zeit vom 1. Dezember bis zum Ablauf des 15. Januar nicht aufgebracht werden.

1.1.4 Aufbringungsmengen phosphathaltiger Düngemittel

Phosphathaltige Düngemittel dürfen höchstens bis in Höhe der voraussichtlichen Phosphatabfuhr (im Rahmen einer Fruchtfolge dürfen hierbei maximal drei Jahre zusammengefasst werden) gedüngt werden, wenn nachfolgend genannte Bodengehalte im Durchschnitt des Schlages überschritten werden:

- 20 Milligramm Phosphat je 100 Gramm Boden nach dem Calcium-Acetat-Lactat-Extraktionsverfahren (CAL-Methode),
- 25 Milligramm Phosphat je 100 Gramm Boden nach dem Doppel-Lactat-Verfahren (DL-Methode),
- 3,6 Milligramm Phosphor je 100 Gramm Boden nach dem Elektro-Ultrafiltrationsverfahren (EUF-Verfahren).

Hierzu ist es nötig, dass die Bodengehalte regelmäßig untersucht werden. Für Phosphat sind diese auf Grundlage der Untersuchung repräsentativer Bodenproben, die für jeden Schlag ab einem Hektar, in der Regel im Rahmen einer Fruchtfolge, mindestens alle sechs Jahre durchzuführen und sieben Jahre nach Ablauf des Düngejahres aufzubewahren.

1.2 **Zusätzliche besondere Vorgaben für die Düngung mit phosphathaltigen Düngemitteln in eutrophierten Gebieten (§ 13a DüV)**

Mit Urteil vom 24. Oktober 2025 hat das Bundesverwaltungsgericht Teile der bayerischen Ausführungsverordnung zur Düngeverordnung (AVDüV) – insbesondere die Gebietsausweisungen und zusätzliche Landesauflagen – für unwirksam erklärt. Die davon betroffenen Verpflichtungen entfallen bis auf weiteres.

1.3 Begrünung bei Hangneigung zu oberirdischen Gewässern

§ 38a WHG sieht für landwirtschaftliche Flächen mit durchschnittlicher Hangneigung von mindestens 5 % im Abstand von 20 m zu Gewässern vor, dass innerhalb eines Abstandes von 5 m landseits zur Böschungsoberkante des Gewässers eine ganzjährig geschlossene Begrünung zu erhalten oder herzustellen ist. Bei Gewässern ohne ausgeprägte Böschungsoberkante ist die Linie des Mittelwasserstandes maßgeblich. Ferner darf eine Bodenbearbeitung zur Erneuerung des Pflanzenbewuchses nicht mehr als einmal innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren durchgeführt werden. Der erste Fünfjahreszeitraum hat mit Ablauf des 30. Juni 2020 begonnen.

In Bayern kann alternativ aufgrund des Art. 12 Abs. 1 BayWG statt der vorhandenen Böschungsoberkante auch die Mittelwasserlinie als Bezugspunkt für den Abstand von 5 m herangezogen werden. Dies ist allerdings nur möglich, wenn schädliche Gewässerveränderungen vermieden werden. Schädliche Gewässerveränderungen können insbesondere durch das Anpflanzen von Hecken, das Mulchen oder das Anlegen von Mulden jeweils innerhalb des § 38a Gewässerrandstreifens vermieden werden.

Die Maßnahmen zur Vermeidung von schädlichen Gewässerveränderungen müssen so geplant und durchgeführt werden, dass sie mit den gesetzlichen Vorgaben zum Hochwasser- und Gewässerschutz und zur Gewässerunterhaltung vereinbar sind.

Gewässerrandstreifen nach § 38a WHG sind an allen natürlichen und künstlichen Gewässern mit der entsprechenden Hangneigung anzulegen. Die Verpflichtung zum Anlegen oder Erhalten einer grünen Pflanzendecke besteht nicht an Be- und Entwässerungsgräben und kleinen Teichen und Weihern von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung (auch dann, wenn diese in Einzelfällen als künstliche Gewässer eingestuft werden).

Eine Hinweiskarte der Gewässer wird derzeit von der Wasserwirtschaftsverwaltung als zusätzliche Orientierungshilfe erarbeitet.

Die eingeführte Bundesregelung gilt unabhängig vom Zeitpunkt der Bereitstellung von Orientierungshilfen. Daher muss die Landwirtin bzw. der Landwirt seit Inkrafttreten der Regelung grundsätzlich einen Gewässerrandstreifen in Form der „grünen Pflanzendecke“ einhalten. In bestimmten Fällen, insbesondere bei kleinen Gräben mit wenigen Hektar Einzugsgebiet, können die Verhältnisse unklar sein, solange sie nicht von der Wasserwirtschaftsverwaltung überprüft wurden oder in der Orientierungshilfe Gewässer dargestellt worden sind. Hinsichtlich der Zuständigkeit für die Gewässerdefinition vgl. Kapitel I, Nr. 2 dieser Broschüre.

Vom StMELF wird im Serviceportal iBALIS eine Anwendung zur Bestimmung der durchschnittlichen Hangneigung eines Feldstücks zur Verfügung gestellt. Damit ist es möglich die verbindliche Hangneigung zum Gewässer für ein gesamtes Feldstück festzustellen.

Um eine möglichst einfache, praktikable und rechtssichere Ermittlung der betroffenen Flächen zu ermöglichen, stellen die Bayerischen Staatsministerien für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus sowie für Umwelt und Verbraucherschutz die nachstehenden Hilfsmittel zur Verfügung, deren Nutzung dringend empfohlen wird.

Dabei können neben der Betroffenheit bei den Gewässerrandstreifen nach § 38a WHG gleichzeitig auch die einzuhaltenden Düngeabstände zum Gewässer auf ausgewählten Flächen ermittelt werden.

Relevante Gewässer

Die „Orientierungshilfe Gewässer“ stellt die relevanten Gewässerabschnitte für die Gewässerrandstreifen nach BayNatSchG (Volksbegehren Plus) sowie ab sofort auch für die Gewässerrandstreifen nach § 38a WHG dar. Diese Orientierungshilfe befindet sich derzeit im Aufbau und wird landkreisweise ergänzt. Zum aktuellen Zeitpunkt ist dies bereits für 84 Landkreise bzw. kreisfreie Städte erfolgt. Die bayernweite Fertigstellung wird in absehbarer Zeit erfolgen. Die Orientierungshilfe kann im Umweltatlas Bayern unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://umweltatlas.bayern.de/mapapps/resources/apps/umweltatlas/index.html?lang=de&sta-%20%20%20%20teld=d94f72b7-d770-41dc-8f72-b7d77001dcb2&stateId=358bceae-75b1-49f9-8bce-ae75b1d9f9cf>

Ermittlung der durchschnittlichen Hangneigung im iBALIS

Die Hangneigung wird für eine bestimmte Fläche ermittelt. Die Fläche („Prüffläche“) ergibt sich dabei aus der Länge eines Feldstücks, mit der dieses direkt an ein relevantes Gewässer angrenzt und dem 20 m-Bereich (bei der Düngeverordnung in Einzelfällen 30 m-Bereich) landseits zur Böschungsoberkante bzw. Mittelwasserlinie. Ein Gewässerrandstreifen nach § 38a WHG ist anzulegen, wenn auf mind. 50 % der Prüffläche eines Feldstücks die gesetzlich vorgegebene Hangneigung von 5 % erreicht bzw. überschritten ist. Bei der Düngung ist grundsätzlich an allen Oberflächengewässern ein Abstand einzuhalten, selbst wenn eine Fläche nicht zum Gewässer hin geneigt ist. Je stärker allerdings die Hangneigung hin zum Gewässer ausgeprägt ist, desto größer muss auch der einzuhaltende Gewässerabstand sein.

Landwirtinnen und Landwirten steht zur Ermittlung der durchschnittlichen Hangneigung im iBALIS ein Hilfsinstrument zur Verfügung, welches in der Feldstückskarte, Ebene „Hangneigung § 38a WHG/§ 5 DüV“ aufgerufen werden kann. Die Ermittlung erfolgt in drei Schritten:

Schritt 1 „Prüffläche ermitteln“

Von der Landwirtin bzw. vom Landwirt ist mithilfe des Streifenwerkzeugs (Grundlinie zeichnen) zunächst die Böschungsoberkante (BÖK) bzw. Mittelwasserlinie möglichst genau als Grundlinie zu erfassen und zwar in dem Bereich, an welchem das Feldstück direkt an ein relevantes Gewässer angrenzt. Nach Digitalisierung der Linie wird automatisiert ein 20 Meter breites Polygon („Prüffläche“) erstellt. Der 20 m Abstand ist dabei voreingestellt. Bei sehr hängigen Flächen muss zur Ermittlung der notwendigen Düngeabstände zusätzlich ein 30 m-Polygon als Prüffläche erzeugt werden. In diesen Fällen werden die Landwirtinnen und Landwirte darauf entsprechend hingewiesen. Zur Erstellung des 30 m breiten Polygons ist zunächst im Dropdown-Menü der 30 m-Abstand auszuwählen und dann erneut die o. g. Grundlinie entlang des Gewässers einzuzeichnen sowie die Berechnung anzustoßen.

Schritt 2 „Ermittlung der Hangneigung“

Die durchschnittliche Hangneigung der Prüffläche (20 m Breite und bei sehr hängigen Flächen zusätzlich 30 m Breite) wird automatisch ermittelt und im Bearbeitungsfenster des erzeugten Polygons als Median ausgewiesen.

Schritt 3 „Konsequenzen“

In diesem Zuge wird zur Unterstützung der Landwirtinnen und Landwirte angezeigt, ab welcher Hangneigung ein Gewässerrandstreifen nach § 38a WHG anzulegen und zu erhalten ist und bei welcher Hangneigung welcher Düngeabstand nach DüV einzuhalten ist. Dadurch können die Konsequenzen für die Bewirtschaftung der Fläche direkt festgestellt werden. Die Vorgaben zum Gewässerabstand gelten immer auf der gesamten Feldstücksfläche, welche direkt an ein relevantes Gewässer angrenzt – sowohl beim Gewässerrandstreifen nach § 38a WHG als auch bei der Düngeverordnung. Landwirtinnen und Landwirte, die dieses Hilfsinstrument im iBALIS korrekt anwenden und die BÖK den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend digitalisieren, erlangen die notwendige Sicherheit, ob Gewässerrandstreifen anzulegen bzw. welche Düngeabstände einzuhalten sind. Das Ergebnis wird von der Umwelt- und Landwirtschaftsverwaltung verbindlich anerkannt – korrekte Anwendung durch die Landwirtin bzw. den Landwirt vorausgesetzt. Die beschriebene Überprüfung der Hangneigung im iBALIS ist für die Landwirtinnen und Landwirte nicht verpflichtend. Insbesondere bei Feldstücken, die eine Hangneigung zum Gewässer hin aufweisen, wird die Überprüfung jedoch dringend empfohlen. Denn die Einhaltung der Vorgaben zu § 38a WHG und DüV wird im Rahmen von Fachrechts- und Konditionalitäts-Kontrollen überprüft. Daher ist es zudem sinnvoll, das Ergebnis der Hangneigungsberechnung im iBALIS zur späteren Nachvollziehbarkeit beizubehalten oder die Berechnung auszudrucken und für mögliche Kontrollen zu hinterlegen. Falls die Berechnung allerdings gelöscht werden soll, können die Polygone der Ebene „Hangneigung § 38a WHG/§ 5 DüV“ von der Landwirtin bzw. vom Landwirt selbst wieder gelöscht werden.

Sonderfälle

Bei der o. g. Berechnung der Hangneigung im iBALIS wird die absolute Neigung innerhalb der Prüffläche herangezogen (z. B. 4 %). Aus technischen Gründen kann allerdings die konkrete Neigungsrichtung der Fläche nicht berücksichtigt werden. In den weit überwiegenden Fällen hängt eine Fläche zum Gewässer hin, sodass beim o. g. Verfahren ein korrektes Ergebnis ausgewiesen wird. In Einzelfällen kann der Hang allerdings innerhalb der Prüffläche teilweise auch eine Neigung vom Gewässer weg aufweisen, z. B. bei aufgesattelten Gewässern, insbesondere vor Wasserkraftanlagen. In diesen offensichtlichen Fällen, die sich vor Ort mit dem bloßen Auge erkennen lassen, ist daher nicht das Ergebnis der Hangneigungsberechnung im iBALIS maßgeblich, sondern die Lage vor Ort, wenn dies von der Landwirtin bzw. vom Landwirt gewünscht wird.

Hinweis:

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass neben den Verpflichtungen zum Erhalten und Erstellen einer geschlossenen, ganzjährig begrünten Pflanzendecke nach § 38a WHG und Art. 21 BayWG in Bayern nach Wasserrecht bzw. Naturschutzrecht nach Art. 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BayNatSchG gesonderte Regelungen zu Gewässerrandstreifen gelten.

Vgl. hierzu die Broschüre Gewässerrandstreifen in Bayern 2023.

Gewässer sollten vor Einträgen geschützt werden. Grenzen landwirtschaftliche Flächen an, wird empfohlen, einen ganzjährig begrünten Gewässerrandstreifen von mindestens 5 m ab Böschungsoberkante anzulegen und dort keine Dünge- und Pflanzenschutzmittel anzuwenden.

Diese Empfehlung geht über den rechtlichen Mindeststandard hinaus. Weitestgehend erfüllt werden aber damit die Anforderungen von: Wasserhaushaltsgesetz, Bayerischem Naturschutzgesetz und Wassergesetz, GAP-Konditionalitäten-Verordnung (GLÖZ4 – Pufferstreifen entlang von Gewässerrläufen), Düngeverordnung (DüV) und Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung. Die übrige Fläche kann uneingeschränkt bewirtschaftet werden.

Lediglich drei rechtliche Verpflichtungen sind dadurch ggf. noch nicht abgedeckt:

- Die Anwendungsbestimmungen einzelner Pflanzenschutzmittel geben größere Abstände vor, die zusätzlich einzuhalten sind.
- Bei der Düngung ist ab einer Hangneigung von 15 % ein größerer Abstand zum Gewässer und sind bereits ab einer Hangneigung von 5 % zusätzliche Anforderungen zu beachten.
- Auf Grundstücken des Freistaats Bayern ist an Gewässern 1. und 2. Ordnung ein 10 m breiter Gewässerrandstreifen anzulegen.

1.4 Benutzung von Grund- und Oberflächenwasser

Betriebe, die Wasser aus einem Oberflächengewässer oder aus dem Grundwasser entnehmen wollen, brauchen dafür grundsätzlich eine wasserrechtliche Erlaubnis gemäß § 8 Absatz 1 WHG in Verbindung mit § 9 WHG von der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde. Ebenso ist eine wasserrechtliche Erlaubnis notwendig, wenn ein Oberflächengewässer aufgestaut werden soll. Die Menge sowie die Art und Weise der Wasserentnahme werden im Regelfall in der wasserrechtlichen Erlaubnis festgelegt und sind einzuhalten.

2 NITRATRICHTLINIE (GAB 2)

Betroffen sind alle Antragstellerinnen und Antragsteller in deren Betrieb stickstoffhaltige Düngemittel Bodenhilfsstoffe, Kultursubstrate oder Pflanzenhilfsmittel angewendet oder Jauche, Gülle, Festmist Gärückstand, Kompost und Silage gelagert werden sowie Antragstellerinnen und Antragsteller, die landwirtschaftliche Flächen an Gewässern bewirtschaften

Die EU-Nitratrichtlinie wird in Deutschland durch das Düngegesetz (DüngG), die Düngeverordnung (DüV) des Bundes, § 38a des Wasserhaushaltsgesetzes und durch die Verordnung des Bundes über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) umgesetzt. Zusätzlich sind die Ausführungsverordnungen der Länder zum § 13a der Düngeverordnung (in Bayern AVDüV) zu beachten.

Bezüglich der Abgrenzung von Acker-, Grünland- und Dauergrünlandflächen sowie mehrjährigem und mehrschnittigem Feldfutterbau sind die Definitionen des Glossars anzuwenden.

In Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie ergeben sich aus der Düngeverordnung in der derzeit geltenden Fassung folgende Anforderungen an die Anwendung von Düngemitteln und anderen Stoffen mit wesentlichem Gehalt an Stickstoff (mehr als 1,5 % Gesamtstickstoff in der Trockenmasse):

2.1 Vorgaben zur Düngung mit stickstoffhaltigen Düngemitteln

Die Düngeverordnung vom 26. Mai 2017 (BGBl. I S. 1305), die zuletzt durch Artikel 32 der Verordnung vom 11. Dezember 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 411) geändert worden ist, stellt folgende Anforderungen an die Anwendung von N-Düngemitteln und anderen stickstoffhaltigen Stoffen.

2.1.1 Düngebedarfsermittlung

Vor dem Aufbringen von wesentlichen Nährstoffmengen an Stickstoff, d. h. einer zugeführten Nährstoffmenge je Hektar und Jahr von mehr als 50 kg Gesamtstickstoff, mit Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten oder Pflanzenhilfsmitteln ist der Düngebedarf der Kultur für jeden Schlag oder jede Bewirtschaftungseinheit nach den Vorgaben des § 4 der DüV zu ermitteln und aufzuzeichnen. Dazu sind die Stickstoffbedarfswerte der jeweiligen Kultur nach Anlage 4 der DüV heranzuziehen. Für andere dort nicht genannte Kulturen sind die Bedarfswerte im Internetauftritt der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) zu finden. Zudem müssen die im Boden verfügbaren Stickstoffmengen berücksichtigt werden. Diese können durch Untersuchung repräsentativer Proben festgestellt werden, aber ebenso dürfen die veröffentlichten N_{\min} -Werte auf der Internetseite der LfL verwendet oder die N_{\min} -Gehalte im Boden im LfL-Programm Düngebedarf Online simuliert werden. Der so ermittelte Düngebedarf darf nicht überschritten werden. Teilgaben sind zulässig.

Die LfL stellt auf ihrer Homepage eine Excel- und eine Online-Anwendung zur Berechnung des Düngebedarfs der meisten Ackerkulturen und von Dauergrünland, mehrjährigem Feldfutterbau und mehrschnittigem Feldfutterbau zur Verfügung:

www.lfl.bayern.de/duengebedarfsermittlung

Die LWG stellt ergänzende Hinweis auf die Regelungen für den Gemüsebau (Düngebedarfsermittlung) zur Verfügung:

www.lwg.bayern.de/gartenbau/gemuesebau/174560

Ausgenommen bzw. befreit von der Aufzeichnungspflicht der Düngebedarfsermittlung sind:

- Flächen, auf denen nur Zierpflanzen oder Weihnachtsbaumkulturen angebaut werden, Baumschul-, Rebschul- und Strauchbeeren und Baumobstflächen sowie nicht im Ertrag stehende Dauerkulturflächen des Wein- und Obstbaus, sowie Flächen, die der Erzeugung schnellwüchsiger Forstgehölze zur energetischen Nutzung dienen,
- Flächen mit ausschließlicher Weidehaltung bei einem jährlichen Stickstoffanfall (Stickstoffausscheidung) an Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft von bis zu 100 kg je Hektar, wenn keine zusätzliche Stickstoffdüngung erfolgt,
- Betriebe, die auf keinem Schlag mehr als 50 kg Gesamtstickstoff je Hektar und Jahr und auf keinem Schlag mehr als 30 kg Phosphat (P_2O_5) je Hektar und Jahr (auch in Form von Abfällen nach Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz) düngen,
- Betriebe, die
 - weniger als 15 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche bewirtschaften (abzüglich der unter den ersten beiden Spiegelstrichen genannten Flächen),
 - höchstens bis zu 2 ha Gemüse, Hopfen, Wein oder Erdbeeren anbauen,
 - einen jährlichen Nährstoffanfall aus Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft von nicht mehr als 750 kg Stickstoff je Betrieb aufweisen und
 - keine außerhalb des Betriebes anfallenden Wirtschaftsdünger sowie organischen und organisch-mineralischen Düngemittel, bei denen es sich um Gärrückstände aus dem Betrieb einer Biogasanlage handelt, übernehmen und aufbringen.

Zur Inanspruchnahme dieser letztgenannten Ausnahme müssen alle der vier aufgezählten Punkte erfüllt sein.

Der je Schlag oder je Bewirtschaftungseinheit ermittelte und aufgezeichnete Düngebedarf ist bis zum Ablauf des 31. März des der Düngebedarfsermittlung folgenden Kalenderjahres zu einer jährlichen betrieblichen Gesamtsumme zusammenzufassen. Die jährliche betriebliche Gesamtsumme des Düngebedarfs kann mit den LfL-Programmen zur Düngebedarfsermittlung berechnet werden.

www.lfl.bayern.de/duengebedarfsermittlung

2.1.2 Grundsätze für die Anwendung

Der ermittelte Stickstoffdüngebedarf darf im Rahmen der Düngungsmaßnahmen nicht überschritten werden. Teilgaben sind zulässig. Nur wenn aufgrund nachträglich eintretender Umstände, insbesondere Bestandsentwicklung oder Witterungsereignisse, ein höherer Düngebedarf besteht, darf der ermittelte Düngebedarf um höchstens 10 % überschritten werden. In einem solchen Fall ist der Düngebedarf für jeden Schlag oder jede Bewirtschaftungseinheit erneut zu ermitteln und einschließlich der Gründe für den höheren Düngebedarf aufzuzeichnen.

Das Aufbringen von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten oder Pflanzenhilfsmitteln darf nur erfolgen, wenn vor dem Aufbringen ihre Gehalte an Gesamtstickstoff, verfügbarem Stickstoff oder Ammoniumstickstoff dem Betriebsinhaber auf Grund

- vorgeschriebener Kennzeichnung bekannt sind oder
- auf Grundlage von Daten der LfL vom Betriebsinhaber ermittelt wurden oder
- durch wissenschaftlich anerkannte Untersuchungen festgestellt wurden.

Die Aufzeichnungen bzw. Dokumentationen über die Nährstoffgehalte der verwendeten Düngemittel müssen 7 Jahre nach Ablauf des Düngejahrs aufbewahrt werden und ggf. bei einer Kontrolle vorgelegt werden können. In der Anlage 1 dieser Broschüre sind die Nährstoffgehalte der wichtigsten mineralischen Düngemittel sowie organischen Dünger aufgeführt. Die Nährstoffgehalte weiterer organischer Düngemittel sind im Internetauftritt der LfL aufgelistet.

www.lfl.bayern.de/basisdaten

2.1.3 Aufnahmefähigkeit der Böden

Stickstoffhaltige Düngemittel, Bodenhilfsstoffe, Kultursubstrate oder Pflanzenhilfsmittel dürfen nicht auf überschwemmtem, wassergesättigtem, gefrorenem oder schneebedecktem Boden aufgebracht werden.

2.1.4 Abstände zu oberirdischen Gewässern

Bei der Aufbringung von stickstoffhaltigen Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln ist ein direkter Eintrag in Oberflächengewässer durch Einhaltung eines ausreichenden Abstandes zwischen dem Rand der durch die Streubreite bestimmten Ausbringungsfläche und der Böschungsoberkante zu vermeiden. Dieser Abstand beträgt im Allgemeinen mindestens 4 m. Werden Ausbringungsgeräte verwendet, bei denen die Streubreite der Arbeitsbreite entspricht oder die über eine Grenzstreueinrichtung verfügen, beträgt der Abstand mindestens 1 m. Innerhalb eines Abstands von 1 m zur Böschungsoberkante dürfen keine Düngemittel aufgebracht werden. Ferner ist zu vermeiden, dass diese Düngemittel in oberirdische Gewässer abgeschwemmt werden.

Hinweis:

Unabhängig von den Regelungen der Düngeverordnung erfordern die Regelungen bei GLÖZ4, dass ein Mindestabstand von 3 m zu oberirdischen Gewässern eingehalten wird. Die Ausbringung von Düngemitteln in einem Abstand von weniger als 3 m zu oberirdischen Gewässern stellt damit bei GLÖZ4 einen zu sanktionierenden Verstoß dar, und zwar auch dann, wenn die Ausbringung mit einem Gerät mit Grenzstreueinrichtung erfolgen sollte.

Es besteht ein absolutes Aufbringungsverbot von stickstoffhaltigen Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln auf Flächen mit Hangneigung zu Gewässern

- innerhalb eines Abstandes von 3 m zur Böschungsoberkante eines Gewässers bei durchschnittlicher Hangneigung von mindestens 5 % im 20 m-Bereich,
- innerhalb eines Abstandes von 5 m zur Böschungsoberkante eines Gewässers bei durchschnittlicher Hangneigung von mindestens 10 % im 20 m-Bereich,
- innerhalb eines Abstandes von 10 m zur Böschungsoberkante eines Gewässers bei durchschnittlicher Hangneigung von mindestens 15 % im 30 m-Bereich.

Darüber hinaus gelten auf bestellten oder unbestellten Ackerflächen mit Hangneigung zu Gewässern

- innerhalb eines Abstandes von 3 m bis 20 m zur Böschungsoberkante eines Gewässers bei Hangneigung von durchschnittlich mindestens 5 % im 20 m-Bereich,
- innerhalb eines Abstandes von 5 m bis 20 m zur Böschungsoberkante eines Gewässers bei Hangneigung von durchschnittlich mindestens 10 % im 20 m-Bereich,
- innerhalb eines Abstandes von 10 m bis 30 m zur Böschungsoberkante eines Gewässers bei Hangneigung von durchschnittlich mindestens 15 % im 30 m-Bereich.

folgende **zusätzliche Anforderungen:**

- Auf unbestellten Ackerflächen sind diese Stoffe vor der Aussaat oder Pflanzung sofort einzuarbeiten.
- Auf bestellten Ackerflächen:
 - Bei Reihenkulturen (Reihenabstand von 45 cm und mehr) sind diese Stoffe sofort einzuarbeiten, sofern keine entwickelte Untersaat vorhanden ist.
 - Bei allen anderen Kulturen muss eine hinreichende Bestandsentwicklung vorliegen oder
 - die Fläche muss im Mulch- oder Direktsaatverfahren bestellt worden sein.

Zusätzlich dürfen auf Ackerflächen mit einer Hangneigung zu Gewässern von durchschnittlich mindestens 15 % im 30 m-Bereich, die unbestellt sind oder nicht über einen hinreichend entwickelten Pflanzen-

bestand verfügen, Düngemittel, Bodenhilfsstoffe, Kultursubstrate und Pflanzenhilfsmittel nur bei sofortiger Einarbeitung auf der gesamten Ackerfläche des Schlages aufgebracht werden.

Beträgt bei Flächen, die eine Hangneigung zu Gewässern von durchschnittlich mindestens 10 % im 20 m-Bereich oder von mindestens 15 % im 30 m-Bereich aufweisen, der ermittelte Düngebedarf mehr als 80 kg Gesamtstickstoff je Hektar, so dürfen Düngemittel, Bodenhilfsstoffe, Kultursubstrate und Pflanzenhilfsmittel nur in Teilgaben aufgebracht werden, die jeweils 80 kg Gesamtstickstoff je Hektar nicht überschreiten.

Vom StMELF wird im iBALIS eine Anwendung zur Bestimmung der durchschnittlichen Hangneigung eines Feldstücks zur Verfügung gestellt. Damit ist es möglich, den verbindlichen Abstand zu Gewässern bei der Düngung für ein gesamtes Feldstück festzustellen (siehe Kapitel III, Nr. 1.3).

2.1.5 Sperrzeiten

Düngemittel mit wesentlichem Gehalt an Stickstoff (mehr als 1,5 % Gesamtstickstoff in der Trockenmasse) dürfen zu den nachfolgend genannten Zeiten nicht aufgebracht werden.

Acker: Auf Ackerland beginnt die Sperrzeit generell nach der Ernte der letzten Hauptfrucht und dauert bis einschließlich 31. Januar. Hauptfrucht ist grundsätzlich die Frucht, die im Mehrfachantrag angegeben ist, es kann jedoch auch eine Kultur (zweite Hauptfrucht bzw. Zweitfrucht) sein, die vor dem 1. August gesät wurde und noch im Ansaatjahr geerntet wird.

Folgende Ausnahmen gibt es:

- Zu Zwischenfrüchten, Winterraps und Feldfutter dürfen bis zu 30 kg Ammonium- bzw. 60 kg/ha Gesamtstickstoff bis zum Ablauf des 1. Oktober gedüngt werden, wenn die Saat bis zum Ablauf des 15. September erfolgt.
- Zu Wintergerste nach einer Getreidevorfrucht dürfen bis zu 30 kg Ammonium- bzw. 60 kg/ha Gesamtstickstoff bis zum Ablauf des 1. Oktober gedüngt werden, bei einer Aussaat bis zu diesem Termin.
- Zu Gemüse-, Erdbeer- und Beerenobstkulturen darf bis zum Ablauf des 1. Dezember gedüngt werden.
- Mehrjähriger Feldfutterbau hat dieselbe Sperrzeit wie Grünland.

Grünland, Dauergrünland und mehrjähriger Feldfutterbau: Die Sperrzeit für Grünland, Dauergrünland und Ackerland mit mehrjährigem Feldfutterbau bei einer Aussaat bis zum Ablauf des 15. Mai beginnt am 1. November und dauert bis einschließlich 31. Januar. Diese Sperrzeit kann um zwei oder vier Wochen verschoben werden, wenn die regionaltypischen Gegebenheiten dies rechtfertigen und gewässerschädigende Auswirkungen nicht zu erwarten sind.

Auf Grünland, Dauergrünland und auf Ackerland mit mehrjährigem Feldfutterbau bei einer Aussaat bis zum Ablauf des 15. Mai dürfen in der Zeit vom 1. September bis zum Beginn der Sperrzeit mit flüssigen organischen und flüssigen organisch-mineralischen Düngemitteln, einschließlich flüssigen Wirtschaftsdüngern, mit wesentlichem Gehalt an verfügbarem Stickstoff oder Ammoniumstickstoff nicht mehr als 80 kg Gesamtstickstoff/ha aufgebracht werden.

Nach der letzten Nutzung bis zum Sperrfristbeginn dürfen mit den genannten Düngemitteln max. 30 kg Ammonium- bzw. 60 kg Gesamtstickstoff je Hektar ausgebracht werden.

Eine Düngung mit 30 kg Ammonium- bzw. 60 kg Gesamtstickstoff je Hektar nach der letzten Nutzung ist nur möglich, wenn im Zeitraum von 1. September bis Sperrfristbeginn 80 kg N/ha noch nicht ausgeschöpft sind und im kommenden Frühjahr eine Nutzung des Aufwuchses erfolgt.

Festmist und Kompost: Festmist von Huftieren oder Klautieren oder Komposte dürfen in der Zeit vom 1. Dezember bis zum Ablauf des 15. Januar nicht aufgebracht werden.

2.1.6 Zugelassene Geräte für die Aufbringung von Düngemitteln

Geräte zum Aufbringen von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten oder Pflanzenhilfsmitteln müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen.

Das Aufbringen von Stoffen mit folgenden **Geräten** ist verboten:

- Festmiststreuer ohne gesteuerte Mistzufuhr zum Verteiler,
- Güllewagen und Jauchewagen mit freiem Auslauf auf den Verteiler,
- zentrale Prallverteiler, mit denen nach oben abgestrahlt wird,
- Güllewagen mit senkrecht angeordneter, offener Schleuderscheibe als Verteiler zum Aufbringen von Gülle,
- Drehstrahlregner zur Verregnung von Gülle.

2.1.7 Maximale Ausbringungsmenge 170 kg N/ha und Jahr im Betriebsdurchschnitt für alle organischen und organisch-mineralischen Düngemittel

Im Durchschnitt der landwirtschaftlich genutzten Flächen des Betriebes (Flächen in Deutschland) dürfen auf Acker- und Grünlandflächen pro Hektar und Jahr nicht mehr als 170 kg Gesamtstickstoff aus organischen und organisch-mineralischen Düngemitteln, einschließlich Wirtschaftsdünger und Gärreste aus dem Betrieb einer Biogasanlage, aufgebracht werden. Der Stickstoffanfall aus der Weidehaltung ist anzurechnen.

In der Anlage 1 sind Tabellen für den Nährstoffanfall unterschiedlicher Tierarten aufgeführt. Die LfL bietet im Internet eine EDV-Anwendung zur betriebsindividuellen Berechnung der Grenze 170 kg N/ha an: www.lfl.bayern.de/170kkgrenze

Flächen, auf denen die Aufbringung von stickstoffhaltigen Düngemitteln, einschließlich Wirtschaftsdünger, nach anderen als düngerechtlichen Vorschriften oder vertraglich verboten ist, sind vor der Berechnung des Flächendurchschnitts von der zu berücksichtigenden Fläche abzuziehen.

Im Falle von Kompost darf die durch dieses Düngemittel aufgebrachte Menge an Gesamtstickstoff im Durchschnitt der landwirtschaftlich genutzten Flächen des Betriebes in einem Zeitraum von drei Jahren bei nicht mehr als 510 kg Gesamtstickstoff je Hektar liegen.

2.1.8 Aufzeichnungen nach erfolgter Düngung und bei Weidehaltung

Spätestens 14 Tage nach jeder Düngemaßnahme sind aufzuzeichnen (formlos):

- eindeutige Bezeichnung und Größe des betreffenden Schlages, der Bewirtschaftungseinheit (Definition siehe Glossar) oder der zusammengefassten Flächen (Zusammenfassung von Gemüseanbaukulturen ist in bestimmten Fällen möglich),
- Art und Menge des aufgebrachten Stoffes und
- aufgebrachte Mengen an Gesamtstickstoff und Phosphat, bei organischen und organisch-mineralischen Düngemitteln im Fall von Stickstoff neben der Menge an Gesamtstickstoff auch die Menge an verfügbarem Stickstoff.

Bei Weidehaltung sind zusätzlich die Zahl der Weidetage sowie die Art und Anzahl der auf der Weide gehaltenen Tiere nach Abschluss der Weidehaltung aufzuzeichnen; ausgenommen hiervon ist die kurzzeitige Beweidung von nicht im Eigentum einer Schäferin/eines Schäfers stehenden oder von ihr/ihm gepachteten Flächen (z. B. Wanderschäfereien). Wird die Fläche neben der Weidehaltung nicht gedüngt, entfallen die beiden in der Aufzählung letztgenannten Punkte.

Die aufgebrachten Mengen an Stickstoff sind bis zum Ablauf des 31. März des der Aufbringung folgenden Kalenderjahres zu einer jährlichen betrieblichen Gesamtsumme des Stickstoffeinsatzes zusammenzufassen; die Gesamtsumme des Nährstoffeinsatzes ist nach Maßgabe der Anlage 1.5 aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen sind mindestens sieben Jahre aufzubewahren.

Die Aufzeichnung der tatsächlichen organischen und mineralischen Düngung innerhalb von 14 Tagen sowie die jährliche Zusammenfassung der Düngung können mit den beiden EDV-Programmen der LfL zur Düngbedarfsermittlung erfolgen:

www.lfl.bayern.de/duengebedarfsermittlung

2.2 Zusätzliche besondere Vorgaben für die Düngung mit stickstoffhaltigen Düngemitteln in mit Nitrat belasteten Gebieten (§ 13a DüV)

Mit Urteil vom 24. Oktober 2025 hat das Bundesverwaltungsgericht Teile der bayerischen Ausführungsverordnung zur Düngeverordnung (AVDüV) – insbesondere die Gebietsausweisungen und zusätzliche Landesauflagen – für unwirksam erklärt. Die davon betroffenen Verpflichtungen entfallen bis auf weiteres.

2.3 Begrünung bei Hangneigung zu oberirdischen Gewässern

§ 38a WHG sieht für landwirtschaftlich genutzte Flächen mit durchschnittlicher Hangneigung von mindestens 5 % im Abstand von 20 m zu Gewässern vor, dass innerhalb eines Abstandes von 5 m zur Böschungsoberkante des Gewässers eine ganzjährig geschlossene Begrünung zu erhalten oder herzustellen ist. Bei Gewässern ohne ausgeprägte Böschungsoberkante ist die Linie des Mittelwasserstandes maßgeblich. Ferner darf eine Bodenbearbeitung zur Erneuerung des Pflanzenbewuchses nicht mehr als einmal innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren durchgeführt werden. Der erste Fünfjahreszeitraum hat mit Ablauf des 30. Juni 2020 begonnen.

Für eine detaillierte Beschreibung der Vorgabe und zu den Hilfsmitteln die die Bayerischen Staatsministerien für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus sowie für Umwelt und Verbraucherschutz zur Verfügung stellen siehe Kapitel III, Nr. 1.3.

2.4 Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Festmist, Silage und Silagesickersäften

Die wesentlichen Anforderungen an ortsfeste Anlagen (siehe Glossar) lassen sich wie folgt zusammenfassen.

2.4.1 Bauliche Anforderungen

Anlagen für das Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Festmist, Silage und Silagesickersäften sowie flüssige Gärreste einschließlich deren Sammel-, Um- und Abfülleinrichtungen müssen bei den zu erwartenden Beanspruchungen **flüssigkeitsundurchlässig, standsicher** und gegen die zu erwartenden mechanischen, thermischen und chemischen Einflüsse **widerstandsfähig** sein.

Ein **Ab- bzw. Überlaufen** des Lagergutes, insbesondere dessen Eindringen in das Grundwasser, in Oberflächengewässer und in die Kanalisation muss zuverlässig verhindert werden.

Die zugänglichen Anlagenteile, wie Armaturen, Rohrleitungen und die sichtbaren Teile des Behälters – soweit kein Einstieg erforderlich ist – sowie insbesondere die Kontrollschächte der Leckageerkennung sind **mindestens jährlich** durch **Sicht- oder Funktionskontrolle** zu prüfen. Bei Verdacht auf Undichtigkeit (z. B. Gülle im Kontrollschacht) ist die zuständige Kreisverwaltungsbehörde unverzüglich zu benachrichtigen.

Ortsfeste Anlagen zum Lagern von Festmist und Silage einschließlich fester Gärreste sind mit einer dichten und **flüssigkeitsundurchlässigen Bodenplatte** zu versehen. Zur ordnungsgemäßen Ableitung der Jauche ist die Bodenplatte einer Festmistlagerstätte **seitlich einzufassen**. Die Anlagen sind gegen das Eindringen von Oberflächenwasser aus dem umgebenden Gelände zu schützen. Diese Anforderungen an die Lagerfläche gelten nicht für Foliensilos für Rund- und Quaderballen, sofern auf der Lagerfläche keine Entnahme von Silage erfolgt.

Sofern eine Ableitung der **Jauche** in eine vorhandene Jauche- oder Güllegrube nicht möglich ist, ist eine gesonderte **Sammeleinrichtung** vorzusehen.

Dasselbe gilt für Anlagen zur Lagerung von Silage. Anfallender **Silagesickersaft** muss entweder in eine Jauche- oder Güllegrube abgeleitet werden oder es ist eine gesonderte Sammeleinrichtung vorzusehen.

Da sich die Anforderungen für Siloanlagen im Laufe der vergangenen Jahre geändert haben und eine generelle Nachrüstungspflicht für Altanlagen zu keiner Zeit bestand, ist bei der Kontrolle der Konditionalität zwischen drei Gruppen von Siloanlagen zu unterscheiden.

- Anlagen, die vor dem 1. Oktober 1996 errichtet wurden, müssen nicht zwingend über eine Ableitung verfügen.
- Anlagen, die im Zeitraum vom 1. Oktober 1996 bis 31. Januar 2006 errichtet wurden, müssen über eine ordnungsgemäße Ableitung verfügen, wenn Sickersaft anfällt.
- Anlagen, die ab dem 1. Februar 2006 errichtet wurden, müssen generell über eine ordnungsgemäße Ableitung verfügen.

Wenn bei Kontrollen festgestellt wird, dass Jauche oder Silagesickersäfte ab- oder überlaufen, ist dies unabhängig vom Errichtungsjahr der Anlagen ein Verstoß gegen die Nitratrichtlinie.

2.4.2 Lagerkapazität für Gülle und Jauche

Das Fassungsvermögen von Anlagen zur Lagerung von Wirtschaftsdüngern (z. B. Jauche, Gülle und Festmist) sowie Gärrückständen aus dem Betrieb einer Biogasanlage zzgl. ggf. weiterer Einleitungen (z. B. Silagesickersäfte) muss größer sein, als die erforderliche Kapazität während des längsten Zeitraumes, in dem das Ausbringen auf landwirtschaftliche Flächen verboten ist. Es muss auf die Belange des jeweiligen landwirtschaftlichen Betriebes und des Gewässerschutzes abgestimmt sein. Eine ordnungsgemäße landwirtschaftliche Verwertung oder Ausbringung des Inhaltes nach der Düngeverordnung muss gewährleistet sein.

Betriebe, die flüssige Wirtschaftsdünger (z. B. Jauche oder Gülle) oder feste oder flüssige Gärrückstände erzeugen, müssen sicherstellen, dass sie mindestens die in einem Zeitraum von sechs Monaten anfallenden flüssigen Wirtschaftsdünger oder Gärrückstände sicher lagern können. Betriebe, die Wirtschaftsdünger (inkl. Gärrückstände) erzeugen und mehr als drei Großvieheinheiten je Hektar landwirtschaftlich genutzter Flächen halten oder über keine eigenen Aufbringungsflächen verfügen, haben sicherzustellen, dass sie mindestens die in einem Zeitraum von neun Monaten anfallenden flüssigen Wirtschaftsdünger oder Gärrückstände sicher lagern können. Soweit der Betrieb nicht selbst über die erforderlichen Anlagen zur Lagerung verfügt, hat der Betriebsinhaber durch schriftliche vertragliche Vereinbarungen mit einem Dritten sicherzustellen, dass die das betriebliche Fassungsvermögen übersteigende Menge dieser Stoffe überbetrieblich gelagert oder verwertet wird.

Für Festmist von Huftieren oder Klautieren oder für Komposte ist eine Lagerkapazität von zwei Monaten sicherzustellen.

Ob der vorhandene Lagerraum den Vorgaben der Düngeverordnung entspricht, kann schnell und unkompliziert mit dem EDV-Programm zur Berechnung des Lagerraumes für Gülle, Jauche und Stallmist sowie Gärrückstände der LfL überprüft werden:

www.lfl.bayern.de/lagerkapazitaet

www.lfl.bayern.de/biogasrechner

Wenn die im Betrieb vorhandenen Lagermöglichkeiten nicht ausreichen, bestehen folgende Möglichkeiten, die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen:

- Zugepachteter Lagerraum wird anerkannt, wenn ein gültiger schriftlicher Vertrag vorliegt, aus dem zumindest das Volumen des gepachteten Lagerraums für feste bzw. flüssige Wirtschaftsdünger und die Vertragslaufzeit hervorgehen. Der Pächter muss ganzjährig über den zugepachteten Lagerraum verfügen können und die Entfernung zwischen dem angepachteten Lagerraum und der Anfallstätte des Wirtschaftsdüngers muss noch betriebswirtschaftlich sinnvoll sein.
- Abnahmeverträge für Gülle, Jauche, Festmist oder Gärrückstände werden anerkannt, wenn sichergestellt ist, dass die im aufnehmenden Betrieb vorhandene Lagerkapazität für eine sechsmonatige Lagerung der eigenen und aufgenommenen Wirtschaftsdünger ausreicht. Im Abnahmevertrag ist zu dokumentieren, dass im aufnehmenden Betrieb ganzjährig freie Lagerkapazität im Umfang der Liefermenge des abgebenden Betriebes vorhanden ist.
- Betriebe mit erforderlicher Lagerkapazität über sechs bis neun Monate können durch zusätzliche Aufbringungsflächen (Flächen im Mehrfachantrag und Flächen von anderen Betrieben) die erforderliche Lagerkapazität reduzieren. Im Vertrag (01.01. bis 31.12. eines Jahres) müssen die Flächen,

die vertraglich gesichert zur Ausbringung von Gärresten und flüssigen Wirtschaftsdüngern bereitgestellt werden, eindeutig gekennzeichnet werden (FID) mit Flächengröße und erlaubter Aufbringmenge in kg N/ha.

2.4.3 Hinweis zum Volumen von Auffangbehältern für Silagesickersäfte

Nach Maßgabe der Anlagenverordnung müssen ortsfeste Gärfuttersilos mit einem Auffangbehälter für Silagesickersaft und verunreinigtes Niederschlagswasser versehen sein, sofern ein Ableiten in einen Gülle- oder Jauchebehälter nicht möglich ist.

Das Auffangvolumen ist vom Gärsaftanfall und der Häufigkeit der Entleerung abhängig. Zusätzlich ist verunreinigtes Niederschlagswasser, das z. B. beim Befüllen des Silos oder bei der Entnahme des Siliergutes auftreten kann, im Behälter aufzufangen.

Werden diese Stoffe in einen Gülle- oder Jauchebehälter abgeleitet, sind diese Mengen bei der Berechnung der Mindestlagerkapazität zu berücksichtigen. Im o. g. Programm der LfL werden diese Stoffe berücksichtigt.

Hinweis:

Bei Biogasanlagen ist zur Vermeidung von Gewässerverunreinigungen das Biogashandbuch Bayern, Materialienband Kapitel 2.2.4 Wasserwirtschaft, zu beachten.

www.lfu.bayern.de/energie/biogashandbuch

3 VOGELSCHUTZ-RICHTLINIE (GAB 3)

Betroffen sind alle Antragstellerinnen und Antragsteller

3.1 Allgemeine Regelung

Die EU-Mitgliedstaaten sind nach den Bestimmungen der Vogelschutzrichtlinie zur Erhaltung und Wiederherstellung von Lebensräumen für alle europäischen wildlebenden Vogelarten verpflichtet. Konkrete Rechtspflichten, die innerhalb und außerhalb von Schutzgebieten zu beachten sind, ergeben sich für landwirtschaftliche Betriebe insbesondere aus

- dem Beseitigungsverbot bestimmter Landschaftselemente,
- dem gesetzlichen Biotopschutz,
- den Vorgaben der Eingriffsregelung.

Zum Erhalt der durch die Vogelschutzrichtlinie geschützten Vogelarten müssen die Mitgliedstaaten, in Deutschland die Bundesländer, die zahlen- und flächenmäßig geeignetsten Gebiete zu Vogelschutzgebieten erklären. Dies ist in Bayern durch die Bayerische Natura 2000-Verordnung vom 19. Februar 2016, veröffentlicht im AllIMBI Nr. 3 vom 24. März 2016, S. 258 ff. geschehen. Die Bayerische Natura 2000-Verordnung übernimmt und ersetzt die Verordnung zur Festlegung der Europäischen Vogelschutzgebiete vom 12. Juli 2006 (VoGEV).

Hinweis:

Informationen zur BayNat2000V können im Internet abgerufen werden.

www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayVoGEV06

www.stmu.bayern.de/themen/naturschutz/schutzgebiete/natura2000/umsetzung.htm

Ordnungsgemäß durchgeführte **Pflegemaßnahmen**, durch die geschützte Lebensräume dauerhaft erhalten bleiben, sind zulässig.

In der Regel ist davon auszugehen, dass für die Erhaltung der Lebensräume der europäischen wildlebenden Vogelarten Hecken, Baumreihen, Feldgehölze, Feuchtgebiete und Einzelbäume, wie sie in Kapitel II Nr. 8. definiert werden, von besonderer Bedeutung sind.

Außerdem sind darüber hinaus gehende Verbote der Zerstörung oder erheblichen Beeinträchtigung von geschützten Biotopen (§ 30 BNatSchG oder nach Landesrecht), von ausgewiesenen Naturdenkmälern (§ 28 BNatSchG oder nach Landesrecht) oder geschützten Landschaftsbestandteilen (§ 29 BNatSchG oder nach Landesrecht) zu beachten. Zu den geschützten Landschaftsbestandteilen gehören auch ggf. nach Landesrecht geschützte Einzelbäume. Lebensräume der Arten, die unter die Vogelschutz-Richtlinie fallen, sowie weitere naturschutzrechtlich geschützte Flächen dürfen grundsätzlich nicht beseitigt werden. Informationen zu den als Biotope gesetzlich geschützten Lebensraumtypen Mähwiesen (LRT 6510, 6520) können aus der Anlage 8 entnommen werden.

Vogelschutzspezifische Auflagen aus Projektgenehmigungen, unabhängig von der Lage des Projektes innerhalb oder außerhalb von Schutzgebieten, sind ebenfalls zu beachten.

3.2 Besonderheiten für Schutzgebiete

Zum Erhalt der durch die Vogelschutzrichtlinie geschützten Vogelarten wurden durch die Länder die zahlen- und flächenmäßig geeignetsten Gebiete zu Vogelschutzgebieten erklärt.

Erhebliche Beeinträchtigungen der für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck des Vogelschutzgebiets maßgeblichen Bestandteile (bestimmte Vogelarten und deren Lebensräume) sind unzulässig (§§ 33 f. BNatSchG). Die Bewirtschaftung darf nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung der betreffenden Vogelarten in Vogelschutzgebieten führen können.

In Vogelschutzgebieten sind darüber hinaus zusätzliche Regelungen zu beachten, wenn diese beispielsweise in Form einer Schutzgebietsverordnung, einer Einzelanordnung (siehe Glossar) oder in einer vertraglichen Vereinbarung festgelegt wurden. Einschränkungen oder Regelungen können beispielsweise

- den Dünger- und Pflanzenschutzmitteleinsatz,
 - den Mahdzeitpunkt,
 - das Umwandlungs- und Umbruchverbot von Grünlandflächen,
 - andere Umnutzung von Grünlandflächen
 - die Veränderung des Wasserhaushaltes, vor allem in Feuchtgebieten, *oder*
 - die Unterhaltung von Gewässern
- betreffen.

Hinweis:

Nähere Informationen sind bei den Unteren Naturschutzbehörden erhältlich.

4 FFH-RICHTLINIE (GAB 4)

Betroffen sind alle Antragstellerinnen und Antragsteller

Besonderheiten für Schutzgebiete

Die Mitgliedstaaten müssen die zahlen- und flächenmäßig geeignetsten Gebiete zu FFH-Gebieten erklären, die nötigen Erhaltungsmaßnahmen für die in den FFH-Gebieten vorkommenden Lebensraumtypen und Arten festlegen und geeignete rechtliche, administrative oder vertragliche Maßnahmen ergreifen, um die Erhaltungsziele zu erreichen.

Die FFH-Gebiete sind als Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung in der Bayerischen Natura 2000-Verordnung vom 19. Februar 2016, veröffentlicht im AImMBI Nr. 3 vom 24. März 2016, S. 258 ff., als Natura 2000-Gebiete festgelegt.

Hinweis:

Informationen zur BayNat2000V können im Internet abgerufen werden.

www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayVoGEV06

www.stmu.v.bayern.de/themen/naturschutz/schutzgebiete/natura2000/umsetzung.htm

Erhebliche Beeinträchtigungen der für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck des FFH-Gebiets maßgeblichen Bestandteile (bestimmte Lebensräume, Tier- und Pflanzenarten) sind unzulässig (§§ 33 f. BNatSchG). Die Bewirtschaftung darf nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung der in FFH-Gebieten geschützten Lebensräume, Tier- und Pflanzenarten führen können.

In FFH-Gebieten sind darüber hinaus zusätzliche Bewirtschaftungsvorgaben oder -auflagen einzuhalten, wenn verbindliche Vorschriften in Form einer Schutzgebietsverordnung, einer Einzelanordnung oder in einem diese ersetzenden Förderprogramm festgelegt wurden oder eine sonstige gesetzliche Regelung (z. B. bei gesetzlich geschützten Biotopen) besteht.

Weitere Einzelheiten zu den geschützten Lebensraumtypen Mähwiesen (LRT 6510 und 6520) können auch der Anlage 8 entnommen werden.

Hinweis:

Naturschutzrechtlich besonders geschützte Lebensraumtypen des Grünlandes der Fauna-Flora-Habitat (FFH-) Richtlinie sowie Lebensräume der Arten, die unter die FFH-Richtlinie fallen dürfen grundsätzlich nicht umgewandelt oder umgebrochen werden. Bitte wenden Sie sich in Zweifelsfällen vorab an die Untere Naturschutzbehörde.

FFH-spezifische Auflagen aus Projektgenehmigungen sind, unabhängig von der Lage des Projektes innerhalb oder außerhalb von Schutzgebieten, ebenfalls zu beachten.

5 LEBENS- UND FUTTERMITTELSICHERHEIT (GAB 5)

Betroffen sind alle Antragstellerinnen und Antragsteller, die Lebens- oder Futtermittel erzeugen und/oder in Verkehr bringen oder Tiere füttern, die der Lebensmittelgewinnung dienen

Die europäische Basisverordnung zur Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit (VO (EG) Nr. 178/2002) gilt unmittelbar und bedarf keiner nationalen Umsetzung. Sie wird unter anderem durch bestimmte Verordnungen zur Lebensmittelhygiene (VO (EG) Nr. 852/2004, VO (EG) Nr. 853/2004) sowie zur Futtermittelhygiene (VO (EG) Nr. 183/2005) konkretisiert. Diese Verordnungen weisen jedem, der Lebensmittel oder Futtermittel erzeugt oder produziert, lagert, verarbeitet, befördert oder vertreibt (siehe Glossar: Lebensmittel- bzw. Futtermittelunternehmer) die Verantwortung für die Erzeugung und das Inverkehrbringen sicherer Lebens- und Futtermittel zu. Dies gilt auch, soweit er Futtermittel zur Verfütterung im eigenen Betrieb erzeugt, verarbeitet oder lagert.

5.1 Vorgaben zur Futtermittelsicherheit

5.1.1 Sichere Futtermittel

Der Betriebsinhaber muss in seinem Unternehmen auf allen Produktions-, Verarbeitungs- und Vertriebsstufen dafür sorgen, dass die Anforderungen des Futtermittelrechts an die landwirtschaftliche Tätigkeit erfüllt werden.

Futtermittel, die nicht sicher sind, dürfen **nicht in den Verkehr** gebracht **oder an Tiere verfüttert** werden, die zur Lebensmittelgewinnung dienen. Futtermittel gelten als **nicht sicher**, wenn davon auszugehen ist, dass sie

- die Gesundheit von Mensch oder Tier beeinträchtigen können oder
- bewirken, dass die Lebensmittel, die aus Tieren hergestellt werden, als nicht sicher für den menschlichen Verzehr anzusehen sind.

So ist beispielsweise bei einem **Nachweis unzulässiger oder verbotener Stoffe** in Futtermitteln oder bei einem Nachweis unerwünschter Stoffe in Futtermitteln oberhalb geltender Höchstgehalte zu prüfen, ob dadurch die Gesundheit von Mensch oder Tier beeinträchtigt werden kann oder ob diese Verunreinigungen bewirken, dass die Lebensmittel, die aus Tieren hergestellt werden, nicht sicher für den Verzehr durch den Menschen sind.

Gemäß den futtermittelrechtlichen Bestimmungen gelten insbesondere Verbote oder Höchstgehalte für folgende Stoffe:

Unzulässige Stoffe, z. B.

- nicht bestimmungsgemäßer Gebrauch/Verschleppung von Futtermittelzusatzstoffen,
- Verwendung nicht mehr zugelassener Futtermittelzusatzstoffe,
- Verschleppung/Kreuzkontamination pharmakologisch wirksamer Substanzen (z. B. von Tierarzneimitteln oder Arzneifuttermitteln).

Unerwünschte Stoffe, z. B.

- Schwermetalle (z. B. Blei, Cadmium, Arsen, Quecksilber),
- Dioxine, dioxinähnliche PCB,
- chlorierte Kohlenwasserstoffe (z. B. DDT, Chlordan),
- Mutterkorn, Aflatoxin B1,
- Verschleppung/Kreuzkontamination von Kokzidiostatika in Futtermitteln für Nichtzieltierarten,
- Rückstände von Pestiziden.

Verbotene Materialien nach Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 767/2009, z. B.

- Kot und Urin,
- Verpackung und Verpackungsteile,
- Saatgut (gebeizt).

Unabhängig von Höchstgehalten für unerwünschte Stoffe nach der Richtlinie 2002/32/EG dürfen Futtermittel auch keine **Rückstände von Pestiziden** enthalten, die die Höchstgehalte gemäß Artikel 18 der Verordnung (EG) Nr. 396/2005 überschreiten.

Hinweis:

Die Anwendung der guten landwirtschaftlichen Praxis unter Beachtung der allgemeinen Hygiene-grundsätze (Schutz vor Kontamination, angemessene Sauberkeit) führt im Allgemeinen zu sicheren Futtermitteln. Fehlerhafte Produktionsmethoden (z. B. Überdosierung von Pflanzenschutzmitteln) sowie individuelle Situationen (z. B. besondere Bodenbelastungen, besondere Emissionsquellen) können dazu führen, dass die produzierten Futtermittel nicht mehr sicher sind.

5.1.2 Information der Behörden, Rückruf und Rücknahme von Futtermitteln

Hat ein Betriebsinhaber **konkrete Anhaltspunkte** dafür, dass ein von ihm eingeführtes, erzeugtes, hergestelltes oder an andere abgegebenes Futtermittel die Anforderungen an die Futtermittelsicherheit nicht erfüllt, muss er dies unverzüglich der **Regierung von Oberbayern** mitteilen. Diese Mitteilung darf nicht zu einer strafrechtlichen Verfolgung oder für ein Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz gegen den meldenden Betriebsinhaber verwendet werden. Erfolgt diese Meldung nicht, liegt ein Verstoß gegen die Konditionalität vor.

Der Betriebsinhaber muss darüber hinaus unverzüglich Verfahren einleiten, um diese Futtermittel mit Unterstützung von Handel und Vertrieb vom Markt zu nehmen.

5.1.3 Rückverfolgbarkeit

Der Betriebsinhaber muss die **Rückverfolgbarkeit** von Futtermitteln sicherstellen. Dazu muss er dokumentieren, von wem er die Futtermittel erhalten und/oder an wen er sie abgegeben hat. Das gilt auch dann, wenn der Erwerb oder die Abgabe unentgeltlich war. Der Betriebsinhaber kann diese Anforderung mit einer geordneten **Dokumentation der Wareneingänge und -ausgänge** erfüllen. Die Art der Dokumentation muss es erlauben, den Behörden im Bedarfsfall über Lieferanten oder Abnehmer sowie die Menge der Futtermittel schnell und zuverlässig Auskunft zu erteilen.

Dies gilt für jeden eigenständigen Betrieb. Das bedeutet, wenn (z. B. aus steuerlichen Gründen) bestimmte Betriebsteile in eigene Betriebe ausgelagert werden, dass auch zwischen diesen Betrieben die Rückverfolgbarkeit aller Wareneingänge und -ausgänge sichergestellt sein muss.

Die Dokumentation kann zum Beispiel in Form von **Lieferpapieren** erfolgen, die so geordnet abgelegt sind, dass Lieferanten oder Abnehmer, auch in Bezug auf einen bestimmten Zeitraum, sowie die Menge der Futtermittel identifiziert werden können. Die Dokumentation sollte neben dem **Namen** und der **Anschrift** eines Lieferanten oder Abnehmers und der **Menge** der Futtermittel auch eine zur **Identifizierung des Produktes** ausreichende Bezeichnung umfassen.

Zu den Dokumentationspflichten von Futtermitteln, die aus betriebseigener Erzeugung stammen (Primärproduktion) und innerbetrieblich verwendet werden, wird auf Kapitel III, Nr. 5.2.4 verwiesen.

Für Futtermittelunternehmer, die sich nicht auf der in Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 183/2005 erwähnten Stufe der Futtermittelprimärproduktion befinden, gelten unter anderem für die Sicherung der Rückverfolgbarkeit von Futtermitteln weitere spezifizierte Anforderungen nach der Verordnung.

5.1.4 Anforderungen an die Futtermittelhygiene

Bei der Primärproduktion von Futtermitteln sind durch den Betriebsinhaber bestimmte **Dokumentationspflichten** zu erfüllen. Die Buchführung muss insbesondere Aussagen enthalten über die Verwendung von Bioziden und Pflanzenschutzmitteln. Deshalb müssen zumindest Belege vorhanden sein, die über die Verwendung von Bioziden (z. B. **Schädlingsbekämpfungsmittel, Desinfektionsmittel**) und **Pflanzenschutzmitteln** Aufschluss geben. Hierzu zählen z. B. auch Lieferscheine oder Kaufbelege, mit deren Hilfe nachvollzogen werden kann, ob entsprechende Mittel bei der Primärproduktion von Futtermitteln Anwendung fanden (vgl. Kapitel III, Nr. 7.4).

Auch die Verwendung von **genetisch verändertem Saatgut** ist zu dokumentieren.

Jeder Betriebsinhaber muss sicherstellen, dass er diese Anforderung erfüllt. Er kann sich z. B. zusichern lassen, dass die ihn beliefernden Betriebe über eine Registrierung und/oder Zulassung verfügen. Für die Überprüfung der Angaben zum Futtermittellieferanten ist das Register hier veröffentlicht:

www.bmleh.de/DE/themen/tiere/futtermittel

Verwenden Betriebsinhaber Futtermittel aus ihrem eigenen Betrieb, müssen auch sie bei der zuständigen Behörde als Futtermittelunternehmen registriert und/oder zugelassen sein. Änderungen bei den Angaben zum bereits registrierten Betrieb, z. B. durch Inhaberwechsel, Gründung einer GbR, Neuaufnahme von Tätigkeiten oder Betriebsschließung sind der Regierung von Oberbayern, Sachgebiet 56 – Futtermittelüberwachung Bayern, Maximilianstr. 39, 80538 München vom Futtermittelunternehmer zu melden.

Hinweis:

Das Verzeichnis der registrierten Futtermittelunternehmen in Bayern (ohne Landwirtinnen und Landwirte) kann im Internet unter www.reg-ob.de, (Über uns -> Organisationsstruktur -> Organigramm der Sachgebiete -> unter der Überschrift Bereich 5 – Sachgebiet 56 -> unter der Überschrift „Service für die Futtermittelunternehmer“ – Futtermittelbetriebsregister) abgerufen oder bei den Kreisverwaltungsbehörden eingesehen werden.

Futtermittel müssten getrennt von Chemikalien und anderen in der Tierernährung verbotenen Erzeugnissen gelagert werden. Lagerbereiche und Behälter für Futtermittel müssen sauber und trocken gehalten sowie regelmäßig gereinigt werden, um unnötige Kreuzkontaminationen zu vermeiden. Arzneifuttermittel und Futtermittel ohne Arzneimittel, die für unterschiedliche Tierkategorien oder -arten bestimmten sind, müssen so gelagert werden, dass das Risiko der Fütterung an Tiere, für die sie nicht bestimmt sind, verringert wird.

Abfälle und gefährliche Stoffe sind so sicher zu lagern und zu behandeln, dass eine gefährliche Kontamination von Futtermitteln verhindert wird.

Der Betriebsinhaber muss die Ergebnisse einschlägiger **Analysen von Primärerzeugnisproben** oder sonstiger Proben berücksichtigen, die für die Futtermittelsicherheit von Belang sind.

5.2 Vorgaben zur Lebensmittelsicherheit

5.2.1 Sichere Lebensmittel

Der Betriebsinhaber muss in seinem Unternehmen auf allen Produktions-, Verarbeitungs- und Vertriebsstufen dafür sorgen, dass die Anforderungen des Lebensmittelrechts im Rahmen der Primärproduktion erfüllt werden und dies auch überprüfen.

Lebensmittel, die nicht sicher sind, dürfen **nicht in Verkehr gebracht** werden. Der Betriebsinhaber muss deshalb auch prüfen, ob die Lebensmittelsicherheit gewährleistet ist, wenn ihm Tatsachen bekannt werden, die die Sicherheit der von ihm produzierten Lebensmittel nachteilig beeinflussen könnten.

Lebensmittel gelten als nicht sicher, wenn davon auszugehen ist, dass sie gesundheitsschädlich oder **nicht zum Verzehr durch Menschen geeignet** sind.

Eine **Gesundheitsschädlichkeit** kann unter anderem bei Produkten aus der Primärproduktion ausgelöst werden durch **Rückstände** von Pflanzenschutzmitteln und Bioziden, pharmakologisch wirksamen Substanzen, durch Kontamination mit Dioxinen, polychlorierten Biphenylen, polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen, Schwermetallen, Mykotoxinen, Nitrat oder durch mikrobiologische Belastungen (Krankheitserreger). Die Gesundheitsschädlichkeit von Lebensmitteln wird durch Untersuchung und wissenschaftliche Bewertung des Ergebnisses nachgewiesen.

Lebensmittel sind zum Verzehr nicht geeignet, wenn sie infolge einer **Kontamination mit Fremdstoffen** oder auf sonstige Weise, durch **Fäulnis, Verderb oder Zersetzung**, für den Verzehr durch den Menschen inakzeptabel sind. Die Nichteignung von Lebensmitteln zum Verzehr wird durch Untersuchungen festgestellt, wenn dies nicht bereits durch die sensorischen Eigenschaften (z. B. fauliger Geruch, verschimmelter Produkt) begründet wird.

Hinweis:

Die Anwendung der guten landwirtschaftlichen Praxis unter Beachtung der allgemeinen Hygiene-grundsätze (Schutz vor Kontamination, angemessene Sauberkeit) führt im Allgemeinen zu sicheren Lebensmitteln. Fehlerhafte Produktionsmethoden (z. B. Überdosierung von Pflanzenschutzmitteln oder Anwendung von verschreibungspflichtigen Tierarzneimitteln ohne tierärztliche Verschreibung/Behandlungsanweisung) sowie individuelle Situationen (z. B. besondere Bodenbelastungen oder

besondere Emissionsquellen, Krankheitsausbrüche im Bestand) können aber dazu führen, dass die produzierten Lebensmittel nicht mehr sicher sind.

Unabhängig davon dürfen in Lebensmitteln nicht enthalten sein:

- Tierarzneimittel, die die Höchstmengen gemäß Tabelle 1 des Anhangs der Verordnung (EU) Nr. 37/2010 überschreiten,
- Rückstände von pharmakologisch wirksamen Stoffen, die nicht in Tabelle 1 dieser Verordnung gelistet sind,
- verbotene Stoffe gemäß Tabelle 2 des Anhangs der Verordnung (EU) Nr. 37/2010 sowie
- Rückstände von Pflanzenschutzmittel, die die Höchstgehalte gemäß Artikel 18 der Verordnung (EG) Nr. 396/2005 überschreiten.

In allen Fällen kann sich der Betriebsinhaber beraten lassen (z. B. von Berufsverbänden), um die notwendigen Maßnahmen zur Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit und weitere Handlungsoptionen (z. B. Verwertung außerhalb des Lebensmittelbereichs) abzustimmen.

5.2.2 Information der Behörden, Rückruf und Rücknahme von Lebensmitteln

Betriebsinhaber als Lebensmittelunternehmer sind verpflichtet, Lebensmittel **vom Markt zu nehmen** und die **Kreisverwaltungsbehörde** bzw. die **Bayerische Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (KBLV)** darüber zu informieren, wenn sie Grund zu der Annahme haben, dass ein von ihnen erzeugtes Lebensmittel nicht sicher ist. Sofern das Lebensmittel bereits den Verbraucher erreicht hat, muss der Betriebsinhaber einen Rückruf einleiten. Die Mitteilung an die zuständige Behörde darf nicht zu einer strafrechtlichen Verfolgung oder für ein Verfahren nach dem Gesetz der Ordnungswidrigkeiten gegen den meldenden Betriebsinhaber verwendet werden.

5.2.3 Rückverfolgbarkeit

Bei einer Gesundheitsgefahr durch Lebensmittel ist die Identifizierung der betroffenen Chargen zur Rücknahme der Produkte vom Markt ein Schlüsselement zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Landwirtinnen und Landwirte haben deshalb die Rückverfolgbarkeit der Lebensmittel bzw. der Tiere, die der Lebensmittelgewinnung dienen, sicherzustellen.

Für Lebensmittel, muss dokumentiert werden, von wem der landwirtschaftliche Betrieb sie erhalten und/oder an wen er sie abgegeben hat. Nur die Abgabe von Lebensmitteln an den Endverbraucher ist von der Dokumentationspflicht ausgenommen.

Die Art der **Dokumentation** ist nicht vorgeschrieben, sie muss aber erlauben, den Behörden im Bedarfsfall über Lieferanten oder Abnehmer schnell und zuverlässig Auskunft zu erteilen. Zum Beispiel können **Lieferpapiere** so geordnet abgelegt werden, dass Lieferanten oder Abnehmer, insbesondere in Bezug auf einen bestimmten Zeitraum, identifiziert werden können.

Die Dokumentation umfasst gemäß den Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 931/2011 den **Namen**, die **Anschrift** der Lieferanten oder Abnehmer, die **Identifizierung des Produktes** (ausreichende Bezeichnung) und die **Menge**.

5.2.4 Anforderungen an die Lebensmittelhygiene

Alle Erzeuger tierischer Lebensmittel müssen **die verfütterten Futtermittel** nach der EG-Lebensmittelhygieneverordnung dokumentieren. Dies schließt auch die **selbst erzeugten und selbst verfütterten Futtermittel** mit ein. Diese Dokumentationspflicht wird mit den Angaben zur Flächennutzung im Mehrfachantrag erfüllt. Die Dokumentation aller abgegebenen und bezogenen Futtermittel hat unabhängig davon aber gesondert zu erfolgen und wird im Rahmen der Rückverfolgbarkeit überprüft (siehe Kapitel III, Nr. 5.1.3 Rückverfolgbarkeit).

Weitere Anforderungen im Bereich Lebensmittelhygiene:

- Gefährliche Stoffe (zum Beispiel Pflanzenschutzmittel, Schmiermittel) und Abfälle sind so zu lagern oder damit umzugehen, dass eine Kontamination des Lebensmittels verhindert wird.
- Ergebnisse von Analysen und einschlägige Berichte von Untersuchungen an Tieren, Proben von diesen oder Erzeugnissen tierischen Ursprungs und Pflanzenmaterialproben müssen dokumentiert werden. Dies kann in Form einer chronologischen Ablage eingehender Befundmitteilungen (Eigenuntersuchungen, Behördenmitteilungen, tierärztliche Berichte) erfolgen.
- Ergebnisse einschlägiger Analysen von Tier- oder Pflanzenproben oder sonstiger Proben, müssen im weiteren Produktionsverfahren berücksichtigt werden, wenn das Ergebnis für die menschliche Gesundheit von Belang ist.
- Futtermittelzusatzstoffe, Tierarzneimittel, Pflanzenschutzmittel und Biozide sind nach den jeweiligen Rechtsvorschriften korrekt zu verwenden.
- Zu den Maßnahmen, die im Rahmen des Lebensmittelrechts vom Tierhalter verlangt werden, zählen insbesondere die Beachtung von Wartezeiten sowie von Verwendungsverboten bzw. -einschränkungen.
- Die Verwendung von Tierarzneimitteln sowie von Pflanzenschutzmitteln und Bioziden ist zu dokumentieren. (siehe auch Kapitel III Nr. 7.4 – Aufzeichnungspflicht nach Pflanzenschutzgesetz).
- Um zu verhindern, dass durch das Einbringen neuer Tiere in den Betrieb Infektionskrankheiten, die durch Lebensmittel auf den Menschen übertragbar sind, eingeschleppt werden, müssen ggf. Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden (z. B. durch einen Quarantänestall und durch Zukauf von Tieren nur mit Gesundheitszeugnis). Welche Infektionserreger darunter fallen und welche Vorkehrungen zu treffen sind, richtet sich zunächst nach den behördlich bestimmten Programmen zur Bekämpfung von Zoonosen sowie nach dem Tierseuchenrecht. Informationen hierüber erhalten die Betriebsinhaber bei den zuständigen Behörden bzw. Berufsverbänden.
- Der Betriebsinhaber muss geeignete Abhilfemaßnahmen treffen, wenn er über Probleme unterrichtet wird, die im Rahmen der amtlichen Überwachung festgestellt werden.

5.2.5 Milcherzeugung

Besondere Anforderungen an die Erzeugung von Milch ergeben sich aus der Verordnung (EG) Nr. 853/2004:

Die Anforderungen im Bereich der Milchhygiene umfassen das **Melkgeschirr** sowie die **Räume**, in denen Milch gelagert, behandelt oder gekühlt wird. Diese sollen so gelegen und beschaffen sein, dass das Risiko einer Kontamination der Milch begrenzt wird. Dazu müssen Milchlagerräume vor Ungeziefer geschützt und von Räumen getrennt sein, in denen Tiere untergebracht sind.

Oberflächen von Ausrüstungsgegenständen (wie Melkgeschirr, Behälter, Tanks, etc.) müssen leicht zu reinigen und erforderlichenfalls zu desinfizieren sein. Sie müssen einwandfrei in Stand gehalten werden. Die Oberflächen sollen deshalb aus glatten, waschbaren und ungiftigen Materialien bestehen. Nach Verwendung müssen diese Oberflächen gereinigt und erforderlichenfalls desinfiziert werden. Tanks und Behälter zur Beförderung der Rohmilch müssen mindestens einmal pro Arbeitstag gereinigt und erforderlichenfalls desinfiziert werden.

Die Milch muss unmittelbar nach dem Melken an einen sauberen Ort verbracht werden, an dem eine Kontamination der Milch ausgeschlossen ist. Bei täglicher Abholung ist die Milch unverzüglich auf eine Temperatur von **unter 8 °C** und bei **nicht täglicher Abholung auf unter 6 °C** zu kühlen. Diese Temperaturanforderungen gelten nicht für Milch, die den Vorschriften in Bezug auf die somatischen Zellen, auf die Keimzahl sowie auf die Rückstandshöchstmengen an Antibiotika bzw. auf die Gesamtrückstandshöchstmengen aller antibiotischen Stoffe genügt und die innerhalb von zwei Stunden nach dem Melken verarbeitet wird oder wenn aus technischen Gründen für die Herstellung bestimmter Milcherzeugnisse eine höhere Temperatur erforderlich ist und die zuständige Behörde eine entsprechende Genehmigung erteilt hat.

Darüber hinaus darf **Rohmilch** nur von Tieren stammen,

- deren allgemeiner Gesundheitszustand gut ist, die keine Anzeichen von Krankheiten haben, die zu einer Kontamination der Milch führen könnten, und insbesondere keine eitrigen Genitalinfektionen, keine Magen-Darm-Erkrankungen mit Durchfall und Fieber haben oder an keiner sichtbaren Euterentzündung leiden, keine Euterwunden haben, die die Milch nachteilig beeinflussen könnten,
- keine Euterwunden haben, die die Milch nachteilig beeinflussen könnten,
- denen keine nicht zugelassenen Stoffe und Erzeugnisse verabreicht wurden bzw. die keiner vorschriftswidrigen Behandlung im Sinne der Delegierten Verordnung (EU) 2019/2090 (Kapitel III, Nr. 6) unterzogen wurden,
- bei denen nach Verabreichung zugelassener Erzeugnisse oder Stoffe die vorgeschriebene Wartezeit eingehalten wurde,
- die in Bezug auf Brucellose und Tuberkulose die Vorschriften des Anhang III, Abschnitt IX, Kapitel I, teil I Nr. 2 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 853/2004, erfüllen (dies bedeutet, dass die Tiere nur aus amtlich anerkannt freien Beständen stammen dürfen bzw. einer amtlichen Überwachung unterliegen müssen),
- und sofern Ziegen mit Kühen zusammen gehalten werden, die Ziegen auf Tuberkulose untersucht und getestet wurden.

Tiere, die Anzeichen einer Infektionskrankheit zeigen, die durch Lebensmittel auf den Menschen übertragen werden kann oder die eine Kontamination der Milch zur Folge haben könnte oder die Brucellose- oder Tuberkuloseinfiziert oder infektionsverdächtig sind, müssen isoliert werden, sodass eine nachteilige Beeinflussung der Milch anderer Tiere vermieden wird.

Das Melken muss unter hygienisch einwandfreien Bedingungen stattfinden, insbesondere müssen

- Zitzen, Euter und angrenzende Körperteile vor Melkbeginn sauber sein,
- Tiere, die infolge einer tierärztlichen Behandlung Rückstände in die Milch übertragen werden, identifiziert werden und deren Milch die vor Ablauf der Wartezeit gewonnen wurde, nicht für den menschlichen Verzehr verwendet werden.

Bezüglich des Einsatzes von Tierarzneimitteln muss die Landwirtin bzw. der Landwirt als Lebensmittelunternehmer mit geeigneten Verfahren sicherstellen, dass Rohmilch nicht in den Verkehr gelangt, wenn Rückstandsgehalte von Antibiotika die höchstzulässigen Werte überschreiten. Entsprechende Untersuchungen werden in der Regel von der Molkerei durchgeführt (Hemmstofftest). Andernfalls müssen sie vom Milcherzeuger selbst veranlasst werden.

Geeignete Verfahren sind:

- sorgfältige Dokumentation der korrekten Anwendung von Arzneimitteln wie Eutertuben, Salben, Arzneifuttermittel, Injektionen, Gebärmutterstäbe, Zitzenbäder und Sprays, die Antibiotika enthalten können,
- Kennzeichnung von Tieren, die in der Wartezeit sind, um versehentliche Abgabe der Milch dieser Tiere zu verhindern (z.B. durch farbige Fußbänder),
- Gesondertes Melken von Tieren in der Wartezeit erst am Ende oder mit gesondertem Melkzeug.

Die Anforderungen an die Milcherzeugung sind unabhängig von einer vorübergehenden Aussetzung der Milchlieferung zu erfüllen.

5.2.6 Eierzeugung

Eier müssen im Erzeugerbetrieb bis zur Abgabe trocken- und sauber gehalten werden. Sie müssen bis zur Abgabe vor Fremdgeruch, Stößen und Sonneneinstrahlung geschützt werden.

Diese Anforderungen sind jedoch nur relevant im Rahmen der Konditionalität, soweit die Erzeugung nicht auf die direkte Abgabe kleiner Mengen von Eiern an Endverbraucher oder an örtliche Betriebe des Einzelhandels zur unmittelbaren Abgabe an den Endverbraucher im Sinne von Art. 1 Abs. 3 Buchst. c) der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 in Verbindung mit § 5 Abs. 2 LMHV (direkte Abgabe kleiner Mengen von Primärerzeugnissen durch den Erzeuger) beschränkt ist.

Wenn 350 Legehennen oder mehr im Betrieb gehalten werden und/oder die Abgabe nicht nur an Endverbraucher erfolgt, hat die nicht sachgemäße Lagerung von Eiern einen Verstoß gegen die Konditionalität zur Folge.

Hinweis:

Auch im Falle der oben genannten „Kleine-Mengen-Regelung“ (weniger als 350 Legehennen im Betrieb und Abgabe der Eier an Endverbraucher) sind die o. g. auch in der Anlage 2 der Tier-LMHV einzuhalten. Ein Verstoß ist allerdings nicht relevant im Rahmen der Konditionalität, sondern wird nur nach Fachrecht sanktioniert.

6 RICHTLINIE ÜBER DAS VERBOT DER VERWENDUNG BESTIMMTER STOFFE IN DER TIERISCHEN ERZEUGUNG (GAB 6)

Betroffen sind alle Antragstellerinnen und Antragsteller die Tiere zur Lebensmittelgewinnung halten

Die Richtlinie über das Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe mit hormonaler bzw. thyreostatischer Wirkung und von β -Agonisten in der tierischen Erzeugung ist in Deutschland durch die Verordnung über Stoffe mit pharmakologischer Wirkung (PharmStV) umgesetzt.

Die Anwendung von Stoffen mit thyreostatischer, östrogenen, androgenen oder gestagener Wirkung sowie von Stilbenen und β -Agonisten bei der Lebensmittelgewinnung dienenden Tiere ist grundsätzlich verboten. Unter das Verbot fallen alle Hormone mit einer wachstumsfördernden Wirkung. Ausnahmen von diesem Verbot sind nur in wenigen Fällen vorgesehen zur therapeutischen oder tierzüchterischen Behandlung von Tieren. Eine Behandlung von Masttieren ist verboten.

Die zur **therapeutischen Behandlung** in bestimmten Fällen zugelassenen Tierarzneimittel, die Stoffe mit hormonaler Wirkung oder β -Agonisten enthalten, dürfen nur vom Tierarzt an eindeutig identifizierbaren Nutztieren angewandt werden. Der Betriebsinhaber darf derartige Tierarzneimittel nicht besitzen. Lebensmittel (z. B. Fleisch, Milch) von behandelten Tieren dürfen erst nach Ablauf der Wartezeit gewonnen werden.

Equidenhalter dürfen **zugelassene Tierarzneimittel** mit Altrenogest zur Behandlung von Fruchtbarkeitsstörungen sowie zugelassene Tierarzneimittel mit β -Agonisten für bestimmte Indikationen wie Atemwegsstörungen im Besitz haben und bei diesen Tieren anwenden.

Tierarzneimittel, die zu tierzüchterischen Zwecken, wie z. B. zur Brunstsynchronisation, oder zur Vorbereitung von Spender- oder Empfängertieren für den Embryotransfer zugelassen sind, dürfen vom Tierarzt für diese Indikationen verschrieben oder abgegeben werden. Tierhalter dürfen diese Tierarzneimittel somit im Besitz haben und selbst anwenden.

Generell gilt, dass die Verschreibung bzw. die Abgabe von Tierarzneimitteln zur therapeutischen oder tierzüchterischen Behandlung durch den Tierarzt nur im Rahmen einer ordnungsgemäßen Behandlung erfolgen darf. Tierhalter müssen sich bei der Anwendung dieser Tierarzneimittel strikt an die tierärztliche Verschreibung bzw. Behandlungsanweisung halten und sie dürfen die Arzneimittel nur an eindeutig identifizierte Nutztiere verabreichen.

Der mit den Arzneimitteln übergebene **Nachweis des Tierarztes** ist vom Tierbesitzer **fünf Jahre** aufzubewahren. Die behandelten Tiere, das verabreichte Tierarzneimittel, dessen Menge sowie die Wartezeit, das Anwendungsdatum und die anwendende Person sind zu dokumentieren.

Die Einhaltung der genannten Verbote wird u. a. im Rahmen des Nationalen Rückstandskontrollplans (NRKP) überwacht. Der NRKP dient der Aufklärung der Ursachen von Rückständen in Lebensmitteln tierischen Ursprungs. Dabei stehen die Aufdeckung von illegalen Anwendungen verbotener Stoffe so-

wie die Überprüfung der Einhaltung der festgelegten Höchstmengen für Rückstände von zugelassenen Tierarzneimitteln im Vordergrund.

Die Kreisverwaltungsbehörde bzw. die Bayerische Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (KBLV) entnimmt zielorientierte **Proben zur Kontrolle auf Rückstände** pharmakologisch wirksamer Stoffe direkt in den landwirtschaftlichen Betrieben bei Tieren, die zur Lebensmittelgewinnung bestimmt sind (z. B. Blut- und Urinproben) und in den Schlachthöfen bei geschlachteten Tieren (z. B. Muskulatur-, Fett- oder Organproben). Die Proben werden in amtlichen Laboratorien insbesondere auf Rückstände verbotener Stoffe sowie auf Rückstände von zugelassenen Tierarzneimitteln untersucht. Werden verbotene Stoffe nachgewiesen, ermittelt die zuständige Veterinärbehörde auf der Grundlage der Verordnung (EU) 2019/2090 sowie des Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuches (LFGB) die Ursachen der nachgewiesenen Rückstände. Dazu gehören auch Kontrollen im Herkunftsbetrieb des untersuchten Tieres. Bei positiven Rückstandsergebnissen sollen die Länder Vollzugsmaßnahmen ergreifen, z. B. kann die Kreisverwaltungsbehörde die Abgabe von Tieren aus dem betroffenen Betrieb verbieten und Proben von weiteren Tieren des Bestandes entnehmen und untersuchen lassen.

Der Nachweis von Rückständen eines verbotenen Stoffes ist ein Verstoß gegen die Verpflichtungen der Konditionalität, es sei denn, die Ergebnisse der sich anschließenden Überprüfungen und Untersuchungen belegen, dass der Betriebsinhaber nicht für die Verabreichung des verbotenen Stoffes verantwortlich ist.

7 REGELUNGEN ZUM PFLANZENSCHUTZ (GAB 7 UND 8)

Betroffen sind alle Antragstellerinnen und Antragsteller, in deren Betrieb Pflanzenschutzmittel angewendet werden

Die Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 regelt unmittelbar das Inverkehrbringen sowie die Richtlinie 2009/128/EG die grundsätzlichen Bedingungen für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln. Die EU-Vorgaben wurden in Deutschland im Pflanzenschutzgesetz umgesetzt. Ergänzende Bestimmungen enthalten die darauf beruhenden nationalen Verordnungen.

Aufgrund der Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden ergeben sich Anforderungen im Hinblick auf die erforderliche Sachkunde der Anwender und notwendige Prüfplaketten für Spritz- und Sprühgeräte sowie die Lagerung von Pflanzenschutzmitteln und die Entsorgung von Pflanzenschutzmitteln, die einen nicht mehr genehmigten Wirkstoff enthalten oder dessen Anwendung verboten ist.

7.1 Anwendungsvorschriften

Betriebe haben bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, unabhängig davon, ob dies in Eigen- oder Fremdleistung erbracht wird, folgende Anforderungen einzuhalten:

- Die in der Zulassung festgelegten Indikationen (Schadorganismus, Pflanze oder Pflanzenerzeugnis und Anwendungstermin/Entwicklungsstadium der Kultur) und Hinweise zur sachgerechten Anwendung (z. B. Aufwandmengen, maximale Anwendungen pro Jahr, Wartezeiten) sind einzuhalten.
- Bei der Anwendung eines Pflanzenschutzmittels sind die festgesetzten Anwendungsbestimmungen zu beachten, Dabei handelt es sich um Maßnahmen zur Risikominderung. Sie umfassen den Schutz von Anwendern (zum Beispiel persönliche Schutzausrüstung), Anwohnern und unbeteiligten Dritten ebenso wie den Schutz des Naturhaushalts (z. B. Abstand zu Gewässern und Saumbiotopen oder zeitraumbezogene Wirkstoffmengenbegrenzungen).
- Es ist immer die jeweils aktuellste Fassung der Zulassung des jeweiligen Pflanzenschutzmittels zu beachten, die gegebenenfalls von der Gebrauchsanleitung abweichen kann.

Aus dem Pflanzenschutzgesetz ergeben sich folgende Anforderungen:

- **Behördliche Anordnungen** zur Einhaltung der guten fachlichen Praxis sind einzuhalten.
- Pflanzenschutzmittel dürfen auf **Freilandflächen** (siehe Glossar) nur angewendet werden, soweit diese landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden oder eine Ausnahme genehmigung vorliegt.
- Pflanzenschutzmittel dürfen nicht in oder unmittelbar an oberirdischen **Gewässern** angewendet werden.

Werden Pflanzenschutzmittel nicht selbst, sondern durch einen Dienstleister angewendet, muss dies auch bei späteren Kontrollen belegt werden können (z. B. durch eine Rechnung). Auch bei Pflanzenschutzmittelanwendung in Fremdleistung gelten die rechtlichen Vorgaben zur Ausbringung.

Die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (PflSchAnwV) schreibt in § 4a Abs. 1 Satz 1 und 2 Abstände zum Gewässer bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln vor.

7.2 Anwendungsverbote und -beschränkungen

Die Anwendung eines nicht zugelassenen Pflanzenschutzmittels ist verboten.

Darüber hinaus ist die Anwendung eines zugelassenen Pflanzenschutzmittels in einem nicht festgesetzten oder genehmigten **Anwendungsgebiet** (Kultur und Schadorganismus) verboten.

Die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (PflSchAnwV) enthält zusätzlich Anwendungsverbote und -beschränkungen für Pflanzenschutzmittel, die die in dieser Verordnung aufgeführten Wirkstoffe betreffen. Diese Anwendungsverbote oder -beschränkungen sind ebenfalls zu beachten.

Aufgrund der im Rahmen des Insektenschutzpakets der Bundesregierung im Jahr 2021 geänderten PflSchAnwV ergeben sich folgende Anforderungen:

7.2.1 Verbote und Einschränkungen bei der Anwendung glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel

Auch nach der Novellierung 2023 bleibt die Anwendung von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln in Wasserschutzgebieten, Heilquellenschutzgebieten und die Spätanwendung vor der Ernte verboten. Das Verbot betrifft auch Kern- und Pflegezonen von Biosphärenreservaten. Das bereits bestehende Verbot der Anwendung von glyphosathaltigen Produkten in Gebieten mit Bedeutung für den Naturschutz (Naturschutzgebiete, Nationalparke, Nationale Naturmonumente und gesetzlich geschützte Biotope im Sinne des § 30 BNatSchG) gilt weiterhin.

Zur Anwendung von glyphosathaltigen Produkten gibt es darüber hinaus folgende Einschränkungen:

- Eine Anwendung von glyphosathaltigen Mitteln auf landwirtschaftlichen Flächen, die nicht in oben aufgeführten Gebieten liegen, ist zudem nur noch zulässig, wenn andere Maßnahmen (z.B. eine mechanische Bearbeitung) gemäß den Grundsätzen des Integrierten Pflanzenschutzes nicht geeignet oder zumutbar sind.
- Eine Anwendung zur Vorsaatbehandlung (ausgenommen Direktsaat- oder Mulchsaatverfahren) oder zur Stoppelbehandlung nach der Ernte ist auf Ackerflächen nur unter folgenden Bedingungen zulässig:
 - Auf erosionsgefährdeten Flächen ist eine Anwendung zur Unkrautbekämpfung, einschließlich der Beseitigung von Mulch- und Ausfallkulturen, zulässig.
 - Bei perennierenden Unkräutern, wie z. B. Ackerkratzdistel, Ackerwinde, Ampfer, Landwasserknöterich oder Quecke ist die Verwendung von glyphosathaltigen Mitteln auf Teilflächen erlaubt, wenn sie in einem bekämpfungswürdigen Umfang vorkommen; die Anwendung ist auf das notwendige Maß zu beschränken.
- Eine flächige Behandlung von Grünland ist nur zulässig zur Erneuerung des Grünlands nach erfolgter Genehmigung, wenn aufgrund starker Verunkrautung eine wirtschaftliche Nutzung des Grünlandes sonst nicht möglich wäre, sowie zur Bekämpfung von Unkräutern, die für Weidetiere schädlich

sein können, oder auf erosionsgefährdeten Standorten (vgl. Kapitel II, Nr. 5) zur Direkteinsaat ohne Bodenbearbeitung.

Hinweis:

Gemäß Art. 3 Abs. 4 Satz 1 Nr. 8 BayNatSchG ist es bei der landwirtschaftlichen Nutzung verboten, ab dem 1. Januar 2022 auf Dauergrünlandflächen flächenhaft Pflanzenschutzmittel einzusetzen.

7.2.2 *Einschränkungen für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Gebieten mit Bedeutung für den Naturschutz*

In Gebieten mit Bedeutung für den Naturschutz (Naturschutzgebiete, Nationalparke, Nationale Naturmonumente, Naturdenkmäler und in gesetzlich geschützten Biotopen im Sinne des § 30 BNatSchG) sowie auf Grünland und im Forst in FFH-Gebieten ist die Anwendung von Herbiziden untersagt. Zudem ist die Anwendung von bienengefährlichen (Auflagen B1 bis B3) und bestäubergefährlichen (Auflage NN410) Insektiziden in diesen Gebieten ebenfalls untersagt. Außerdem ist die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln verboten, die aus einem in Anlage 2 oder 3 der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung aufgeführten Stoff bestehen oder einen solchen Stoff enthalten, z. B. Zinkphosphid.

Von den Anwendungsverböten in FFH-Gebieten ausgenommen sind Produktionsflächen für Garten-, Obst- und Weinbau, der Anbau von Hopfen, Ackerflächen und sonstigen Sonderkulturen sowie Flächen zur Vermehrung von Saat- und Pflanzgut. Die Länder können abweichend hiervon auch Ausnahmen und Befreiungen festlegen, allerdings nicht für die Anwendung von Glyphosat.

7.2.3 *Verbote und Einschränkungen bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln entlang von Gewässern*

Bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln an Gewässern, ausgenommen kleine Gewässer von wasserwirtschaftlicher untergeordneter Bedeutung, gilt ab Böschungsoberkante ein Abstand von 10 Metern. Bei geschlossener, ganzjährig begrünter Pflanzendecke ist ein Abstand von fünf Metern einzuhalten. Eine Bodenbearbeitung darf einmal innerhalb von Fünfjahreszeiträumen durchgeführt werden.

7.3 **Bienenschutz**

Bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln ist der Bienenschutz zu beachten. Entsprechend der Bienenschutzverordnung dürfen bienengefährliche Pflanzenschutzmittel nicht

- an blühenden oder von Bienen beflogenen Pflanzen angewendet werden,
- so angewendet werden, dass blühende oder von Bienen beflogene Pflanzen bei der Applikation mit getroffen werden,
- so gehandhabt, aufbewahrt oder beseitigt werden, dass Bienen mit ihnen in Berührung kommen können.

Dies gilt nicht, wenn Pflanzenschutzmittel, die mit der Angabe „bienengefährlich, außer bei Anwendung nach dem Ende des täglichen Bienenfluges bis 23.00 Uhr“ versehen sind, entsprechend angewendet werden.

Zu beachten ist, dass bestimmte Tankmischungen mit bienenungefährlichen Pflanzenschutzmitteln bienengefährlich eingestuft sein können. Werden als bienenungefährlich gekennzeichnete Pflanzenschutzmittel in einer höheren als der höchsten in der Gebrauchsanleitung vorgesehenen Aufwandmenge oder Konzentration, falls eine Aufwandmenge nicht vorgesehen ist, verwendet, dann werden sie nach § 1 Nr. 1b BienSchV als bienengefährlich eingestuft.

Von den Imkern ist eine Zustimmung einzuholen, wenn Pflanzen im Umkreis von 60 m zu einem Bienenstand innerhalb der Zeit des täglichen Bienenfluges mit einem bienengefährlichen Pflanzenschutzmittel behandelt werden sollen.

7.4 Aufzeichnungspflicht

Über die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sind **elektronische** oder **schriftliche Aufzeichnungen** zu führen. Diese müssen mindestens folgende Punkte umfassen:

- Name des Anwenders
- die Art der Anwendung:
 - Behandlung von Oberflächen wie Agrarflächen;
 - Behandlung von bzw. in geschlossenen Räumen;
 - Behandlung von Saatgut und anderem Pflanzenvermehrungsmaterial,
- die jeweilige Lage der Anwendungsfläche, zum Beispiel Bezeichnung der behandelten Fläche oder Bewirtschaftungseinheit, durch:
 - Flächenangaben aus InVeKoS, sofern verfügbar, sonst durch Länder bereitgestellte alternative Bestimmungsmethode, z.B. Geo-Koordinaten;
 - bei Lager/Gewächshäusern: ggf. die entsprechende Nummer,
- Größe/Umfang der behandelten Fläche bzw. Einheit:
 - bei Oberflächen: Hektar;
 - bei geschlossenen Räumen: Volumen oder Oberfläche;
 - bei Saatgut: behandelte Menge in Kilogramm oder Tonnen oder als Samenanzahl,
- das Anwendungsdatum und ggf. Startzeitpunkt (wenn bei der Verwendung relevant oder in den Anwendungsbestimmungen beschränkt),
- das verwendete Pflanzenschutzmittel, inkl. Zulassungsnummer,
- die Aufwandmenge:
 - bei Oberflächen: Menge in Kilogramm oder Liter je Hektar;
 - bei geschlossenen Räumen: je Kubikmeter bzw. Quadratmeter;
 - bei Saatgut: Kilogramm oder Liter je Kilogramm oder Tonne Saatgut bzw. Samenzahl ausgebrachten Pflanzenschutzmittels,
- die Kulturpflanze, für die das Pflanzenschutzmittel verwendet wurde, inklusive:
 - **EPPO-Code** der Kulturpflanze (sofern ein solcher Code vorhanden, siehe www.bvl.bund.de/SharedDocs/Downloads/04_Pflanzenschutzmittel/psm_kulturen.html) und
 - Entwicklungsstadium gemäß der **BBCH-Monografie** (sofern für die Verwendung relevant oder wenn diese auf bestimmte Entwicklungsstadien beschränkt ist, siehe www.julius-kuehn.de/media/Veroeffentlichungen/bbch%20epaper%20de/page.pdf).

Die Aufzeichnungen müssen unverzüglich geführt werden. Nach dem Jahr der Anwendung sind sie mindestens drei Kalenderjahre aufzubewahren.

Die konkrete Ausgestaltung der Aufzeichnungen ist Sache des jeweiligen Betriebs und kann auf die Verhältnisse des Betriebs abgestimmt werden. Möglich ist auch die Verbindung mit einer bereits vorhandenen Schlagkartei oder mit einem Flächenverzeichnis. Verantwortlich für die Aufzeichnungen ist der Betriebsinhaber bzw. der Begünstigte. Dies gilt auch, wenn Pflanzenschutzmaßnahmen von Dritten durchgeführt werden.

Hinweis:

Für Anwendungen ab dem 1. Januar 2027 gilt, dass die Aufzeichnungen verpflichtend in elektronischer und maschinenlesbarer Form geführt werden müssen.

Nähere Information zur ordnungsgemäßen Aufzeichnung der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln können im Internet abgerufen werden: www.lfl.bayern.de/ips/recht/030358

Zusätzliche Anforderungen bestehen bei der Förderung von **Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen** im Hinblick auf den Sachkundenachweis und Prüfplakette (vgl. AUM-/AUKM-Merkblätter – ab Verpflichtungsbeginn 2016 Abschnitt F).

Hinweis:

Die Aufzeichnungen nach dem Pflanzenschutzgesetz erfüllen auch die Anforderungen an die Dokumentation über die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln bei der Produktion von Lebens- und Futtermitteln. Die Aufzeichnungspflicht über die Verwendung von Bioziden (z. B. Schädlingsbekämpfungsmittel, Desinfektionsmittel) bei der Produktion von Lebens- und Futtermitteln ist damit jedoch nicht abgedeckt (vgl. hierzu auch Kapitel III, Nr. 5).

7.5 Vorgaben aus der Umsetzung der Richtlinie 2009/128/EG zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden

Im Hinblick auf die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln sind Vorgaben zur Verwendung von Pflanzenschutzgeräten („Geräte-TÜV“), zur Sachkunde der Anwender und zur Lagerung sowie Entsorgung von Pflanzenschutzmitteln zu beachten:

7.5.1 Verwendung von Pflanzenschutzgeräten („Geräte-TÜV“)

Im Gebrauch befindliche prüfpflichtige Geräte, mit denen Pflanzenschutzmittel angewendet werden, müssen in Zeitabständen von sechs Kalenderhalbjahren überprüft werden und über eine gültige Prüfplakette verfügen, erstmals in Gebrauch genommene Pflanzenschutzgeräte müssen spätestens sechs Monate nach ihrer Ingebrauchnahme geprüft werden.

7.5.2 Sachkunde der Anwender

Der Anwender von Pflanzenschutzmitteln muss über einen deutschen Sachkundenachweis verfügen. Den Sachkundenachweis stellt die zuständige Behörde aus, wenn nachgewiesen ist, dass ausreichende Kenntnisse im Pflanzenschutz vorliegen, zum Beispiel durch einen entsprechenden Berufsabschluss (zum Beispiel Landwirtin bzw. Landwirt oder Gärtnerin bzw. Gärtner) oder eine bestandene Sachkundeprüfung. Auch eine Berufsausbildung, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat absolviert worden ist, kann unter bestimmten Voraussetzungen die nötige Sachkunde vermitteln. Soll in einem Betrieb die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln durch einen Staatsangehörigen eines anderen Mitgliedstaats erfolgen, wird empfohlen, vorher Kontakt mit dem zuständigen Pflanzenschutzdienst aufzunehmen, um das Vorliegen dieser Voraussetzungen zu klären. Bei Vorliegen des Nachweises einer ausländischen Sachkunde kann ein deutscher Sachkundenachweis bei Nachweis von deutschen Sprachkenntnissen vom AELF ausgestellt werden.

Weitere Informationen erhalten Sie beim zuständigen AELF oder über das Webangebot „Pflanzenschutz – Sachkundenachweis – Online“:

www.pflanzenschutz-skn.de

Hinweis:

Sachkundige Personen sind verpflichtet, jeweils innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren an einer anerkannten Fort- oder Weiterbildungsmaßnahme teilzunehmen. Die Fort- oder Weiterbildung ist der zuständigen Behörde auf Verlangen nachzuweisen. Diese fachrechtliche Fortbildungspflicht gehört allerdings nicht zu den Verpflichtungen im Rahmen der Konditionalität.

7.5.3 Lagerung von Pflanzenschutzmitteln

Das Pflanzenschutzmittellager selbst sowie die Lagerung der Pflanzenschutzmittel müssen augenscheinlich in Ordnung sein. Es ist zu beachten, dass das Pflanzenschutzmittellager (Raum, Regal, Pflanzenschutzschrank) gegen unbefugten Zugriff gesichert ist (zum Beispiel abgeschlossen ist). Für Pflanzenschutzmittel sind Originalbehälter und -verpackungen zu verwenden, die Etiketten müssen unversehrt und lesbar sein. Die Pflanzenschutzmittel sind trocken und frostfrei zu lagern. Die Sicherung gegen Abfluss oder Versickern kann durch eine externe Auffangwanne, zum Beispiel unter dem Regal,

oder einer in den Pflanzenschutzmittelschrank integrierte Auffangwanne gewährleistet werden. Alternativ kann in Lagerräumen eine geeignete Bodenbeschichtung aufgetragen werden, wobei kein direkter Abfluss vorhanden sein darf. In begehbaren Pflanzenschutzmittellagern muss eine ausreichende Belüftung (zum Beispiel Fenster) möglich sein.

Grundsätzlich sind Pflanzenschutzmittel getrennt von Lebens- oder Futtermitteln zu lagern.

7.5.4 Entsorgung von Pflanzenschutzmitteln

Verbotene Pflanzenschutzmittel bzw. Pflanzenschutzmittel, die einen Wirkstoff enthalten, dessen Genehmigung nicht erneuert worden ist oder dessen Genehmigung aufgehoben worden ist und deren Ablauffrist abgelaufen ist, sind nach den Bestimmungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes unverzüglich, d.h. ohne schuldhaftes Zögern, und ordnungsgemäß zu beseitigen (§ 15 PflSchG). Sofern zum Zeitpunkt der Kontrolle noch keine ordnungsgemäße Entsorgung möglich war, sollten entsorgungspflichtige Pflanzenschutzmittel bis zum geeigneten Entsorgungstermin entsprechend gekennzeichnet und augenscheinlich getrennt gelagert werden. Weitere Informationen erhalten Sie beim zuständigen Pflanzenschutzdienst oder zum Zulassungsstand von Pflanzenschutzmitteln unter www.bvl.bund.de/SharedDocs/Downloads/04_Pflanzenschutzmittel/psm_uebersichtsliste.pdf (siehe Kapitel 7 „Beendete Zulassungen mit Ablauffristen und Beseitigungspflichten“)

oder in der Online-Datenbank des BVL:

www.bvl.bund.de/DE/Arbeitsbereiche/04_Pflanzenschutzmittel/01_Aufgaben/02_ZulassungPSM/01_ZugelPSM/01_OnlineDatenbank/psm_onlineDB_node.html

Hinweis:

Es ist zu beachten, dass Pflanzenschutzmittel, bei denen die Ablauffrist aus anderen als den oben genannten (in § 15 PflSchG aufgeführten) Gründen abgelaufen ist, bis zur ordnungsgemäßen Entsorgung ebenfalls gekennzeichnet und augenscheinlich getrennt zu lagern sind.

8 TIERSCHUTZ (GAB 9, 10 UND 11)

Die Verpflichtungen für die Landwirtinnen und Landwirte ergeben sich aus den grundlegenden EU-Vorgaben zum Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere (GAB 11) sowie den spezifischen Vorgaben für den Schutz von Kälbern (GAB 9) und Schweinen (GAB 10).

Das EU-Recht zum Tierschutz ist in Deutschland durch das Tierschutzgesetz und die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung in nationales Recht umgesetzt worden. Relevant für die Konditionalität sind die nationalen Vorschriften nur, soweit sie die Vorgaben des EU-Rechts umsetzen. Entsprechend sind auch nur diese Inhalte hier im Detail dargestellt.

In einigen Fällen ergeben sich aus dem nationalen Fachrecht höhere Anforderungen. Die Einhaltung der hier beschriebenen Regelungen der Konditionalität bedeutet also nicht automatisch, dass die betreffende Tierhaltung den Anforderungen des nationalen Fachrechts genügt.

Die nachfolgende Beschreibung führt die Verpflichtungen in zusammengefasster Form auf. Nähere Einzelheiten sind den Rechtsvorschriften zu entnehmen.

8.1 Regelungen über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere

Betroffen sind alle Antragstellerinnen und Antragsteller, die Tiere zur Erzeugung von Lebensmitteln, Wolle, Häuten oder Fellen oder zu anderen landwirtschaftlichen Zwecken züchten oder halten

Pferde, die zu **Sport- und Freizeitsportzwecken** gehalten werden, werden in dem hier dargestellten Zusammenhang (Konditionalität – Tierschutz) in der Regel nicht als landwirtschaftliche Nutztiere betrachtet, auch wenn diese Pferde am Lebensende der Fleischgewinnung dienen.

Für Pferdehaltungen, die primär dem Zweck der Fleisch- oder Milchgewinnung dienen oder für land- und forstwirtschaftliche Arbeiten herangezogen werden, sind die nachfolgend beschriebenen Regelungen der Konditionalität relevant.

8.1.1 Anforderungen an das Personal sowie an die Überwachung und Pflege

Für die Fütterung und Pflege der Tiere müssen ausreichend viele Personen vorhanden sein. Die Personen müssen über die hierfür notwendigen **Kenntnisse und Fähigkeiten** sowie über die notwendige **Zuverlässigkeit** verfügen.

Alle Tiere müssen mindestens einmal **täglich** durch direkte Inaugenscheinnahme **kontrolliert** werden, wenn sie von regelmäßiger menschlicher Versorgung abhängig sind. Sind die Tiere nicht von regelmäßiger menschlicher Versorgung (z. B. extensive Weidehaltung) abhängig, müssen sie in solchen Abständen kontrolliert werden, dass Leiden vermieden wird. Vorgefundene tote Tiere müssen bei jeder Kontrolle entfernt werden.

Vorhandene **Beleuchtungs-, Lüftungs- und Versorgungseinrichtungen** müssen mindestens täglich überprüft werden. Notstromaggregate und Alarmanlagen sind in den technisch erforderlichen Abständen auf ihre Funktionsfähigkeit zu überprüfen. Es muss eine Beleuchtung vorhanden sein, welche jederzeit die Inaugenscheinnahme ermöglicht.

Defekte an automatischen oder mechanischen Anlagen und Geräten sind unverzüglich zu beheben. Wenn dies nicht möglich ist, sind bis zu ihrer Behebung Vorkehrungen zum Schutz der Gesundheit und des Wohlergehens der Tiere zu treffen. Alle Mängel müssen spätestens vor einer Neueinstellung behoben sein.

Tiere, die Anzeichen von **Erkrankungen oder Verletzungen** haben, müssen unverzüglich ordnungsgemäß versorgt werden. Sofern erforderlich, sind diese Tiere separat in geeigneten Haltungseinrichtungen unterzubringen, die ggf. mit trockener und weicher Einstreu oder Unterlage versehen sind, und ein Tierarzt ist hinzuzuziehen.

8.1.2 Aufzeichnungen

Alle medizinischen Behandlungen sowie die Zahl der bei jeder Kontrolle vorgefundenen toten Tiere müssen aufgezeichnet werden. Bei entsprechend gleichwertigen Aufzeichnungen, die bereits im Rahmen anderer Zwecke geführt werden, sind zusätzliche Aufzeichnungen nicht notwendig.

Zum Beispiel können anstelle der Aufzeichnungen der medizinischen Behandlungen die Tierarzneimittel-Nachweise herangezogen werden. Das Bestandsregister und das nach der Geflügelpest-Verordnung zu führende Register können zur Dokumentation der Zahl der bei den Kontrollen vorgefundenen toten Tiere verwendet werden. Ist im **Bestandsregister** lediglich die Abgabe von Tieren erfasst, nicht aber die Zahl der verendeten Tiere, muss es entsprechend ergänzt werden.

Die Aufzeichnungen sind mindestens drei Jahre aufzubewahren und der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzulegen.

8.1.3 Anforderungen an die Bewegungsfreiheit

Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat, muss das Tier seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend verhaltensgerecht unterbringen. Die Möglichkeit des Tieres zu **artgemäßer Bewegung** darf nicht so eingeschränkt sein, dass ihm Schmerzen oder vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden.

Ist ein Tier ständig oder regelmäßig angebunden oder angekettet, oder befindet es sich ständig oder regelmäßig in Haltungssystemen, so muss es über einen Platz verfügen, der der praktischen Erfahrung

und wissenschaftlichen Erkenntnissen nach seinen physiologischen und ethologischen Bedürfnissen angemessen ist.

8.1.4 Anforderungen an Gebäude, Unterkünfte, Anlagen sowie an das Stallklima und die Beleuchtung

Die **Haltungseinrichtungen** müssen so beschaffen sein, dass eine Verletzung oder Gefährdung der Tiere so sicher ausgeschlossen ist wie nach dem Stand der Technik möglich. Das für den Bau von Unterkünften, insbesondere von Haltungseinrichtungen, verwendete Material, mit dem die Tiere in Berührung kommen, muss sich gründlich reinigen und desinfizieren lassen.

In Ställen, in denen die Gesundheit und das Wohlergehen der Tiere von der Funktion einer elektrisch betriebenen **Lüftungsanlage** abhängen, muss eine geeignete Ersatzvorrichtung vorhanden sein, die bei Ausfall der Lüftungsanlage einen für die Erhaltung der Gesundheit und das Wohlergehen der Tiere ausreichenden Luftaustausch gewährleistet. Gleichzeitig muss eine Alarmanlage vorhanden sein, die den Ausfall der Lüftungsanlage meldet. Die Alarmanlage muss funktionsfähig sein. Hierbei ist zu beachten, dass es nicht in jedem Fall ausreichend ist, wenn die Alarmanlage lediglich den Komplettausfall der Lüftungsanlage insgesamt meldet. Sofern zur Sicherstellung der Gesundheit und des Wohlergehens der Tiere in einer Haltungseinrichtung, einem Stall oder einem Stallabteil für die ausreichende Belüftung mehrere Lüfter notwendig sind, muss die Alarmanlage auch den Ausfall einzelner dieser Lüfter melden.

Die Zirkulation, der Staubgehalt, die Temperatur, die relative Feuchte und die Gaskonzentration der Luft müssen in einem Bereich gehalten werden, der für die Tiere unschädlich ist. Insbesondere soll der Ammoniakgehalt der Luft im Aufenthaltsbereich der Legehennen 10 ppm je Kubikmeter Luft nicht überschreiten und darf 20 ppm je Kubikmeter Luft dauerhaft nicht überschreiten. Bei der Haltung von Masthühnern ist eine Lüftung und erforderlichenfalls eine Heiz- und Kühlanlage so einzubauen und zu bedienen, dass die Gaskonzentration je Kubikmeter Luft folgende Werte nicht überschreitet:

- Ammoniak: 20 ppm
- Kohlendioxid: 3.000 ppm.

Die **Beleuchtungsintensität** und **Beleuchtungsdauer** muss bei Tieren, die in Ställen untergebracht sind, für die Deckung der ihrer Art entsprechenden physiologischen und ethologischen Bedürfnisse ausreichen. Sofern erforderlich, muss eine geeignete künstliche Beleuchtung vorgesehen werden.

8.1.5 Anforderungen an die Haltung von Tieren, die nicht in Gebäuden untergebracht sind

Tiere, die nicht in Gebäuden untergebracht sind, müssen, soweit erforderlich und möglich, **vor widrigen Witterungsbedingungen**, Raubtieren und sonstigen Gefahren für die Gesundheit **geschützt** werden.

8.1.6 Anforderungen an das Füttern, Tränken und beigefügte Stoffe

Wer ein Tier hält, muss das Tier seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren.

Die Tiere müssen artgerechtes und altersgemäßes **Futter** erhalten, das ihnen in so ausreichender Menge und Qualität zur Verfügung gestellt werden muss, sodass sie gesund bleiben und ihren Nährstoffbedarf decken können. Die Futter- und Flüssigkeitsration darf keine Stoffe enthalten, die den Tieren unnötige Leiden oder Schäden zufügen können.

Die **Fütterungs- und Tränkeeinrichtungen** müssen so ausgestattet und angeordnet sein, dass jedem Tier ausreichender Zugang zu Futter und Wasser ermöglicht wird und Verunreinigungen des Futters und des Wassers auf ein Mindestmaß begrenzt werden. Bei der Anordnung der Fütterungs- und Tränkanlagen ist darauf zu achten, dass die Anlagen gut erreichbar sind und mögliche Rivalitäten der Tiere minimiert werden.

Rationsgröße und -häufigkeit müssen den physiologischen Bedürfnissen der Tiere angepasst sein. Die Art des Fütterns und Tränkens darf keine unnötigen Leiden oder Schäden verursachen. Alle Tiere müssen Zugang zu Wasser ausreichender Qualität haben oder in der Lage sein, ihren Flüssigkeitsbedarf auf sonstigem Wege zu decken.

8.1.7 Eingriffe an Tieren

Das vollständige oder teilweise **Amputieren** von Körperteilen oder das vollständige oder teilweise Entnehmen oder Zerstören von Organen oder Geweben eines Wirbeltieres ist verboten. In der Anlage 3 (unter 3.2) sind Ausnahmen der genannten Verbote aufgeführt. Bestimmte Eingriffe (s. Anlage 3.2 Nr. 3) sind allerdings nur dann zulässig, wenn sie im Einzelfall für die vorgesehene Nutzung des Tieres zu dessen Schutz oder zum Schutz anderer Tiere unerlässlich sind. Der zuständigen Behörde ist auf Verlangen die Unerlässlichkeit des Eingriffs glaubhaft darzulegen.

Für den Nachweis der Unerlässlichkeit des Kürzens des Schwanzes bei Schweinen enthält der Nationale Aktionsplan zur „Verbesserung der Kontrollen zur Verhütung von Schwanzbeißen und zur Reduzierung des Schwanzkupierens bei Schweinen“ nähere Vorgaben. Werden Schwänze von Schweinen zu deren Schutz kupiert, hat der Betriebsinhaber auf Verlangen glaubhaft darzulegen, dass der Eingriff für die vorgesehene Nutzung unerlässlich ist. Dies kann gemäß Aktionsplan z. B. durch die sogenannte Tierhaltererklärung erfolgen, in der auf Grundlage einer Risikoanalyse dargelegt wird, warum das Kupieren ausgehend von der konkreten Situation im Betrieb unerlässlich ist. Nähere Informationen zum Nationalen Aktionsplan finden sich auf der Webseite www.aktionsplankupierverzicht.bayern.de.

Ein mit Schmerzen verbundener Eingriff darf an einem Wirbeltier grundsätzlich nur unter **Betäubung** vorgenommen werden. Die Betäubung warmblütiger Wirbeltiere ist grundsätzlich von einem Tierarzt vorzunehmen. Für die Betäubung mit Betäubungspatronen kann die zuständige Behörde Ausnahmen von der Betäubungspflicht durch einen Tierarzt zulassen, sofern ein berechtigter Grund nachgewiesen wird.

Unter den in der Anlage 3 (unter 3.1) genannten Voraussetzungen kann ein Eingriff ggf. auch ohne Betäubung erfolgen. Es sind dann alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Schmerzen oder Leiden der Tiere zu vermindern.

Bei der Enthornung von Kälbern, die bis zu einem Alter von sechs Wochen ohne Betäubung durchgeführt werden darf, bedeutet dies, dass im Rahmen des Eingriffs Schmerzmittel verabreicht und eine Sedation vorgenommen werden muss, um alle Möglichkeiten zur Minderung von Schmerzen und Leiden auszuschöpfen. Die entsprechenden Tierarzneimittel müssen gemäß der Behandlungsanweisung des Tierarztes angewendet werden.

8.1.8 Züchtung/Zuchtmethoden

Natürliche oder künstliche Zuchtmethoden, die den Tieren Leiden oder Schäden zufügen oder zufügen können, dürfen nicht angewendet werden.

Tiere dürfen nur zu landwirtschaftlichen Nutzzwecken gehalten werden, wenn aufgrund ihres Genotyps oder Phänotyps berechtigterweise davon ausgegangen werden kann, dass die Haltung ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen nicht beeinträchtigt.

8.2 Regelungen über Mindestanforderungen für den Schutz von Kälbern (GAB 9)

Betroffen sind alle Antragstellerinnen und Antragsteller die Kälber zum Zwecke der Aufzucht und/oder der Mast halten

Kälber sind Hausrinder **bis zum Alter von sechs Monaten**. Es sind die bereits dargestellten allgemeinen Regelungen zum Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere sowie die nachfolgend erläuterten Anforderungen an die Haltung von Kälbern zu beachten.

8.2.1 Besondere Anforderungen an die Haltungseinrichtung für Kälber

Kälber müssen sich in den Stallungen **ausreichend bewegen** können, insbesondere muss sich jedes Kalb mühelos hinlegen, liegen, aufstehen und sich putzen können.

Stallböden, einschließlich Treibgänge, müssen rutschfest und trittsicher sein. Dieses ist häufig bei Holzspaltenböden nicht gegeben; in solchen Fällen können zur Gewährleistung der Rutschfestigkeit und Trittsicherheit derartige Böden beispielsweise mit Gummimatten ausgelegt bzw. mit Querrillen ge-
fräst werden. Von evtl. vorhandenen Unebenheiten, Löchern, Spalten und sonstigen Aussparungen darf keine Verletzungsgefahr insbesondere für Klauen und Gelenke der Kälber ausgehen. Die Fläche zum Liegen muss bequem (weicher oder elastisch verformbarer Liegebereich), sauber und ausreichend drainiert sein und darf den Kälbern keinen Schaden zufügen.

Bei Kälbern mit einem Alter unter zwei Wochen ist die Liegefläche mit geeigneter Einstreu zu versehen. Die Haltungseinrichtung ist im Sinne der guten landwirtschaftlichen Praxis sauber zu halten.

8.2.2 Anforderungen an die Haltungsform (Einzel-/Gruppenhaltung)

Über acht Wochen alte Kälber müssen in Gruppen gehalten werden. Die bei **Gruppenhaltung** erforderliche, uneingeschränkt zur Verfügung stehende Bodenfläche richtet sich nach dem Gewicht der Kälber:

Gewicht des Kalbes	erforderliche Bodenfläche
bis 150 kg	1,5 m²/Kalb
150 bis 220 kg	1,7 m²/Kalb
über 220 kg	1,8 m²/Kalb

Die vorbenannte Darstellung des Flächenbedarfs bei Gruppenhaltung ist für Betriebe mit weniger als sechs Kälbern sowie für Kälber, die von der Mutter gesäugt werden, im Rahmen der Konditionalität nicht relevant.

Eine **Einzelhaltung** ab einem Alter von acht Wochen ist nur zulässig, wenn

- der Tierarzt schriftlich bescheinigt, dass aus gesundheitlichen oder verhaltensbedingten Gründen das Kalb aus der Gruppe abgesondert werden muss oder
- im Betrieb weniger als sechs nach ihrem Alter und ihrem Körpergewicht für eine tierschutzgerechte Gruppenbildung geeignete Kälber vorhanden sind oder
- die Kälber sich weiterhin beim Muttertier befinden, um gesäugt zu werden.

Sofern Kälber in **Einzelbuchten** gehalten werden, müssen sie direkten Sicht- und Berührungskontakt zu anderen Kälbern haben können (Ausnahme: Absonderung kranker Tiere).

Hinsichtlich der Buchtengröße orientiert sich das EU-Recht an den tatsächlichen Körpermaßen der jeweiligen Kälber. Danach muss die Boxenbreite der Widerristhöhe und die Boxenlänge der 1,1-fachen Länge des Kalbes entsprechen sowie die Möglichkeit des aufrechten Stehens mit physiologischer Kopfhaltung durch ausreichende Boxenhöhe gewährleistet sein. National sind folgende Mindestmaße für Einzelbuchten vorgeschrieben:

- Bis zu einem Alter von zwei Wochen müssen die Einzelbuchten innen mindestens 120 cm lang, 80 cm breit und 80 cm hoch sein.
- Bei einem Alter der Kälber zwischen zwei und acht Wochen müssen die Einzelbuchten innen mindestens 180 cm (bei innen angebrachtem Trog) bzw. mindestens 160 cm (bei außen angebrachtem Trog) lang und 100 cm breit sein.
- Sind die Kälber älter als acht Wochen, müssen – falls die Einzelhaltung zulässig ist – die Einzelbuchten innen mindestens 200 cm (bei innen angebrachtem Trog) bzw. mindestens 180 cm (bei außen angebrachtem Trog) lang und 120 cm breit sein.

Für **Kälberhütten und Iglus** gelten die gleichen Boxenmaße.

Die vorbenannte Darstellung des Flächenbedarfs bei Einzelhaltung ist für Betriebe mit weniger als sechs Kälbern sowie für Kälber, die von der Mutter gesäugt werden, im Rahmen der Konditionalität nicht relevant.

8.2.3 Stallklima, Licht und Beleuchtung

Das **Stallklima**, vor allem Zirkulation, Staubgehalt, Temperatur, relative Feuchte und Gaskonzentration der Luft, muss in einem Bereich gehalten werden, der für die Tiere unschädlich ist.

Im Aufenthaltsbereich der Kälber sollen je Kubikmeter Luft folgende Werte nicht überschritten werden:

- Ammoniak: 20 ppm
- Kohlendioxid: 3.000 ppm
- Schwefelwasserstoff: 5 ppm.

Eine angemessene, dem Tagesrhythmus angeglichene **Beleuchtung** ist künstlich oder natürlich im Aufenthaltsbereich der Kälber zu gewährleisten. Die Einhaltung des nationalen Fachrechts hinsichtlich der Beleuchtungsstärke (mindestens 80 Lux) sowie der Dauer von mind. 10 Stunden/Tag gewährleistet die Einhaltung dieser Anforderung.

8.2.4 Fütterung

Es muss dafür gesorgt werden, dass Kälber innerhalb der ersten sechs Lebensstunden Rinderkolostralmilch (Biestmilch) erhalten.

Jedes Kalb muss täglich mindestens zweimal gefüttert werden.

Werden Kälber in Gruppen gehalten, muss bei rationierter Fütterung ein **Tier-Fressplatz-Verhältnis** von 1 : 1 sichergestellt werden, damit alle Kälber der Gruppe gleichzeitig Futter aufnehmen können. Dies gilt nicht bei Abruffütterung und vergleichbaren Fütterungseinrichtungen.

Zur Gewährleistung einer bedarfsgerechten Fütterung und der erforderlichen Hämoglobinkonzentration im Blut ist spätestens ab dem achten Lebenstag faseriges **Raufutter** oder sonstiges rohfaserreiches strukturiertes Futter zur freien Aufnahme anzubieten sowie bei Kälbern bis zu einem Gewicht von 70 kg ein Eisengehalt der Milchaustauschertränke von mindestens 30 mg je kg zu belegen.

Jedes über zwei Wochen alte Kalb muss jederzeit Zugang zu **Wasser** in ausreichender Menge und Qualität haben.

8.2.5 Kontrolle und Vorsorge durch den Tierhalter

Kälber erfordern eine intensivere Beobachtung als unter „Regelungen über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere“ für die allgemeine Tierhaltung beschrieben. Eine für die Fütterung und Pflege verantwortliche Person muss das Befinden der Kälber

- bei Stallhaltung mindestens zweimal täglich,
- bei Weidehaltung mindestens einmal täglich überprüfen.

8.2.6 Verbote

Es ist verboten,

- Kälber in ständiger Dunkelheit zu halten.
- Kälber anzubinden oder anderweitig festzulegen. Bei Gruppenhaltung ist jedoch das Anbinden der Kälber für jeweils längstens eine Stunde im Rahmen des Fütterns mit Milch oder Milchaustauschertränke zulässig, sofern die Vorrichtungen zum Anbinden den Kälbern keine Schmerzen oder vermeidbare Schäden bereiten und die Tiere sich mühelos hinlegen, liegen, aufstehen und sich putzen können. Etwaige Anbindevorrichtungen sind wöchentlich zu prüfen und ggf. zu regulieren.
- Maulkörbe zu verwenden.

8.3 Regelungen über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen (GAB 10)

Betroffen sind alle Antragstellerinnen und Antragsteller, die Schweine zum Zwecke der Aufzucht und/oder der Mast halten

Es sind die bereits dargestellten allgemeinen Regelungen über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere sowie die nachfolgend erläuterten Anforderungen an die Haltung von Schweinen zu beachten.

8.3.1 Haltungseinrichtungen für Schweine

Allgemeine Beschaffenheit:

- Einzel gehaltene Schweine müssen mit Ausnahme von Abferkelbuchten **Sichtkontakt** zu anderen Schweinen haben können. Sie müssen gleichzeitig ungehindert liegen, aufstehen, sich hinlegen und eine natürliche Körperhaltung einnehmen können.
- Allen Schweinen muss ein **Liegeplatz** zur Verfügung stehen, der geeignet, physisch und temperaturmäßig angenehm und sauber ist sowie über ein angemessenes Ableitungssystem verfügt.

Schweine, die besonders aggressiv sind oder bereits von anderen Schweinen angegriffen wurden, kranke oder verletzte Tiere, müssen vorübergehend in Einzelbuchten aufgestallt werden. In diesen Fällen müssen sie in der Lage sein, sich in ihrer Bucht ungehindert umzudrehen. Diese Vorgabe bezieht sich, unter Berücksichtigung der Anforderungen an die Gruppenhaltung von Sauen, nicht auf die Einzelhaltung von Jungsauen und Sauen im Abferkelbereich und im Deckzentrum.

Bei Absatzferkeln, Zuchtläufern, Mastschweinen, Jungsauen und Sauen muss der Fressplatz so beschaffen sein, dass bei rationierter Fütterung alle Tiere gleichzeitig fressen können. Dies gilt auch für die tagesrationierte Fütterung. Bei ad libitum-Fütterung muss für jeweils höchstens vier Schweine eine Fressstelle vorhanden sein.

Boden: Im ganzen Aufenthaltsbereich der Schweine und in den Treibgängen muss der Boden **rutschfest und trittsicher** sein; er muss der Größe und dem Gewicht der Tiere entsprechen und so beschaffen sein, dass von ihm **keine Verletzungsgefahr** ausgeht.

Soweit **Betonspaltenboden** verwendet wird,

- darf der Boden im Aufenthaltsbereich der Schweine höchstens folgende Spaltenweiten aufweisen: Saugferkel 11 mm, Absatzferkel 14 mm, Zuchtläufer und Mastschweine 18 mm, gedeckte Jungsauen und Sauen 20 mm,
- muss der Boden bei Saug- und Absatzferkeln eine Mindestauftrittsbreite von mindestens 5 cm und bei anderen Schweinen eine Mindestauftrittsbreite von mindestens 8 cm aufweisen.

Beschäftigungsmaterial: Jedes Schwein muss jederzeit Zugang zu gesundheitlich unbedenklichem, organischem und faserreichem sowie in ausreichender Menge vorhandenem Beschäftigungsmaterial haben, welches von dem Schwein untersucht und bewegt werden kann, vom Schwein veränderbar ist und damit dem Erkundungsverhalten dient. Als Beschäftigungsmaterial kann insbesondere Stroh, Heu, Sägemehl oder eine Mischung dieser Materialien dienen, wobei zu beachten ist, dass das Beschäftigungsmaterial so beschaffen sein muss, dass die die Gesundheit der Tiere nicht gefährdet werden kann.

Wasser: Jedes mehr als zwei Wochen alte Schwein muss jederzeit Zugang zu Wasser in ausreichender Menge und Qualität haben.

Stallklima und -beleuchtung: Das Stallklima, vor allem Zirkulation, Staubgehalt, Temperatur, relative Feuchte und Gaskonzentration der Luft, muss für die Tiere unschädlich sein. Im Aufenthaltsbereich der Schweine sollen je Kubikmeter Luft folgende Werte nicht überschritten werden:

- Ammoniak: 20 ppm
- Kohlendioxid: 3.000 ppm
- Schwefelwasserstoff: 5 ppm.

Schweine müssen mindestens acht Stunden pro Tag bei einer Lichtstärke von mindestens 40 Lux gehalten werden. Jedes Schwein soll von ungefähr der gleichen Lichtmenge erreicht werden.

Lärmschutz: Im Aufenthaltsbereich der Schweine soll ein Geräuschpegel von 85 dbA nicht überschritten und dauerhafter oder plötzlicher Lärm vermieden werden.

Unverträglichkeit/Gruppenstruktur/Aggressionen: Schweine mit Unverträglichkeitsverhalten dürfen nicht in der Gruppe gehalten werden. Aggressionen in der Gruppe oder Auseinandersetzungen zwischen Schweinen sind durch geeignete Maßnahmen auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Um- und Neugruppierungen müssen auf das unvermeidliche Maß reduziert werden.

Beruhigungsmittel zur Erleichterung der Einstellung fremder Schweine dürfen nur in Ausnahmefällen und nur nach Konsultation eines Tierarztes verabreicht werden.

8.3.2 Besondere Anforderungen

Saugferkel: In Abferkelbuchten müssen Schutzvorrichtungen gegen ein Erdrücken der Saugferkel vorhanden sein. Der Aufenthaltsbereich der Saugferkel muss so beschaffen sein, dass alle Saugferkel jeweils gleichzeitig ungehindert saugen oder sich ausruhen können. Der Liegebereich (Ferkelnest) muss allen Saugferkeln ein gleichzeitiges ungestörtes Ruhen ermöglichen und befestigt (geschlossen) oder mit einer Matte, Stroh oder einem anderen geeigneten Material bedeckt sein.

Saugferkel dürfen erst im Alter von über vier Wochen abgesetzt werden, es sei denn, dies ist zum Schutz des Muttertieres oder des Saugferkels vor Schmerzen, Leiden oder Schäden erforderlich. Ferner darf ein Saugferkel im Alter von über drei Wochen abgesetzt werden, wenn sichergestellt ist, dass es unverzüglich in vorher geleerte, gereinigte und desinfizierte Ställe oder vollständig abgetrennte Stallabteile verbracht wird, in denen keine Sauen gehalten werden.

Absatzferkel: Absatzferkel sind in Gruppen zu halten. Für jedes Absatzferkel muss abhängig vom Durchschnittsgewicht folgende uneingeschränkt nutzbare Bodenfläche zur Verfügung stehen:

Gewicht des Ferkels	erforderliche Bodenfläche
bis 10 kg	0,15 m ² /Ferkel
über 10 bis 20 kg	0,20 m ² /Ferkel
über 20 bis 30 kg	0,30 m ² /Ferkel

Zuchtläufer und Mastschweine: Zuchtläufer und Mastschweine sind in Gruppen zu halten. Entsprechend dem Durchschnittsgewicht muss für jedes Schwein folgende uneingeschränkt nutzbare Bodenfläche zur Verfügung stehen:

Gewicht des Schweins	erforderliche Bodenfläche
über 30 bis 50 kg	0,40 m ² /Schwein
über 50 bis 85 kg	0,55 m ² /Schwein
über 85 bis 110 kg	0,65 m ² /Schwein
über 110 kg	1,00 m ² /Schwein

Jungsauen und Sauen: Kastenstände müssen so beschaffen sein, dass die Schweine sich nicht verletzen können und jedes Schwein ungehindert aufstehen, sich hinlegen sowie den Kopf ausstrecken kann und jedes Schwein seine Gliedmaßen in Seitenlage ausstrecken kann, ohne dass dem ein bauliches Hindernis entgegensteht.

Abferkelbuchten müssen so angelegt sein, dass hinter dem Liegeplatz der Jungsau oder der Sau genügend Bewegungsfreiheit für das ungehinderte Abferkeln sowie für geburtshilfliche Maßnahmen besteht.

Gruppenhaltung von Sauen: Jungsauen und Sauen sind im Zeitraum von über vier Wochen nach dem Decken bis eine Woche vor dem voraussichtlichen Abferkeltermin in der Gruppe zu halten (Ausnahmen:

Betriebe mit weniger als zehn Sauen oder vorübergehend bei Aggressionen, Krankheit und Verletzung unter der Voraussetzung, dass die Tiere sich jederzeit ungehindert umdrehen können).

Jede Seite der Bucht, in der diese Gruppen gehalten werden, muss mindestens 280 cm, bei Gruppen mit weniger als sechs Schweinen mindestens 240 cm lang sein.

Bei Gruppenhaltung muss, abhängig von der Gruppengröße, jeder Jungsau und jeder Sau folgende uneingeschränkt nutzbare Bodenfläche zur Verfügung stehen:

Gruppengröße	Nutzbare Bodenfläche je	
	Jungsau	Sau
bis 5 Tiere	1,80 m ²	2,48 m ²
6 bis 39 Tiere	1,64 m ²	2,25 m ²
40 oder mehr Tiere	1,48 m ²	2,03 m ²

Ein Teil der vorbenannten Bodenfläche muss planbefestigt oder in einer Weise ausgeführt sein, dass der Perforationsanteil maximal 15 % beträgt. Dieser Flächenteil darf 0,95 m² je Jungsau und 1,3 m² je Sau nicht unterschreiten.

Die Anbindehaltung ist verboten.

Trächtige Jungsaunen und Sauen sind bis eine Woche vor dem voraussichtlichen Abferkeltermin mit **genügend Grundfutter** oder Futter mit hohem **Rohfaseranteil** sowie Krafffutter zu versorgen, damit sie ihren Hunger und ihr Kaubedürfnis stillen können.

Trächtige Jungsaunen und Sauen sind erforderlichenfalls gegen Parasiten zu behandeln und vor dem Einstellen in die Abferkelbucht zu reinigen.

In der Woche vor dem voraussichtlichen Abferkeltermin muss jeder Jungsau oder Sau ausreichend Stroh oder anderes Material zur Befriedigung ihres Nestbauverhaltens zur Verfügung gestellt werden, soweit dies mit der vorhandenen Anlage zur Kot- und Harnentsorgung vereinbar ist. In bestehenden Haltungen, in denen der Einsatz von Stroh mit der vorhandenen Anlage zur Kot und Harnentsorgung nicht vereinbar ist, sind andere Materialien wie beispielsweise Jutesäcke der Sau zur Verfügung zu stellen.

Eber: Eber dürfen nur in Haltungseinrichtungen gehalten werden, die so beschaffen sind, dass der Eber sich ungehindert umdrehen und andere Schweine hören, riechen und sehen kann, und für einen Eber ab einem Alter von vierundzwanzig Monaten eine Fläche von mindestens 6 m² aufweisen. Sie dürfen in Haltungseinrichtungen zum Decken nur gehalten werden, wenn diese so angelegt sind, dass die Sau dem Eber ausweichen und sich ungehindert umdrehen kann und wenn sie eine Fläche von mindestens 10 m² aufweisen.

Hinweise zu weiteren fachrechtlichen Änderungen im Bereich Tierschutz, die aber nicht unter Konditionalität fallen:

Weitere fachrechtliche Verpflichtungen, die nicht unter Konditionalität fallen, betreffen insbesondere das mit der 7. Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung verbundene Verbot der Kastenstandhaltung von Sauen im Deckzentrum. Demnach sind Jungsaunen und Sauen bis auf den Zeitraum von einer Woche vor dem voraussichtlichen Abferkeltermin bis mindestens zum Absetzen der Ferkel in der Gruppe zu halten (Übergangsregelungen für Altbauten). Für Neubauten muss jeder Sau im Zeitraum ab dem Absetzen bis zur Besamung 5 m² uneingeschränkte nutzbare Bodenfläche zur Verfügung stehen. Nähere Einzelheiten dazu sind den Rechtsvorschriften zu entnehmen. Außerdem wird die Kastenstandhaltung der Sauen im Abferkelbereich eingeschränkt (Übergangsregelungen).

gen für Altbauten). Mit der 7. Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung muss eine Abferkelbucht, in der sich eine Sau frei bewegen kann, u.a. mindestens 6,5 m² aufweisen (auch hier gelten Übergangsregelungen).

Seit dem 1. Januar 2021 gilt das Verbot der betäubungslosen chirurgischen Kastration von männlichen Ferkeln im Alter von unter acht Tagen. Bezüglich der Betäubung mit Isofluran gilt hier die Ferkelbetäubungssachkundeverordnung.

IV KONTROLL- UND SANKTIONSSYSTEM

1 KONTROLLE

Die systematische Kontrolle der Betriebsinhaber hinsichtlich der Einhaltung der Verpflichtungen der Konditionalität obliegt in Bayern den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (siehe Kapitel I, Nr. 2).

Kontrolliert wird, ob die Anforderungen und Standards der Konditionalität eingehalten werden. Beihilfeanträge werden abgelehnt, wenn der Betriebsinhaber, die vertretungsberechtigte Person, ein Arbeitnehmer oder eine sonstige im Betrieb mitarbeitende Person die Durchführung einer **Vor-Ort-Kontrolle verhindern**.

Als Anlage 5 ist dieser Broschüre ein Merkblatt über die **Rechte und Pflichten der Landwirtinnen und Landwirte und Kontrolleure** bei Vor-Ort-Kontrollen beigelegt, das Auskunft zu den wichtigsten Fragen im Zusammenhang mit den Kontrollen gibt.

1.1 Systematische Kontrolle

Das EU-Recht schreibt grundsätzlich vor, dass die Einhaltung der Konditionalität **bei mindestens 1 % der Begünstigten** von für die Konditionalität relevanten Zahlungen systematisch vor Ort kontrolliert werden muss.

Um den Kontrollaufwand zu begrenzen, können die systematischen Kontrollen gebündelt werden, d. h. bei einem Kontrollbesuch werden im selben Betrieb mehrere Rechtsvorschriften und Standards kontrolliert.

Zudem wird die Einhaltung der Standards GLÖZ1 (Erhaltung von Dauergrünland) und GLÖZ7 (Fruchtwechsel) im Rahmen von Verwaltungskontrollen überprüft.

Im Rahmen der Kontrollen werden auch die Ergebnisse des sogenannten Flächenmonitoringsystems herangezogen und verarbeitet, das heißt es erfolgt eine automatisierte Auswertung bestimmter, frei zugänglicher Satellitenbilder des EU-Copernicus Programms.

1.2 Weitere Kontrollen

Neben den systematischen Kontrollen der Konditionalität können auch Kontrollen aus anderem Anlass erfolgen. Solche Kontrollen, bei denen vermuteten Verstößen nachzugehen ist, können sich auf Grund von Hinweisen anderer Behörden, Fachrechtskontrollen, aber auch durch Mitteilungen Dritter ergeben.

1.3 Kontrolle und Sanktionierung von 10-ha-Betrieben

Begünstigte mit einer Betriebsgröße von höchstens 10 Hektar landwirtschaftlicher Fläche müssen die Verpflichtungen der Konditionalität weiterhin beachten, sie sind aber von Konditionalitätskontrollen und -sanktionen befreit. Die Ausnahme von Konditionalitätskontrollen gilt seit dem 14. Mai 2024. Seit dem Antragsjahr 2024 werden bei der Konditionalität keine Sanktionen mehr für diese Begünstigten verhängt. Diese Befreiung von Sanktionen gilt jedoch nur für Verstöße, die ab dem 01.01.2024 begangen werden bzw. wurden.

Diese Befreiungen betreffen zudem ausschließlich das Konditionalitätssystem im Rahmen der GAP. Kontrollen und Sanktionen, die außerhalb dieses Systems liegen, einschließlich der sozialen Konditionalität, bleiben hiervon unberührt. Verpflichtungen, die auf bestehenden EU-Richtlinien und Verordnungen oder nationalen Rechtsakten z.B. in den Bereichen Klima, Umwelt, öffentliche Gesundheit, Pflanzengesundheit und Tierschutz basieren, gelten weiterhin außerhalb des GAP-Rahmens.

Da die Verpflichtungen der Konditionalität weiterhin für alle Betriebe gelten, werden Verstöße, die beispielsweise im Rahmen von Fachrechtskontrollen festgestellt werden und konditionalitätsrelevant sind, weiterhin dokumentiert und der Antragstellerin bzw. dem Antragsteller mitgeteilt. Eine Sanktion erfolgt bei der Konditionalität aber nicht.

1.4 Kontrollen und Sanktionen nach Cross-Compliance (Förderung der Maßnahme der Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen)

Die Cross-Compliance-Regeln gelten weiterhin für Begünstigte, die Förderung zur Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen gemäß Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 beantragt haben und die nicht dem Konditionalitätskontrollsystem unterliegen. Dies sind Begünstigte mit höchstens 10 Hektar landwirtschaftlicher Fläche, die in den letzten 3 Jahren für die Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen gemäß Artikel 46 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 gefördert wurden. Zudem sind davon Begünstigte betroffen, die, unabhängig von der Betriebsgröße, ausschließlich in den letzten 3 Jahren für die Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen gemäß Artikel 46 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 gefördert wurden. Diese Begünstigten müssen auch noch im aktuellen Antragsjahr im Rahmen der Cross-Compliance-Kontrolle gemäß einer gesonderten Stichprobe (Verordnung (EU) Nr. 809/2024) kontrolliert und bei festgestellten Verstößen gemäß Verordnung (EU) Nr. 640/2014 sanktioniert werden.

2 BEWERTUNG EINES VERSTOSSES GEGEN DIE VORSCHRIFTEN DER KONDITIONALITÄT

Hinweis:

Ausschlaggebend für die Kürzung für die Konditionalität relevanter Zahlungen ist die Nichterfüllung einer oder mehrerer Verpflichtungen nur dann, wenn dies im Rahmen einer landwirtschaftlichen Tätigkeit oder auf einer landwirtschaftlichen Fläche des Betriebs (einschließlich aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommener Flächen, Naturschutz- und Sukzessionsflächen) erfolgt.

2.1 Haftungsregelung

Der Betriebsinhaber, der für eine Fläche einen **Antrag** auf Direktzahlungen oder Zahlungen für flächen- oder tierbezogene Fördermaßnahmen des ländlichen Raums stellt, ist das **ganze Kalenderjahr über verantwortlich** für die Einhaltung der Vorschriften der Konditionalität. Damit wird bei Verstößen auf diesen Flächen immer die Antragstellerin bzw. der Antragsteller sanktioniert. Dies gilt auch in den Fällen, in denen Flächen vor Antragstellung übernommen bzw. nach Antragstellung abgegeben wurden. Wer ggf. im Innenverhältnis zwischen Übergeber und Übernehmer für die Verwaltungsanktion haftet, bestimmt sich nach dem Privatrecht bzw. einer evtl. zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarung.

Ist der Verstoß im oben genannten Fall allerdings demjenigen anzulasten, der die Fläche vor Antragstellung abgegeben bzw. nach Antragstellung aufgenommen hat und hat dieser Flächenabgeber bzw. Flächenaufnehmer für das betreffende Kalenderjahr auch einen Beihilfeantrag gestellt, so werden die Sanktionen gegenüber dieser Person vorgenommen.

Die Regelungen zur Sanktionierung bei Übertragung von Flächen gelten in analoger Weise bei Übertragung anderer Betriebsteile.

2.2 Bewertung von Verstößen

Bei der Bewertung wird generell auf die Kriterien Häufigkeit, Ausmaß, Schwere und Dauer abgestellt. Diese Begriffe sind wie folgt zu verstehen:

- **Häufigkeit:** Wiederholte Nichteinhaltung derselben Anforderung innerhalb von drei aufeinander folgenden Kalenderjahren, vorausgesetzt der Betriebsinhaber wurde auf den vorangegangenen Verstoß hingewiesen und er hatte die Möglichkeit, die erforderlichen Maßnahmen zur Abstellung dieses Verstoßes zu treffen.
- **Ausmaß:** Der räumliche Bezug, insbesondere ob der Verstoß weitreichende Auswirkungen hat oder auf die Flächen des Betriebs oder den Betrieb selbst begrenzt ist.
- **Schwere:** Bezogen auf die Ziele, die mit der betreffenden Rechtsvorschrift erreicht werden sollen.

- **Dauer:** Insbesondere bezogen auf die Länge des Zeitraums, in dem die Auswirkungen festzustellen sind, oder welche Möglichkeiten bestehen, die Auswirkungen mit angemessenen Mitteln abzustellen.

Die Kontrollbehörde hat nach diesen Kriterien den festgestellten **Verstoß** zu bewerten. Aufgrund dieser Bewertung müssen die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten dann die entsprechenden Zahlungen kürzen (Verwaltungssanktion).

Die Kürzung beträgt bei einem fahrlässig begangenen Verstoß in der Regel 3 %.

Bei festgestellten nicht vorsätzlichen Verstößen kann die Zahlstelle auf der Grundlage der Bewertung des Verstoßes durch die zuständige Kontrollbehörde unter Berücksichtigung der oben genannten Kriterien, den Prozentsatz auf bis zu 1 % senken.

Hat ein festgestellter Verstoß keine oder nur unerhebliche Folgen für die Erreichung des Ziels des betreffenden Standards oder der betreffenden Anforderung kann von einer Verwaltungssanktionierung abgesehen werden. Soweit möglich, hat der Betriebsinhaber diesen Verstoß sofort bzw. innerhalb der ihm von der zuständigen Kontrollbehörde mitgeteilten Frist zu beheben.

Hat der Verstoß schwerwiegende Folgen für die Erreichung des Ziels des betreffenden Standards oder der betreffenden Anforderung, oder stellt er eine direkte Gefährdung der öffentlichen Gesundheit oder der Tiergesundheit dar, kann die Zahlstelle den Prozentsatz auf bis zu 10 % anheben.

Unabhängig von der Art der Kontrollen (systematisch oder anlassbezogen) führen alle festgestellten Verstöße gegen Anforderungen der Konditionalität grundsätzlich zu einer Kürzung der Zahlungen.

3 HÖHE DER GESAMTSANKTION

Werden in einem Kalenderjahr mehrere fahrlässige Erstverstöße begangen, werden die festgesetzten Kürzungssätze addiert, wobei der gesamte Kürzungssatz 5 % nicht überschreiten darf, wenn keiner der Verstöße schwerwiegende Folgen für die Erreichung des Ziels des betreffenden Standards oder der betreffenden Anforderung hat oder eine direkte Gefährdung der öffentlichen Gesundheit oder der Tiergesundheit bedeutet (Kappungsgrenze). Wenn jedoch ein Verstoß von besonderer Schwere festgestellt wird, erhöht sich diese Kappungsgrenze auf 10 %.

Im Wiederholungsfall, d. h., wenn ein Verstoß gegen eine relevante Anforderung einer Verordnung oder Richtlinie innerhalb von drei Kalenderjahren erneut festgestellt wird, wird der erneute Verstoß ebenfalls nach Dauer, Ausmaß und Schwere bewertet und der sich daraus ergebene Kürzungssatz mit dem Kürzungssatz des Erstverstoßes addiert. Die Summe dieser beiden Kürzungen stellt folglich den Gesamtkürzungssatz für den Wiederholungsverstoß dar. Ein Wiederholungsfall liegt auch dann vor, wenn innerhalb eines Kalenderjahres mehrfach gegen dieselbe Anforderung verstoßen wurde.

Werden in einem Kalenderjahr mehrere fahrlässige Wiederholungsverstöße begangen, werden die festgesetzten Kürzungssätze addiert, wobei der gesamte Kürzungssatz 20 % nicht überschreiten darf (Kappungsgrenze).

Tritt derselbe Verstoß ohne stichhaltige Begründung seitens des Begünstigten weiterhin wiederholt auf, so gelten diese Fälle als vorsätzliche Verstöße.

Bei einem vorsätzlichen Verstoß, unabhängig ob originär oder aus Wiederholung, beträgt die Kürzung mindestens 15 % der Zahlungen, kann sich aber aufgrund der oben genannten Kriterien Häufigkeit, Ausmaß, Schwere und Dauer auf bis zu 100 % erhöhen.

Werden in einem Kalenderjahr mehrere vorsätzliche Verstöße begangen, werden die festgesetzten Kürzungssätze addiert, wobei der gesamte Kürzungssatz 100 % nicht überschreiten darf.

Werden in einem Kalenderjahr mehrere fahrlässige, wiederholte und vorsätzliche Verstöße begangen, werden die festgesetzten Kürzungssätze der einzelnen Verstoßarten unter Berücksichtigung der ent-

sprechenden Kappungsgrenzen addiert, wobei der gesamte Kürzungssatz ebenfalls 100 % nicht überschreiten darf.

4 ZUORDNUNG EINES VERSTOSSES ZUM JAHR DER BEGEHUNG

Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes in der Rechtssache C-361/19 (De Ruitter) muss ein bei einer Kontrolle festgestellter Verstoß dem Kalenderjahr zugeordnet werden, in dem der Verstoß begangen wurde. Die aus dem Verstoß resultierende Verwaltungsanktion ist dann auf Basis der Zahlungen zu berechnen, die dem Betriebsinhaber im Jahr der Begehung des Verstoßes gewährt wurden. Es sind alle diejenigen Verstöße zu berücksichtigen, die im aktuellen oder in einem der beiden vorangegangenen Kalenderjahre begangen wurden.

Hält der Verstoß über mehr als ein Jahr an, sind die Zahlungen aller betroffenen Jahre zu sanktionieren.

Verstöße können bis zu drei Jahre in die Vergangenheit sanktioniert werden.

V GLOSSAR

1 BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Ackerland: Der Begriff Ackerland umfasst für den Anbau landwirtschaftlicher Kulturpflanzen genutzte andere Flächen als Dauergrünland oder Dauerkulturen und für den Anbau landwirtschaftlicher Kulturpflanzen verfügbare, aber brachliegende andere Flächen als Dauergrünland oder Dauerkulturen.

Für die Laufzeit der entsprechenden Verpflichtung gehört zum Ackerland auch eine stillgelegte Fläche, die zum Zeitpunkt der Stilllegung die vorgenannten Voraussetzungen für Ackerland erfüllt hat und stillgelegt worden ist

- a) nach dem GLÖZ8,
- b) nach der Öko-Regelung 1a,
- c) im Rahmen der Artikel 22 bis 24 der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 in der für den Zeitpunkt der Stilllegung geltenden Fassung,
- d) im Rahmen einer Agrarumweltmaßnahme nach Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 in der für den Zeitpunkt der Stilllegung geltenden Fassung,
- e) im Rahmen einer Agrarumwelt- und Klimamaßnahme nach Artikel 28 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 in der für den Zeitpunkt der Stilllegung geltenden Fassung oder
- f) im Rahmen einer freiwilligen Umwelt-, Klima- oder anderen Bewirtschaftungsverpflichtung nach der ELER-Regelung.

Begrünte Randstreifen einer Ackerlandfläche von untergeordneter Bedeutung, höchstens aber einer Breite von 15 m, sind Ackerland.

Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM): Zu den Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen gehören in Bayern folgende Fördermaßnahmen:

- Bayerisches Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)
- Bayerisches Vertragsnaturschutzprogramm inkl. Erschwernisausgleich (VNP).

Antragstellerin bzw. Antragsteller: Betriebsinhaberin bzw. Betriebsinhaber, die Zahlungen beantragen, die der Konditionalität unterliegen.

Begünstigte bzw. Begünstigter: Empfänger der agrarrechtlichen EU-Beihilfen und Zahlungen.

Betriebsinhaberin bzw. Betriebsinhaber: Eine natürliche oder juristische Person oder eine Vereinigung natürlicher oder juristischer Personen, unabhängig davon, welchen rechtlichen Status die Vereinigung und ihre Mitglieder aufgrund nationalen Rechts haben, deren Betrieb sich im Gebiet der EU befindet und die eine landwirtschaftliche Tätigkeit ausübt.

Bewirtschaftungseinheit: Zwei oder mehrere Schläge, die vergleichbare Standortverhältnisse aufweisen, einheitlich bewirtschaftet werden und mit der gleichen Pflanzenart oder mit Pflanzenarten mit vergleichbaren Nährstoffansprüchen bewachsen oder zur Bestellung vorgesehen sind.

Dauergrünland: Der Begriff Dauergrünland umfasst Flächen, auch wenn sie nicht für die Erzeugung genutzt werden, die

1. auf natürliche Weise durch Selbstaussaat oder durch Aussaat zum Anbau von Gras oder anderen Grünfütterpflanzen genutzt werden,
2. seit mindestens fünf Jahren nicht Bestandteil der Fruchtfolge sind und
3. seit mindestens fünf Jahren nicht gepflügt worden sind.

Gras oder andere Grünfütterpflanzen sind

1. alle krautartigen Pflanzen, die herkömmlicherweise in natürlichem Grünland anzutreffen sind oder die normalerweise Teil von Saatgutmischungen für Weideland oder Wiesen sind, unabhängig davon, ob die Flächen als Viehweiden genutzt werden, mit Ausnahme von
 - a) Gras oder anderen Grünfütterpflanzen bei dem Anbau zur Erzeugung von Saatgut,
 - b) Gras bei dem Anbau zur Erzeugung von Rollrasen und

- c) Leguminosen bei der Aussaat in Reinsaat oder in Mischungen von Leguminosen solange diese Leguminosen auf der Fläche vorherrschen, und
- 2. Pflanzen der Gattungen Juncus und Carex, soweit sie auf der Fläche gegenüber Gras oder anderen Grünfütterpflanzen im Sinne der Nummer 1 nicht vorherrschen.

Dauergrünland kann auch andere Pflanzenarten als Gras oder andere Grünfütterpflanzen, die abgeweidet werden können, umfassen, wie Sträucher oder Bäume, soweit Gras und andere Grünfütterpflanzen vorherrschen. Gras und andere Grünfütterpflanzen herrschen vor, wenn sie mehr als 50 % der förderfähigen Fläche einer Dauergrünlandfläche einnehmen.

Pflügen ist jede mechanische Bodenbearbeitung, die die Narbe zerstört. Nicht als Pflügen gilt eine flache Bodenbearbeitung von bestehendem Dauergrünland zur Narbenerneuerung in der bestehenden Narbe.

Als Dauergrünland gelten, wenn Gras und andere Grünfütterpflanzen in Weidegebieten traditionell nicht vorherrschen oder nicht vorkommen, auch Flächen, die mit anderen Pflanzenarten im Sinne des Absatzes 3 bedeckt sind, die Teil eines etablierten lokalen Bewirtschaftungsverfahrens sind. Ein etabliertes lokales Bewirtschaftungsverfahren ist jede

- 1. traditionelle Beweidungspraktik, die auf den betreffenden Flächen gemeinhin angewendet wird,
- 2. traditionelle Mahdnutzung,
- 3. Praktik, die von Bedeutung ist
 - a) für die Erhaltung der in Anhang I der Richtlinie 92/43/EWG des Rates genannten Lebensraumtypen oder
 - b) für die Erhaltung der Lebensräume der unter die Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates fallenden Arten oder
- 4. Kombination der in den Nummern 1 bis 3 genannten Praktiken.

Als **Dauergrünland** gelten auch Flächen, die

- 1. nach § 5 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 des GAP-Konditionalitäten-Gesetzes als Dauergrünland neu angelegt worden sind oder werden,
- 2. nach einer Verordnung auf Grund des § 9 Absatz 5 des GAP-Konditionalitäten-Gesetzes in Dauergrünland rückumgewandelt worden sind oder werden,
- 3. nach einer Verordnung auf Grund des § 12 Absatz 8 des GAP-Konditionalitäten-Gesetzes in Dauergrünland rückumgewandelt worden sind oder werden,
- 4. einer Verpflichtung zur Umwandlung in Dauergrünland unterliegt und mit Gras oder anderen Grünfütterpflanzen angesät worden sind oder werden oder nach den Vorschriften über die Erhaltung von Dauergrünland bei der Zahlung für den Klima- und Umweltschutz förderliche Landbewirtschaftungsmethoden zur Durchführung von Titel III, Kapitel 3 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 angelegt oder rückumgewandelt worden sind oder werden und als Dauergrünland gelten.
- 5. in der Gebietskulisse von GLÖZ 2 von einer genehmigten aktiven Erneuerung der Narbe betroffen sind.

Streuobstwiesen gelten als Dauergrünland, wenn die begrünte Fläche die Voraussetzungen der Begriffsbestimmung Dauergrünland erfüllt.

Dauerkulturen: Der Begriff Dauerkulturen umfasst Flächen, auch wenn sie nicht für die Erzeugung genutzt werden, mit

- 1. nicht in die Fruchtfolge einbezogenen Kulturen außer Dauergrünland, die für die Dauer von mindestens fünf Jahren auf den Flächen verbleiben und wiederkehrende Erträge liefern,
- 2. Reb- und Baumschulen sowie
- 3. Niederwald mit Kurzumtrieb.

Reb- und Baumschulen sind folgende Flächen mit jungen verholzenden Pflanzen im Freiland, die zum Auspflanzen bestimmt sind:

- 1. Rebschulen und Rebschnittgärten für Unterlagen,
- 2. Baumschulen für Obst- und Beerengehölze,
- 3. Baumschulen für Ziergehölze,
- 4. gewerbliche Forstbaumschulen ohne forstliche Pflanzgärten innerhalb des Waldes für den Eigenbedarf des Betriebs und

5. Baumschulen für Bäume und für Sträucher, die geeignet sind für die Bepflanzung von Gärten, Parks, Straßenrändern und Böschungen, wie Heckenpflanzen, Rosen und sonstige Ziersträucher sowie Zierkoniferen, jeweils einschließlich der Unterlagen und Jungpflanzen.

Niederwald mit Kurzumtrieb ist eine Fläche, die mit Gehölzpflanzen der in Anlage 2 der GAP-Direktzahlungen-Verordnung genannten Arten bestockt ist, deren Wurzelstock oder Baumstumpf nach der Ernte im Boden verbleibt und wieder austreibt. Der maximale Erntezyklus für Niederwald mit Kurzumtrieb beträgt 20 Jahre.

Ein **begrünter Randstreifen** einer Dauerkulturfläche, der von untergeordneter Bedeutung ist, ist Dauerkultur. Eine untergeordnete Bedeutung liegt bei einer Breite von mehr als 15 m nicht vor.

Einzelanordnungen: An die jeweilige Landwirtin in bzw. den jeweiligen Landwirt gerichtete Verwaltungsakte, mit denen die zuständige Behörde bestimmte Maßnahmen vorschreibt oder untersagt oder von bestimmten Bedingungen abhängig macht.

Feuchtgebiete: In Deutschland werden auch für die europäischen Vogelarten folgende Feuchtbiotope als relevant angesehen: natürliche oder naturnahe Bereiche fließender und stehender Binnengewässer einschließlich ihrer Ufer und der dazugehörigen uferbegleitenden natürlichen oder naturnahen Vegetation sowie ihrer natürlichen oder naturnahen Verlandungsbereiche, Altarme und regelmäßig überschwemmte Bereiche einerseits, sowie Moore, Sümpfe, Röhrichte, seggen- und binsenreiche Nasswiesen, Quellbereiche und Binnenlandsalzstellen, sofern sie über die Biotopkartierung erfasst sind, zudem Tümpel, Sölle und Dolinen und andere mit diesen vergleichbare Feuchtgebiete.

FFH Mähwiesen: Nach Anhang I der FFH-Richtlinie geschützte Mähwiesen sind besonders arten- und blütenreiche Grünlandflächen, die durch eine extensive Bewirtschaftungsweise entstanden sind und entsprechend genutzt und gepflegt werden. Dies umfasst die Lebensraumtypen (LRT) „Magere Flachland-Mähwiesen“ (LRT 6510) und „Berg-Mähwiesen“ (LRT 6520).

Die Mähwiesen sind als FFH-Lebensraumtypen und Biotope nach § 30 BNatSchG sowohl innerhalb als auch außerhalb von FFH-Gebieten durch europarechtliche und nationale Rechtsvorschriften geschützt. Es gelten Verschlechterungsverbote gemäß § 30 Abs. 2 und § 33 Abs. 1 BNatSchG.

Flächenbezogene Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen: Zu den flächenbezogenen Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen zählen:

- Bayerisches Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) ohne die Maßnahme B60 „Sommerweidehaltung“ (Weideprämie), die Maßnahme B49 „Erneuerung von Hecken und Feldgehölzen“ und die Maßnahme B56 „Wiederaufbau von Steinmauern in Weinbausteillagen“,
- Bayerisches Vertragsnaturschutzprogramm inkl. Erschwernisausgleich (VNP).

Flächenbezogene Fördermaßnahmen des ländlichen Raums: Zu den flächenbezogenen Fördermaßnahmen des ländlichen Raums zählen:

- Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten (AGZ),
- Bayerisches Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) ohne die Maßnahme B60 „Sommerweidehaltung“ (Weideprämie), und die Maßnahme B49 „Erneuerung von Hecken und Feldgehölzen“ und die Maßnahme B56 „Wiederaufbau von Steinmauern in Weinbausteillagen“,
- Bayerisches Vertragsnaturschutzprogramm inkl. Erschwernisausgleich (VNP).

Freilandflächen: Die nicht durch Gebäude oder Überdachungen ständig abgedeckten Flächen, unabhängig von ihrer Beschaffenheit oder Nutzung; dazu gehören auch Verkehrsflächen jeglicher Art wie Gleisanlagen, Straßen-, Wege-, Hof- und Betriebsflächen sowie sonstige durch Tiefbaumaßnahmen veränderte Landflächen (§ 2 Ziff. 15 PflSchG).

Frühe Sommerkulturen (in Bayern):

1. Sommergetreide ohne Mais und Hirse
2. Leguminosen ohne Sojabohnen
3. Sonnenblumen, Sommerraps, Sommerrüben, Körnersenf, Leindotter, Lein, Mohn, Heil-, Duft- und Gewürzpflanzen, Küchenkräuter, Klee gras, Klee-/Luzernegras-Gemisch, Ackergras, Grünland ein-saat, Kartoffeln, Rüben, Gemüsekulturen.

Futtermittelunternehmen: Alle Unternehmen, gleichgültig, ob sie auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind oder nicht und ob sie öffentlich oder privat sind, die an der Erzeugung, Herstellung, Verarbeitung, Lagerung, Beförderung oder dem Vertrieb von Futtermitteln beteiligt sind, einschließlich Erzeuger, die Futtermittel zur Verfütterung in ihrem eigenen Betrieb erzeugen, verarbeiten oder lagern.

Futtermittelunternehmer: Die natürlichen oder juristischen Personen, die dafür verantwortlich sind, dass die Anforderungen des Lebensmittelrechts in dem ihrer Kontrolle unterstehenden Futtermittelunternehmen erfüllt werden.

Grünland: Flächen, auf denen Gras erzeugt wird, wobei es sich um eingesätes oder natürliches Grünland handeln kann. Hierzu zählt auch Dauergrünland. Bezüglich der Regelungen in der Nitratrichtlinie zählen hierzu auch Wiesen und Weiden, die gemäß der 5-Jahres-Regelung noch kein Dauergrünland sind.

Hangparallel: überwiegend quer zur Haupthangrichtung; die beiden Vorgewende bleiben unberücksichtigt.

Hauptkultur: die Kultur, die in der Zeit vom 1. Juni bis zum 15. Juli des Jahres am längsten auf der Fläche steht.

Landwirtschaftliche Fläche: Der Begriff landwirtschaftliche Fläche umfasst Ackerland, Dauerkulturen und Dauergrünland, und das auch, wenn diese auf der betreffenden Fläche ein Agroforstsystem bilden. Ein **Agroforstsystem** auf Ackerland, in einer Dauerkultur oder auf Dauergrünland liegt vor, wenn auf der Fläche mit dem vorrangigen Ziel der Rohstoffgewinnung oder Nahrungsmittelproduktion Gehölzpflanzen von Arten, die nicht in Anlage 1 der GAPDZV aufgeführt sind, entsprechend eines positiv geprüften Nutzungskonzeptes angebaut werden in mindestens zwei Streifen, die höchstens 40 % der jeweiligen landwirtschaftlichen Fläche einnehmen, oder verstreut über die jeweilige landwirtschaftliche Fläche in einem Umfang von mindestens 50 und höchstens 200 solcher Gehölzpflanzen je Hektar.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche bezüglich der Regelungen zur Nitratrichtlinie: Im Rahmen der Düngeverordnung gehören zur landwirtschaftlich genutzten Fläche: pflanzenbaulich genutztes Ackerland, gartenbaulich genutzte Flächen, Grünland (inkl. Dauergrünland), Obstflächen, Flächen, die zur Erzeugung schnellwüchsiger Forstgehölze zur energetischen Nutzung dienen, weinbaulich genutzte Flächen, Hopfenflächen, Baumschulflächen; zur landwirtschaftlich genutzten Fläche gehören auch befristet aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommene Flächen, soweit diesen Flächen Düngemittel, Bodenhilfsstoffe, Kultursubstrate oder Pflanzenhilfsmittel zugeführt werden. Zur landwirtschaftlich genutzten Fläche gehören nicht in geschlossenen oder bodenunabhängigen Kulturverfahren genutzte Flächen. Gewächshäuser mit gesteuerter Wasserzufuhr und stationäre Folientunnel gehören auch zu bodenunabhängigen Kulturverfahren.

Bodenunabhängige Kulturverfahren sind Systeme, bei denen gewährleistet ist, dass es nicht zu einem Eintrag von Nährstoffen in tiefere Bodenschichten kommt (z. B. Topf auf Tisch/Rinnen, Topf auf undurchlässiger Folie, Containerstellflächen).

Mehrere Nutzungen im Jahr führen nicht zur Vergrößerung der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Betriebes.

Gartenbaulich genutzte Flächen sind auch Ackerland im Sinne der Regelungen zur Ausbringung auf geeigneten Flächen und zu den Sperrzeiten.

Landwirtschaftliche Tätigkeit: Der Begriff landwirtschaftliche Tätigkeit, die zur Bereitstellung privater und öffentlicher Güter beitragen kann, umfasst

1. die Erzeugung, einschließlich Tätigkeiten wie Anbau, auch mittels Paludikultur oder in einem Agroforstsystem, Ernten, Melken, Zucht oder Aufzucht von Tieren oder Haltung von Tieren für landwirtschaftliche Zwecke, von in Anhang I des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union aufgeführten landwirtschaftlichen Erzeugnissen, ausgenommen Fischereierzeugnisse,
2. den Betrieb von Niederwald mit Kurzumtrieb,
3. nach Maßgabe des § 3 Absätze 2 bis 6 der GAPDZV die Erhaltung einer landwirtschaftlichen Fläche, die während des gesamten Jahres nicht für eine landwirtschaftliche Tätigkeit im Sinne der

Nummer 1 oder 2 genutzt wird, in einem Zustand, der sie ohne über die Anwendung von in der Landwirtschaft üblichen Methoden und Maschinen hinausgehende Vorbereitungsmaßnahmen für die Beweidung oder den Anbau geeignet macht.

Lebensmittelunternehmen: Alle Unternehmen, gleichgültig, ob sie auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind oder nicht und ob sie öffentlich oder privat sind, die eine mit der Produktion, der Verarbeitung und dem Vertrieb von Lebensmitteln zusammenhängende Tätigkeit ausführen.

Lebensmittelunternehmer: Die natürlichen oder juristischen Personen, die dafür verantwortlich sind, dass die Anforderungen des Lebensmittelrechts in dem ihrer Kontrolle unterstehenden Lebensmittelunternehmen erfüllt werden.

Mehrfachjähriger Feldfutterbau: Die Aussaat der Kultur erfolgt vor dem 15. Mai und die Standzeit laut Mehrfachantrag beträgt mindestens zwei Jahre.

Mehrschnittiger Feldfutterbau: Die Kultur steht im Mehrfachantrag und wird mindestens zweimal geschnitten. Mehrjähriger Feldfutterbau zählt auch zum mehrschnittigen Feldfutterbau.

Natura 2000: Das Netz Natura 2000 umfasst besondere Gebiete, die im Rahmen der FFH- und Vogelschutzrichtlinie von den Mitgliedstaaten an die Europäische Union gemeldet wurden. Der Zweck dieser Gebiete ist der länderübergreifende Schutz gefährdeter wildlebender heimischer Pflanzen- und Tierarten und ihrer natürlichen Lebensräume. FFH- und Vogelschutzgebiete können sich räumlich überlagern.

Nutztiere: Landwirtschaftliche Nutztiere sowie andere warmblütige Wirbeltiere, die zur Erzeugung von Nahrungsmitteln, Wolle, Häuten oder Fellen oder zu anderen landwirtschaftlichen Zwecken gehalten werden. Pferde, die vornehmlich zu Sport- und Freizeitsportzwecken gehalten werden, werden im Zusammenhang mit den Regelungen zum Schutz der Nutztiere nicht als landwirtschaftliche Nutztiere betrachtet, auch wenn diese Pferde am Lebensende der Fleischgewinnung dienen.

Nur die Haltung von Pferden, die primär dem Zweck der Fleisch- oder Milchgewinnung dienen, unterliegt den Verpflichtungen zum Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere.

Obstbaum-Dauerkulturen: Folgende Nutzungscodes zählen zu Obstbau-Dauerkulturen:

- Streuobst (ohne Ackernutzung) NC 822,
- Kernobst z. B. Äpfel, Birnen NC 825,
- Steinobst, z. B. Kirschen, Pflaumen NC 826,
- Walnüsse NC 834,
- Sonstige Schalenfrüchte NC 835 wenn es sich um Mandeln, Maroni und Pekannüssen handelt und
- ggf. Sonstige Dauerkulturen NC 850 und stillgelegte Dauerkultur NC 593 wenn es sich im Obstbaumkulturen handelt.

Ortsfeste Anlagen: Als ortsfest oder ortsfest benutzt gelten Einheiten, wenn sie länger als ein halbes Jahr an einem Ort zu einem bestimmten betrieblichen Zweck betrieben werden; Anlagen können aus mehreren Anlagenteilen bestehen (§ 2 Abs. 9 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen). An Lagerflächen, auf denen Ballensilage (Rund- und Quaderballen) gelagert wird, werden keine Anforderungen gestellt, wenn auf der Lagerfläche keine Entnahme von Silage erfolgt. Alle übrigen Lagerungen in der Feldflur oder Behelfssilos inkl. Schlauchsilos werden gemäß § 2 Absatz 9 AwSV nach einem halben Jahr als ortsfeste Anlagen betrachtet.

Paludikultur: der Anbau von nässeverträglichen Kulturen bei erhöhten Grundwasserständen (Anbau-Paludikultur). Der Anbau von Paludikulturen dient dem Klimaschutz. Die nasse Nutzung von Grünland ist eine weitere Maßnahme zum Klimaschutz, die in diesem Zusammenhang jedoch nicht unter Paludikultur fällt.

Pflügen von Dauergrünland: Pflügen ist jede mechanische Bodenbearbeitung, die die Narbe zerstört. Nicht als Pflügen gilt eine flache Bodenbearbeitung von bestehendem Dauergrünland zur Narbenerneuerung in der bestehenden Narbe.

Pflügen auf Ackerland: Als Pflügen von Ackerland ist jede mechanische, wendende Bodenbearbeitung zu verstehen. Der Einsatz von Stoppelhobel, Schälplflug, Spatenmaschine/-fräse zählt insoweit zum Pflügen.

Rasenbildenden Kultur: Klee, Klee gras, Klee-/Luzernegras-Gemisch, Luzerne, Ackergras, Klee-Luzerne-Gemisch, Wechselgrünland, Esparsette, Seradella kleinkörnig, Grünlandeinsaat-Wiesen, Grünlandeinsaat-Mähweiden, Grünlandeinsaat-Weiden.

Reihenkulturen: Kulturen, die mit einem Reihenabstand von 45 cm oder mehr angebaut werden.

Zahlungen, die der Konditionalität unterliegen:

- Direktzahlungen:
 - Einkommensgrundstützung für Nachhaltigkeit
 - Ergänzende Umverteilungseinkommensstützung für Nachhaltigkeit
 - Ergänzende Einkommensstützung für Junglandwirtinnen und Junglandwirte
 - Regelungen für Klima, Umwelt und Tierwohl (Öko-Regelungen)
 - Gekoppelte Einkommensstützung für Mutterkühe, Mutterschafe und Mutterziegen
 - Rückerstattung Haushaltsdisziplin.
- Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes:
 - Zahlungen für Umwelt-, Klima- und andere Bewirtschaftungsverpflichtungen inkl. Zahlungen für den ökologischen/biologischen Landbau (KULAP, VNP)
 - Zahlungen für naturbedingte oder andere gebietspezifische Benachteiligungen (Ausgleichszulage benachteiligte Gebiete)
 - Zahlungen für gebietspezifische Benachteiligungen, die sich aus bestimmten verpflichtenden Anforderungen ergeben (im Rahmen von Natura 2000 und im Zusammenhang mit der Richtlinie 2000/60/EG (Wasserrahmenrichtlinie)).

2 RELEVANTE RECHTSVORSCHRIFTEN

Die nachfolgenden Rechtsvorschriften gelten in ihrer jeweils aktuellen Fassung:

GAP

- a) Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013
- b) Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013
- c) Delegierte Verordnung (EU) 2022/1172 der Kommission vom 4. Mai 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Verhängung und Berechnung von Verwaltungssanktionen im Bereich der Konditionalität

Erhaltung von Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand

- a) Gesetz zur Durchführung der im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik geltenden Konditionalität (GAP-Konditionalitäten-Gesetz – GAPKondG)
- b) Verordnung zur Durchführung der im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik geltenden Konditionalität – GAPKondV)
- c) Wasserhaushaltsgesetz (WHG)
- d) Bayerisches Wassergesetz (BayWG)
- e) Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)
- f) Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG)
- g) für einzelne Gebiete festgesetzte Schutzgebietsverordnungen

Vogelschutz und FFH

- a) Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Vogelschutzrichtlinie)
- b) Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie)
- c) Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)
- d) Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV)
- e) Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG)
- f) Bayerische Verordnung über die Natura 2000-Gebiete (Bayerische Natura 2000-Verordnung – Bay-Nat2000V)
- g) für einzelne Gebiete festgesetzte Schutzgebietsverordnungen
- h) Vertragliche Vereinbarung: Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen dem Land und dem Nutzungsberechtigten mit dem anstelle einer Schutzgebietsverordnung durch entsprechende Bestimmungen ein gleichwertiger Schutz in einem Natura 2000-Gebiet gewährleistet wird..

Nitrat

- a) Richtlinie 91/676/EWG zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen
- b) Düngegesetz (DüngG)
- c) Verordnung über die Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis beim Düngen (Düngeverordnung – DüV)
- d) Verordnung über besondere Anforderungen an die Düngung und Erleichterungen bei der Düngung (AVDüV)
- e) Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) (BGBl. I S. 905)
- f) Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG)

Pflanzenschutz

- a) Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG
- b) Gesetz zum Schutz der Kulturpflanzen (Pflanzenschutzgesetz – PflSchG)
- c) Grundsätze für die Durchführung der guten fachlichen Praxis im Pflanzenschutz
- d) Verordnung über Anwendungsverbote für Pflanzenschutzmittel (Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung – PflSchAnwV)
- e) Verordnung über die Anwendung bienengefährlicher Pflanzenschutzmittel (Bienenschutzverordnung – BienSchV)
- f) Verordnung über das Inverkehrbringen und die Aussaat von mit bestimmten Pflanzenschutzmitteln behandeltem Saatgut (Pflanzenschutz-Saatgutverordnung – PflSchSaatgAnwendV) vom 22. Juli 2016
- g) Verordnung über die Prüfung von Pflanzenschutzgeräten (Pflanzenschutz-Geräteverordnung)

Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit

- a) Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung einer Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit
- b) Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über Lebensmittelhygiene
- c) Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs
- d) Verordnung (EG) Nr. 183/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Futtermittelhygiene

- e) Verordnung (EG) Nr. 470/2009 und Verordnung (EG) Nr. 37/2010 (Tierarzneimittelrückstandshöchst-mengen)
- f) Verordnung (EG) Nr. 396/2005 (Pestizidrückstandshöchstgehalte)
- g) Futtermittelverordnung (FuMV)
- h) Verordnung (EU) Nr. 574/2011 der Kommission (unerwünschte Stoffe in der Tierernährung)
- i) Verordnung (EG) Nr. 767/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (Inverkehrbringen und Verwendung von Futtermitteln)
- j) Durchführungsverordnung (EU) Nr. 931/2011 der Kommission vom 19. September 2011 über die mit der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Rück-
verfolgbarkeitsanforderungen an Lebensmittel tierischen Ursprungs

Richtlinie über das Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe in der tierischen Erzeugung

- a) Richtlinie 96/22/EG des Rates über das Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe mit hormonaler bzw. thyreostatischer Wirkung und von β -Agonisten in der tierischen Erzeugung (Hormon-Verbots-richtlinie)

Tierschutz

- a) Richtlinie 2008/119/EG des Rates vom 18. Dezember 2008 über Mindestanforderungen für den Schutz von Kälbern
- b) Richtlinie 2008/120/EG des Rates vom 18. Dezember 2008 über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen
- c) Richtlinie 98/58/EG des Rates vom 20. Juli 1998 über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere
- d) Verordnung zum Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere und anderer zur Erzeugung tierischer Produk-
te gehaltener Tiere bei ihrer Haltung (Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung – TierSchNutztV)
- e) Tierschutzgesetz (TSchG)

VI ANLAGEN

1 BERECHNUNGSWERTE UND -HILFEN FÜR DIE DÜNGUNG

1.1 Jährliche Nährstoffausscheidungen verschiedener Tierarten in kg je mittlerem Jahresbestand in Abhängigkeit von Leistung und Fütterung (Stand November 2024)

Produktionsverfahren	Nährstoffausscheidung in kg (DüV) je mittlerem Jahresbestand	
	N	P ₂ O ₅
Rinder		
Kälber (Zucht/Mast) bis 6 Monate	21,81	7,40
Fresseraufzucht (80-210 kg), Standardfutter	19,56	6,73
Fresseraufzucht (80-210 kg), N-/P-reduziert	18,19	5,61
Männliche Rinder über 6 Monate bis 1 Jahr	37,50	14,50
Männliche Rinder über 1 Jahr bis zwei Jahre (Mast)	54,50	20,50
Männliche Rinder über 2 Jahre, Zuchtbullen	64,00	21,90
Ackerbetrieb¹⁾, Stallhaltung		
Weibliche Rinder über 6 Monate bis 1 Jahr	37,00	11,50
Weibliche Rinder über 1 Jahr bis 2 Jahre	56,00	18,80
Andere weibliche Rinder über 2 Jahre	64,00	21,90
Milchkuh (6000 kg Milch)	100,00	36,00
Milchkuh (8000 kg Milch)	115,00	42,00
Milchkuh (10000 kg Milch)	133,00	46,97
Milchkuh (12000 kg Milch)	152,00	52,00
Grünlandbetrieb¹⁾, konventionell		
Weibliche Rinder über 6 Monate bis 1 Jahr	46,20	13,50
Weibliche Rinder über 1 Jahr bis 2 Jahre	70,70	20,20
Andere weibliche Rinder über 2 Jahre	82,50	22,30
Milchkuh (6000 kg Milch)	109,00	37,00
Milchkuh (8000 kg Milch)	124,00	43,00
Milchkuh (10000 kg Milch)	141,00	48,00
Mutterkuh 700 kg, mit Nachzucht bis 6 Mon., 230 kg Absetzgewicht	105,00	31,00
Schweine		
Zucht		
Zuchtsauen (ab Belegen) mit 25 Ferkel bis 8 kg, Standard	27,30	12,60
Zuchtsauen (ab Belegen) mit 25 Ferkel bis 8 kg, N-/P-red.	24,10	11,20
Zuchtsauen (ab Belegen) mit 25 Ferkel bis 8 kg, stark N-/P-red.	23,10	10,30
Zuchtsauen (ab Belegen) mit 28 Ferkel bis 8 kg, Standard	27,50	12,80
Zuchtsauen (ab Belegen) mit 28 Ferkel bis 8 kg, N-/P-red.	24,20	11,20
Zuchtsauen (ab Belegen) mit 28 Ferkel bis 8 kg, stark N-/P-red.	23,20	10,30
Zuchtsauen (ab Belegen) mit 25 Ferkel bis 28 kg, Standard	41,10	17,90
Zuchtsauen (ab Belegen) mit 25 Ferkel bis 28 kg, N-/P-red.	36,80	16,00
Zuchtsauen (ab Belegen) mit 25 Ferkel bis 28 kg, stark N-/P-red.	35,00	14,70
Zuchtsauen (ab Belegen) mit 28 Ferkel bis 28 kg, Standard	42,90	18,60
Zuchtsauen (ab Belegen) mit 28 Ferkel bis 28 kg, N-/P-red.	38,40	16,70
Zuchtsauen (ab Belegen) mit 28 Ferkel bis 28 kg, stark N-/P-red.	36,60	15,10
Ferkel von 8 bis 28 kg, 450 g TZ, Standard	4,46	1,64
Ferkel von 8 bis 28 kg, 450 g TZ, N-/P-red.	4,19	1,61
Ferkel von 8 bis 28 kg, 450 g TZ, stark N-/P-red.	3,94	1,46
Jungsauenaufzucht, 28-95 kg, Standard	12,05	6,11
Jungsauenaufzucht, 28-95 kg, N-/P-red.	9,81	5,13
Jungsauenaufzucht, 95-135 kg, Standard	16,39	9,10

Produktionsverfahren	Nährstoffausscheidung in kg (DüV) je mittlerem Jahresbestand	
	N	P ₂ O ₅
Jungsauenaufzucht, 95-135 kg, N-/P-red.	14,15	7,99
Mastschweine (750 g TZ), Standard	14,06	5,96
Mastschweine (750 g TZ), N-/P-red.	13,44	5,06
Mastschweine (750 g TZ), stark N-/P-red.	12,08	4,81
Mastschweine (850 g TZ), Standard	15,41	6,28
Mastschweine (850 g TZ), N-/P-red.	14,78	5,56
Mastschweine (850 g TZ), stark N-/P-red.	13,39	4,95
Zuchteber	22,10	9,62
Geflügel		
Legehennen, Braun-/Weißleger über 17 Wochen, Boden-/Volierenhaltung, 23,3 kg Eimasse, Standard	0,77	0,40
Legehennen Braun-/Weißleger über 17 Wochen, Boden-/Volierenhaltung, 23,3 kg Eimasse, N-/P-red.	0,74	0,35
Legehennen Braun-/Weißleger über 17 Wochen, Boden-/Volierenhaltung, 22,8 kg Eimasse, Freilandhaltung -ökologisch	0,92	0,50
Junghennen Braun-/Weißleger bis 17 Wochen, 3,31 kg Zuw., Standard	0,35	0,21
Junghennen Braun-/Weißleger bis 17 Wochen, 3,31 kg Zuw., N-/P-red.	0,33	0,18
Junghennen Braun-/Weißleger bis 17 Wochen, 3,31 kg Zuw., ökologisch	0,45	0,24
Masthühner 34 Masttage, 2,06 kg Zuw., Standard	0,41	0,21
Masthühnern 34 Masttage, 2,06 kg Zuw., N-/P-red.	0,39	0,19
Masthühnern 42 Masttage, 2,76 kg Zuw. Standard	0,50	0,24
Masthühnern 42 Masttage, 2,76 kg Zuw. N-/P-red.	0,47	0,22
Putenhähne bis 21 Wochen Mast, 22,1 kg Zuw., Standard	2,42	1,37
Putenhähne bis 21 Wochen Mast, 22,1 kg Zuw., N-/P-red.	2,25	1,06
Putenhennen 16 Wochen Mast, 10,9 kg Zuw., Standard	1,72	0,94
Putenhennen 16 Wochen Mast, 10,9 kg Zuw., N-/P-red.	1,62	0,66
Gänse Spätmast/Weidemast	1,87	0,58
Pekingenten, 3,0 kg Zuw., 6,5 Durchgänge	0,71	0,40
Flugenten (w:m=1:1), 4 Durchgänge	0,63	0,40
Sonstige		
Lämmer, Schafe bis ein Jahr, konventionell, Zwergschafe, Zwergziegen	6,78	2,18
Mutterschafe (ohne Lamm), andere Schafe, konventionell	14,17	4,29
Mutterziegen (1,5 Lämmer), 800 kg Milch; andere Ziegen	15,20	5,73
Ponys, Esel, 200 kg LM, Stall-/Weidehaltung	21,12	9,05
Pferde 550kg LM, Stall-/Weidehaltung	67,24	27,61
Großpferd-Aufzuchtperde, Stall-/Weidehaltung	57,17	22,00
Kaninchen mit Nachzucht bis 3 kg (Häsin + 52 Jungtiere je Jahr)	9,70	5,40
Damwild mit Nachzucht (inkl. Jährling und Kalb)	21,60	6,19
Damwild Alttier (männlich/weiblich)	15,83	4,50
Rotwild mit Nachzucht (inkl. Jährling und Kalb)	31,00	9,90
Rotwild Alttier (männlich/weiblich)	22,70	7,20
Lama 135 kg, mit Nachzucht	22,70	7,20
Alpaka 65 kg, mit Nachzucht	11,35	3,60

Weitere Tiergruppen sind unter www.lfl.bayern.de/basisdaten abrufbar.

¹⁾ Ein Dauergrünlandanteil von über 85 % der LF wird als Grünlandbetrieb, ein Dauergrünlandanteil unter 65 % wird als Ackerbetrieb bewertet. Die Nährstoffausscheidungen von Betrieben mit einem Dauergrünlandanteil zwischen 65 und 85 % Dauergrünlandanteil werden linear berechnet.

²⁾ Die Nährstoffausscheidung und Grundfutteraufnahme wurde bei allen Tierarten pro Jahr berechnet. Bei Tieren, die nur einen Teil eines Jahres gehalten werden, berechnet sich der mittlere Jahresbestand nach folgender Formel:

Mittlerer Jahresbestand =: Stück Anzahl x Haltungsdauer in Tagen/365.

Beispiel: ((250 Mastschw. x 129 Tage) + (250 Mastschw. x 130 Tage) + (270 Mastschw. x 79 Tage)) / 365 Tage = 236 Mastschweine im Jahresdurchschnitt

1.2 Gülle- und Jaucheanfall verschiedener Tierarten in m³ je mittlerem Jahresbestand in Abhängigkeit von Leistung und Fütterung (Stand: November 2024)

Produktionsverfahren	in m ³ je mittl. Jahresbestand nach DüV ¹	
	Gülleanfall	Jaucheanfall
Rinder		
Kälber (Zucht/Mast) bis 6 Monate	4,08	1,28
Fresseraufzucht (80-210 kg),	4,00	0,62
Männliche Rinder über 6 Monate bis 1 Jahr	7,10	2,70
Männliche Rinder über 1 Jahr bis zwei Jahre (Mast)	9,90	3,90
Männliche Rinder über 2 Jahre, Zuchtbullen	13,10	3,40
Ackerbetrieb¹⁾ Stallhaltung		
Weibliche Rinder über 6 Monate bis 1 Jahr	7,60	2,00
Weibliche Rinder über 1 Jahr bis 2 Jahre	11,50	3,00
Andere weibliche Rinder über 2 Jahre	13,10	3,40
Milchkuh (6000 kg Milch)	19,00	6,00
Milchkuh (8000 kg Milch)	20,00	6,40
Milchkuh (10000 kg Milch)	21,00	6,80
Milchkuh (12000 kg Milch)	22,00	7,20
Grünlandbetrieb¹⁾ konventionell		
Weibliche Rinder über 6 Monate bis 1 Jahr	7,60	2,00
Weibliche Rinder über 1 Jahr bis 2 Jahre	11,50	3,00
Andere weibliche Rinder über 2 Jahre	13,10	3,40
Milchkuh (6000 kg Milch)	19,00	6,00
Milchkuh (8000 kg Milch)	20,00	6,40
Milchkuh (10000 kg Milch)	21,00	6,80
Mutterkuh 700 kg, mit Nachzucht bis 6 Mon., 230 kg Absetzgewicht	20,00	6,00
Schweine		
Zucht		
Zuchtsauen (ab Belegen) mit 25 Ferkel bis 8 kg	4,20	1,30
Zuchtsauen (ab Belegen) mit 28 Ferkel bis 8 kg	4,40	1,40
Zuchtsauen (ab Belegen) mit 25 Ferkel bis 28 kg	6,50	2,40
Zuchtsauen (ab Belegen) mit 28 Ferkel bis 28 kg	7,00	2,60
Aufzucht		
Ferkel von 8 bis 28 kg, 450 g TZ	0,70	0,35
Ferkel von 8 bis 28 kg, 450 g TZ, N-/P-red.	0,70	0,35
Jungsauenaufzucht, 28-95 kg	1,64	0,61
Mast		
Mastschweine (750 g TZ)	1,85	0,74
Mastschweine (850 g TZ)	1,89	0,76
Zuchteber	3,60	1,50

1.3 Nährstoffgehalte verschiedener Mineraldünger (Stand November 2024)

Mineraldünger	Nährstoffgehalt (kg/dt) ¹					Kalkwirkung je 100 kg Dünger ²
	N _{gesamt}	NH ₄ -N	P ₂ O ₅	K ₂ O	MgO	
AHL 20/8	20 (25)**	6,5 (8)**				-34
AHL 28	28 (36)**	7 (9)**				-28
Ammoniumsulfat-Harnstoff	33	10				-54
Ammoniumsulfatlösung (ASL)	8 (10)**	8 (10)**				-24
Ammonsulfatsalpeter (ASS)	26	19				-49
Carbokalk	0,3 (0,1)		1,4 (1,3)	0,1	1,7 (1)	27 (28)
NP 18+46	18	18	46			-34
Harnstoff 46 N	46					-46
K 60				60		0
Kalkammonsalpeter	27	13,5				-15
KAS + S	24	12				-21
Kalkstickstoff	19,8				1,5	30
NP19+17	19	12,5	17,4		4	-31
NP 20+20	20	11,5	20			-18
NPK 12+12+17	12	7	12	17	2	-13
NPK 12+12+17 S/Cl	12	7	12	17	2	-13
NPK 14+10+20	14	8,5	10	20		-14
NPK 15+13+13	15	10,2	13	13		-12
NPK 15+15+15+S	15	9	15	15		-14
NPK 15+5+18+S chloridarm	15	9	5	18	2,5	-18
NPK 20+8+8	20	11,4	8	8	3	-18
NPK 20+10+8+S	20	12,2	10	8		-28
NPK 20+10+10	20	11,2	10	10		-21
NPK 23+5+5	23	13	5	5		-23
NPK 23+8+5	23	13	8	5	2	-30
NPK 24+8+8	24	11	8	8		-18
NPK 7+9+17	7	7	9	17	2	-7
ÖKOPHOS PLUS			5		7	31
P 26			26			10
Patentkali / Kalimagnesia				30	10	0
PKPluS 8+21 (+ 5 MgO + 9 S)			8	21	5	0
PKPluS 13+24 (+ 2 MgO + 7 S)			13	24	2	0
PKPluS 16+12 (+ 2 MgO + 9 S)			16	12	2	0
PKPluS 16+16 (+ 2 MgO + 8 S)			16	16	2	0
Schwarzkalk	0,8-0,9					37
Stickstoffmagnesia	22	11			7	-4
Triple-Superphosphat			47			-3
Weicherdiges Rohphosphat			26			31

¹ Zahlen in Klammern mit **: Nährstoffgehalt je 100 Liter

² Kalkverlust bzw. -gewinn in kg CaO je 100 kg Dünger

1.4 Nährstoffgehalte organischer Dünger zum Zeitpunkt der Ausbringung nach Berücksichtigung der Stall- und Lagerverluste¹ (Stand November 2024)

Wirtschaftsdünger	Einheit	Nährstoffgehalt (kg/t bzw. m ³)				
		N _{gesamt}	NH ₄ -N	P ₂ O ₅	K ₂ O	MgO
Rind						
Milchviehgülle (Grünland, 6 % TM)	m3	3,3	1,65	1,4	4,2	1,1
Milchviehgülle (Grünland, 7,5 % TM)	m3	4,1	2,05	1,7	5,3	1,3
Milchviehgülle (Acker, 6 % TM)	m3	3,1	1,55	1,4	3,7	0,9
Milchviehgülle (Acker, 7,5 % TM)	m3	3,9	1,95	1,7	4,7	1,2
Mastbullengülle (7,5 % TM)	m3	4,1	2,05	1,9	4,0	1,0
Rindermist, geringe Einstreu (18,5 % TM)	t	3,7	0,37	2,5	5,9	1,9
Rindermist, hohe Einstreu (23 % TM)	t	4,1	0,41	2,1	8,1	1,7
Rinderjauche (1,8 % TM)	m3	3,2	2,88	0,2	7,9	0,2
Schwein						
Mastschweinegülle (5 % TM), Standardfutter	m3	5,7	3,42	3,0	3,5	1,3
Mastschweinegülle (5 % TM), N-/P-red. Fütterung	m3	5,5	3,30	2,6	3,4	1,2
Mastschweinegülle (5 % TM), stark N-/P-red. Fütterung	m3	5,0	3,00	2,4	3,3	1,2
Zuchtsauengülle (5 % TM), Standardfutter	m3	4,6	2,76	2,5	2,9	1,0
Zuchtsauengülle (5 % TM), N-/P-red. Fütterung	m3	4,1	2,46	2,2	2,7	1,0
Zuchtsauengülle (5 % TM), stark N-/P-red. Fütterung	m3	3,9	2,34	2,1	2,7	1,0
Schweinemist (21 % TM), geringe Einstreu	t	6,0	0,60	4,3	6,2	2,0
Schweinemist (25 % TM), hohe Einstreu	t	5,2	0,52	2,9	7,0	1,5
Schweinejauche (1,8 % TM)	m3	3,3	2,97	0,2	3,1	0,2
Geflügel						
Hühnermist (50 % TM)	t	20,3	9,14	16,0	18,0	6,9
Hühnerkot (50 % TM)	t	22,1	9,95	17,5	18,9	7,5
Putenmist (50 % TM)	t	20,6	9,27	19,0	13,6	5,0
Masthähnchenmist (60 % TM)	t	19,7	8,87	15,7	19,7	7,5
Pekingenten- und Gänsemist (30 % TM)	t	6,5	2,93	6,0	6,2	2,3
Flugentenmist (30 % TM)	t	7,8	3,51	8,1	6,9	2,5
sonstige tierische Herkunft						
Pferdemist (30 % TM)	t	3,6	0,36	2,7	9,3	1,9
Schaf-, Lama-, Alpaka- und Ziegenmist (30 % TM)	t	5,9	0,59	3,1	11,3	2,6
Kaninchenmist (30 % TM)	t	5,6	0,56	5,7	9,2	2,1
sonstige pflanzliche Herkunft						
Gerstenstroh (86 % TM)	t	5,0	0,00	3,0	17,0	1,0
Haferstroh (86 % TM)	t	5,0	0,00	3,0	17,0	2,0
Roggenstroh (86 % TM)	t	5,0	0,00	3,0	20,0	2,0
Weizenstroh (86 % TM)	t	5,0	0,00	3,0	14,0	2,0
Körnermaisstroh (86 % TM)	t	9,0	0,00	2,0	20,0	4,0
Streuwiese (86 % TM)	t	11,0	0,00	4,0	15,6	2,8
Traubentrester (40 % TM)	t	7,4	0,20	2,3	8,0	0,0
Rebenhäcksel (Hopfen) (27 % TM)	t	6,0	0,00	1,3	5,9	2,1
Heil- und Gewürzpflanzenstiele, frisch (15 % TM)	t	2,3	0,00	1,3	9,2	0,6

¹ Gegenüber der N-Ausscheidung wurden bei den organischen Düngern tierischer Herkunft gasförmige Verluste in Stall und Lager berücksichtigt:

Tierart	Gülle	Festmist/Jauche
Rinder	15 %	30 %
Schweine	20 %	30 %
Geflügel	40 %	40 %
Andere (Pferde, Schafe, ...)	45 %	45 %

1.5 Jährlicher betrieblicher Nährstoffeinsatz (zu § 10 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 2 DüV)

Jährlicher betrieblicher Nährstoffeinsatz für Stickstoff (N) und Phosphat (P₂O₅) für das Düngjahr

1. Erfassung der Daten für den betrieblichen Nährstoffeinsatz

- Eindeutige Bezeichnung des Betriebes:
- Größe des Betriebes in ha landwirtschaftlich genutzter Fläche:
- Datum der Erstellung:
- Gesamtbetrieblicher Düngbedarf:
 - Stickstoff (in kg N):
 - Phosphat (in kg P₂O₅):

2. Erfassung der im Betrieb aufgebrauchten Nährstoffe

	Stickstoff	kg N	Phosphat	kg P ₂ O ₅
1.	Mineralische Düngemittel		Mineralische Düngemittel	
2.	Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft		Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft	
3.	davon verfügbarer Stickstoff			
4.	Weidehaltung		Weidehaltung	
5.	Sonstige organische Düngemittel		Sonstige organische Düngemittel	
6.	davon verfügbarer Stickstoff			
7.	Bodenhilfsstoffe		Bodenhilfsstoffe	
8.	Kultursubstrate		Kultursubstrate	
9.	Pflanzenhilfsmittel		Pflanzenhilfsmittel	
10.	Abfälle zur Beseitigung (§ 28 Absatz 2 oder 3 KrWG)		Abfälle zur Beseitigung (§ 28 Absatz 2 oder 3 KrWG)	
11.	Stickstoffbindung durch Leguminosen			
12.	Sonstige		Sonstige	
13.	Summe Gesamtstickstoff		Summe Phosphat	
14.	Summe Gesamtstickstoff in kg N pro ha landwirtschaftlich genutzter Fläche nach § 6 Absatz 4			
15.	Summe verfügbarer Stickstoff			

2 MUSTER-FORMBLATT FÜR VORGESCHRIEBENE AUFZEICHNUNGEN ÜBER ANGEWANDTE PFLANZENSCHUTZMITTEL MIT BEISPIEL

- [Musterformular zur Aufzeichnungspflicht für Pflanzenschutzmittel \(excel-Formular\) 290 KB](#)
- [Beispiel zur Dokumentation des Pflanzenschutzmitteleinsatzes \(excel-Formular\) 290 KB](#)
- [Erläuterungen zur elektronischen Aufzeichnungspflicht von Pflanzenschutzmitteln 178 KB](#)

3 EINGRIFFE BEI TIEREN

3.1 Betäubung

Eine Betäubung ist bei Eingriffen an Tieren nicht erforderlich,

- wenn bei vergleichbaren Eingriffen am Menschen eine Betäubung in der Regel unterbleibt oder der mit dem Eingriff verbundene Schmerz geringfügiger ist als die mit einer Betäubung verbundene Beeinträchtigung des Befindens des Tieres,
- wenn die Betäubung im Einzelfall nach tierärztlichem Urteil nicht durchführbar erscheint,
- für das Kastrieren von unter vier Wochen alten männlichen Rindern, Schafen und Ziegen, sofern kein von der normalen anatomischen Beschaffenheit abweichender Befund vorliegt,
- für das Kastrieren von unter acht Tage alten männlichen Schweinen, sofern kein von der normalen anatomischen Beschaffenheit abweichender Befund vorliegt (nach nationalem Recht ist eine Betäubung zwingend erforderlich, dies ist bei der Konditionalität aber nicht relevant),
- für das Enthornen oder das Verhindern des Hornwachstums bei unter sechs Wochen alten Rindern,
- für das Kürzen des Schwanzes von unter vier Tage alten Ferkeln sowie von unter acht Tage alten Lämmern,
- für das Kürzen des Schwanzes von unter acht Tage alten Lämmern mittels elastischer Ringe,
- für das Abschleifen der Eckzähne von unter acht Tage alten Ferkeln, sofern dies zum Schutz des Muttertieres oder der Wurfgeschwister unerlässlich ist,
- für das Absetzen des Krallen tragenden letzten Zehengliedes bei Masthahnenküken, die als Zucht-hähne Verwendung finden sollen, während des ersten Lebensstages,
- für die Kennzeichnung von Schweinen, Schafen, Ziegen und Kaninchen durch Ohrtätowierung, für die Kennzeichnung anderer Säugetiere innerhalb der ersten zwei Lebenswochen durch Ohr- und Schenkeltätowierung sowie die Kennzeichnung landwirtschaftlicher Nutztiere einschließlich der Pferde durch Ohrmarke, Flügelmarke, injektierten Transponder, ausgenommen bei Geflügel, durch Schlagstempel beim Schwein.

3.2 Amputationsverbot

Das vollständige oder teilweise Amputieren von Körperteilen oder das vollständige oder teilweise Entnehmen oder Zerstören von Organen oder Geweben eines Wirbeltieres ist verboten.

Das Verbot gilt nicht,

- (1) wenn der Eingriff im Einzelfall nach tierärztlicher Indikation geboten ist und durch einen Tierarzt vorgenommen wird.
- (2) für
 - das Kastrieren von unter vier Wochen alten männlichen Rindern, Schafen und Ziegen und von unter acht Tage alten männlichen Schweinen sowie
 - die Kennzeichnung von Schweinen, Schafen, Ziegen und Kaninchen durch Ohrtätowierung,
 - die Kennzeichnung anderer Säugetiere innerhalb der ersten zwei Lebenswochen durch Ohr- und Schenkeltätowierung sowie
 - die Kennzeichnung landwirtschaftlicher Nutztiere einschließlich der Pferde durch Ohrmarke, Flügelmarke, injektierten Mikrochip, ausgenommen bei Geflügel, durch Schlagstempel beim Schwein und durch Schenkelbrand beim Pferd.

Diese Eingriffe müssen durch eine Person vorgenommen werden, die die dazu notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten hat

(3) für

- das Enthornen oder das Verhindern des Hornwachstums bei unter sechs Wochen alten Rindern,
- das Kürzen des Schwanzes von unter vier Tage alten Ferkeln sowie von unter acht Tage alten Lämmern,
- für das Kürzen des Schwanzes von unter acht Tage alten Lämmern mittels elastischer Ringe,
- für das Abschleifen der Eckzähne von unter acht Tage alten Ferkeln, sofern dies zum Schutz des Muttertieres oder der Wurfgeschwister unerlässlich ist und
- für das Absetzen des Krallen tragenden letzten Zehengliedes bei Masthahnenküken, die als Zuchthähne Verwendung finden sollen, während des ersten Lebensstages.

Das Abkneifen der Eckzähne von unter acht Tage alten Ferkeln ist in Deutschland verboten. Es wird zusätzlich als Verstoß im Rahmen der Konditionalität geahndet, wenn durch das Abkneifen bei einem oder mehreren Ferkeln ein Splittern der Zähne aufgetreten ist.

Die Ausnahmen nach Nr. 3 gelten nur dann, wenn der Eingriff im Einzelfall für die vorgesehene Nutzung des Tieres zu dessen Schutz oder zum Schutz anderer Tiere unerlässlich ist. Der zuständigen Behörde ist auf Verlangen jeweils glaubhaft darzulegen, dass der Eingriff für die vorgesehene Nutzung unerlässlich ist. Diese Eingriffe müssen durch eine Person vorgenommen werden, die die dazu notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten hat.

Es ist verboten, beim Amputieren oder Kastrieren elastische Ringe zu verwenden. Ausgenommen von diesem Verbot ist das Kürzen des Schwanzes von unter acht Tage alten Lämmern.

Die zuständige Behörde kann auf Antrag

- a) das Kürzen der Schnabelspitzen von Legehennen bei unter zehn Tage alten Küken,
- b) das Kürzen der Schnabelspitzen bei Nutzgeflügel, das nicht unter Buchstabe a) fällt,
- c) das Kürzen des bindegewebigen Endstückes des Schwanzes von unter drei Monate alten männlichen Kälbern mittels elastischer Ringe

erlauben, wenn von der Betriebsinhaberin bzw. vom Betriebsinhaber glaubhaft dargelegt wird, dass der Eingriff im Hinblick auf die vorgesehene Nutzung zum Schutz der Tiere unerlässlich ist. Die Erlaubnis ist befristet und enthält im Falle von Buchstabe a) Bestimmungen über Art, Umfang und Zeitpunkt des Eingriffs und die durchführende Person.

4 GRUNDANFORDERUNGEN AN DIE BETRIEBSFÜHRUNG

A. Bereich Klima und Umwelt		
GAB 1	Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1)	Artikel 11 Absatz 3 Buchstabe e und, hinsichtlich verpflichtender Anforderungen zur Kontrolle diffuser Quellen der Verschmutzung durch Phosphate, Buchstabe h
GAB 2	Richtlinie 91/676/EWG des Rates vom 12. Dezember 1991 zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen (ABl. L 375 vom 31.12.1991, S. 1)	Artikel 4 und 5
GAB 3	Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (aufgehoben und ersetzt durch Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten)	Artikel 3 Abs. 1 u. Abs. 2 Buchst. b, Artikel 4 Abs. 1, 2, und 4
GAB 4	Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen	Artikel 6 Abs.1 und 2
B. Bereich Öffentliche Gesundheit und Pflanzengesundheit		
GAB 5	VO (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit	Artikel 14, 15, Artikel 17 Absatz 1 ¹⁾ , Artikel 18, 19 und 20
GAB 6	Richtlinie 96/22/EG des Rates vom 29. April 1996 über das Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe mit hormonaler bzw. thyreostatischer Wirkung und von β -Agonisten in der tierischen Erzeugung und zur Aufhebung der Richtlinien 81/602/EWG, 88/146/EWG und 88/299/EWG	Artikel 3 Buchst. a, b, d und e
GAB 7	VO (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG	Artikel 55 Satz 1 und 2
GAB 8	Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 71)	Artikel 5 Absatz 2 und Artikel 8 Absätze 1 bis 5 Artikel 12 hinsichtlich Beschränkungen bei der Verwendung von Pestiziden in Schutzgebieten im Sinne der Richtlinie 2000/60/EG und der Natura-2000-Rechtsvorschriften Artikel 13 Absätze 1 und 3 über die Handhabung und Lagerung von Pestiziden und Entsorgung von Restmengen
C. Bereich Tierschutz		
GAB 9	Richtlinie 91/629/EWG des Rates vom 19. November 1991 über Mindestanforderungen für den Schutz von Kälbern (aufgehoben und ersetzt durch Richtlinie 2008/119/EG des Rates vom 18. Dezember 2008 über Mindestanforderungen für den Schutz von Kälbern)	Artikel 3 und 4
GAB 10	Richtlinie 91/630/EWG des Rates vom 19. November 1991 über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen (aufgehoben und ersetzt durch Richtlinie 2008/120/EG des Rates vom 18. Dezember 2008 über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen)	Artikel 3 und 4
GAB 11	Richtlinie 98/58/EG des Rates vom 20. Juli 1998 über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere	Artikel 4

¹⁾ Insbesondere umgesetzt durch:

Verordnung (EG) Nr. 852/2004: Artikel 4 Absatz 1 und Anhang I Teil A (Abschnitt II Nummer 4 (Buchstaben g, h, j), Nummer 5 (Buchstaben f, h), Nummer 6; Abschnitt III Nummer 8 (Buchstaben a, b, d, e), Nummer 9 (Buchstaben a, c));

Verordnung (EG) Nr. 853/2004: Artikel 3 Absatz 1 und Anhang III Abschnitt IX Kapitel 1 (Abschnitt I Nummer 1 Buchstaben b, c, d, e; Abschnitt I Nummer 2 Buchstabe a (Ziffern i, ii, iii), Buchstabe b (Ziffern i, ii), Buchstabe c; Abschnitt I Nummern 3, 4, 5; Abschnitt II Teil A Nummern 1, 2, 3, 4; Abschnitt II Teil B Nummern 1 (Buchstaben a, d), 2, 4 (Buchstaben a, b)), Anhang III Abschnitt X Kapitel 1 Nummer 1;

Verordnung (EG) Nr. 183/2005: Artikel 5 Absatz 1 und Anhang I Teil A (Abschnitt I Nummer 4 Buchstaben e, g; Abschnitt II Nummer 2 Buchstaben a, b, e), Artikel 5 Absatz 5 und Anhang III (Nummern 1, 2), Artikel 5 Absatz 6;

Art. 14 der Verordnung (EG) Nr. 470/2009 und dem Anhang der Verordnung (EG) Nr. 37/2010;

Verordnung (EG) Nr. 396/2005: Artikel 18

5 MERKBLATT ÜBER DIE RECHTE UND PFLICHTEN DER LANDWIRTINNEN UND LANDWIRTE UND KONTROLLEURE BEI VOR-ORT-KONTROLLEN

Das EU-Recht regelt, dass bei Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhabern, die einen Antrag auf für die Konditionalität relevante Zahlungen stellen (Antragsteller), die Einhaltung der Fördervoraussetzungen und der Vorschriften der Konditionalität vor Ort kontrolliert werden muss.

Diese systematischen Kontrollen führen in Bayern die Abteilungen Prüfdienst der Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten durch.

Bei der Durchführung dieser Kontrollen bestehen sowohl für die Betriebsinhaberin bzw. den Betriebsinhaber als auch für die Kontrolleure bestimmte Rechte und Pflichten.

1 Muss die Kontrolle angekündigt werden?

Kontrollen können angekündigt werden, wenn dadurch der Kontrollzweck nicht gefährdet wird. Die Ankündigungsfrist ist auf das strikte Minimum zu begrenzen. Die Ankündigung ist zu dokumentieren.

Im Bereich Flächenkontrollen und Umweltkontrollen dürfen 14 Tage nicht überschritten werden.

Im Bereich Tierschutz, Lebens- und Futtermittelsicherheit sowie Pflanzenschutz sind amtliche Kontrollen nach den Vorschriften des EU-Rechts ohne Ankündigung durchzuführen. Von diesem Grundsatz darf nur in hinreichend begründeten Ausnahmefällen abgewichen werden, wenn der Prüfzweck oder die Wirksamkeit der Konditionalitäts-Kontrolle durch die Vorankündigung nicht gefährdet wird.

Anlasskontrollen werden grundsätzlich unangekündigt durchgeführt.

2 Muss die Kontrolle zugelassen werden?

Die Kontrolle muss zugelassen werden. Verhindert die Betriebsinhaberin bzw. der Betriebsinhaber oder sein Vertreter, die Arbeitnehmer oder sonstige im Betrieb mitarbeitende Personen die Durchführung einer Vor-Ort-Kontrolle, sind die betreffenden Beihilfeanträge abzulehnen. Unabhängig vom vollständigen Verlust der Beihilfen können Fachrechtskontrollen, die ohne sachlichen Grund verhindert werden, verwaltungsrechtlich durchgesetzt werden.

3 Gibt es Kontrollen, die ohne Anwesenheit der Betriebsinhaberin bzw. des Betriebsinhabers stattfinden?

Die Betriebsinhaberin bzw. der Betriebsinhaber ist grundsätzlich berechtigt, bei allen Kontrollen anwesend zu sein; er hat dabei die Pflicht, Auskünfte zu erteilen und die erforderliche Unterstützung zu gewähren. Die persönliche Verhinderung ist kein Grund, eine Kontrolle zu verweigern. Soweit die Betriebsinhaberin bzw. der Betriebsinhaber oder ein geeigneter Vertreter bei der Kontrolle aus wichtigen Gründen (z. B. dringender Arzttermin, kostenintensive Maschinenmiete) nicht mitwirken können, kann der Kontrolleur mit denjenigen Teilen der Kontrolle beginnen, die auch ohne Anwesenheit der genannten Personen durchgeführt werden können (z. B. Flächenkontrollen). Hinsichtlich der Teile der Kontrolle, die die Anwesenheit der Betriebsinhaberin bzw. des Betriebsinhabers oder seines Vertreters erfordern (z. B. Kontrolle von geschäftlichen Unterlagen), kann im Einvernehmen mit den Kontrolleuren bei nachgewiesenen Gründen (z. B. Bestätigung des Arztes, Bestätigung des Arbeitgebers bei Nebenerwerbslandwirten) eine Verlegung in Betracht kommen. Kontrollen in betrieblichen Gebäuden werden grundsätzlich nicht ohne Kenntnis der Betriebsinhaberin bzw. des Betriebsinhabers oder seines Vertreters durchgeführt.

Fernerkundungen und Verwaltungskontrollen werden ohne Information der Betriebsinhaberin bzw. des Betriebsinhabers durchgeführt.

4 Müssen sich die Kontrolleure ausweisen?

Die Kontrolleure sollen sich unaufgefordert mit einem Dienstausweis ausweisen und eine Visitenkarte übergeben. Auf Verlangen müssen sich die Kontrolleure ausweisen.

5 Wie läuft die Vor-Ort-Kontrolle ab?

Bei Antritt des Kontrollbesuchs wird die Betriebsinhaberin bzw. der Betriebsinhaber über die Art und den Umfang der Kontrolle unterrichtet. Der Kontrolleur informiert über den vorgesehenen Ablauf und spricht diesen soweit notwendig mit der Betriebsinhaberin bzw. dem Betriebsinhaber ab.

Die Kontrollen erstrecken sich auf alle Flächen (auch Hof- und Freiflächen), Gebäude (Stallungen, Lagerstätten, ggf. auch Wohnräume) und sonstigen Einrichtungen (z. B. Eigenverbrauchstankstelle) des betreffenden Betriebs.

Die bei der kontrollierten Betriebsinhaberin bzw. Betriebsinhaber verbleibenden Dokumente sollen vom Kontrolleur mit Datumsangabe abgezeichnet werden. Gegebenenfalls sind Kopien dieser Dokumente anzufertigen und mit zum Kontrollakt zu nehmen. Nach Abschluss der Kontrolle erfolgt eine mündliche Information über das vorläufige Ergebnis.

6 Wo muss den Kontrolleuren Zutritt gewährt werden?

Den Kontrolleuren muss während der Geschäfts- und Betriebszeiten das Betreten der Geschäfts-, Betriebs- und Lagerräume sowie der Betriebsflächen gestattet werden. Zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sind die Kontrolleure auch berechtigt, die Wohnräume der Betriebsinhaberin bzw. des Betriebsinhabers zu betreten; das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung ist insoweit eingeschränkt. Bei den Kontrollen wird es jedoch in den wenigsten Fällen um die Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung gehen, sodass ein Betretungsrecht der Wohnräume wohl nur in absoluten Ausnahmefällen gegeben ist.

7 Müssen die Kontrolleure bei Kontrollen in Ställen Schutzkleidung tragen?

Das Tragen von Schutzkleidung sollte aus Gründen der Tierhygiene für alle Haltungsformen verpflichtend sein, auch wenn es derzeit ausdrücklich nur für Schweinehaltungen vorgeschrieben ist. Sofern keine Schutzkleidung seitens des Betriebes zur Verfügung gestellt wird, führen die Kontrolleure Einwegschutzkleidung für diesen Zweck mit.

Zu beachten ist, dass die Tierbesitzer gem. Schweinehaltungshygieneverordnung in Beständen mit mehr als 20 Mast- oder Aufzuchtplätzen bzw. mehr als drei Zuchtsauenplätzen sicherzustellen haben, dass der Stall von betriebsfremden Personen nur mit Einwegkleidung oder betriebseigener Schutzkleidung betreten wird und diese Personen die Schutzkleidung nach dem Verlassen der Ställe ablegen.

8 Kann die Betriebsinhaberin bzw. der Betriebsinhaber eine Konditionalitäts-Kontrolle im Stall mit Hinweis auf die Gefahr der möglichen Krankheitseinschleppung verhindern?

Die allgemeine Befürchtung, dass ein Kontrolleur Krankheiten in die zu kontrollierenden Bestände tragen könnte, rechtfertigt die Verhinderung einer Kontrolle nicht. Sofern jedoch ein konkreter Verdacht (z. B. Gefahr der Seuchenverschleppung) vorliegt, kann die Betriebsinhaberin bzw. der Betriebsinhaber zur Vermeidung eines unverhältnismäßigen Schadens die Kontrolleure darauf hinweisen. Hierbei ist der Betriebsleiter allerdings verpflichtet darzulegen, in welcher Form die konkrete Gefahr vorliegt.

9 Ist die Betriebsinhaberin bzw. der Betriebsinhaber zur Mitwirkung bei der Kontrolle verpflichtet?

Den Kontrolleuren müssen auf Verlangen die in Betracht kommenden Bücher, Aufzeichnungen, Belege, Schriftstücke, Datenträger, Karten und sonstige Unterlagen zur Einsicht zur Verfügung gestellt werden. Die Kontrolleure sind berechtigt, Auskünfte zu verlangen. Ihnen ist die erforderliche Unterstützung bei der Kontrolltätigkeit zu gewähren.

Bei automatisiert geführten Aufzeichnungen ist die Betriebsinhaberin bzw. der Betriebsinhaber verpflichtet, auf seine Kosten die erforderlichen Ausdrucke zu erstellen, soweit die Kontrolleure dies verlangen.

10 Dürfen Auskünfte verweigert werden?

Die Auskunft kann auf solche Fragen verweigert werden, deren Beantwortung die Betriebsinhaberin bzw. den Betriebsinhaber selbst oder dessen Familienangehörige der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens aussetzen würde.

11 Was geschieht mit dem Kontrollbericht?

Die Betriebsinhaberin bzw. der Betriebsinhaber hat das Recht, den Kontrollbericht bei der Kontrolle zu unterzeichnen; es besteht allerdings keine Verpflichtung zur Unterschrift. Die Unterschrift bedeutet keine Anerkennung der festgestellten Verstöße, sondern bestätigt lediglich die Anwesenheit der Betriebsinhaberin bzw. des Betriebsinhabers. Die Betriebsinhaberin bzw. der Betriebsinhaber ist auch berechtigt, Bemerkungen zur Kontrolle auf dem Kontrollbericht hinzuzufügen.

Er erhält immer dann, wenn Unregelmäßigkeiten festgestellt werden, eine Ausfertigung der Kontrollfeststellungen. In den übrigen Fällen wird der Betriebsinhaberin bzw. dem Betriebsinhaber das Ergebnis der Kontrolle schriftlich mitgeteilt, sofern er nicht darauf verzichtet.

12 Rechtsgrundlagen

Die in diesem Merkblatt genannten Rechte und Pflichten ergeben sich aus den folgenden Rechtsvorschriften:

- Art. 83 VO (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013
- § 33 Gesetz zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen und der Direktzahlungen (MOG) Verordnung zum Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem und zur Änderung weiterer Verordnungen (InVeKoS-Verordnung) (zum Redaktionsschluss noch nicht endgültig verabschiedet)
- § 35 Allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern (AGO) vom 12. Dezember 2000, GVBl S. 873

6 SCHWERE BÖDEN KORRESPONDIEREND MIT MINDESTENS 17 % TONGEHALT

Als schwere Böden gem. Anlage 6 GAPKondV gelten Böden mit folgenden Bodenarten aus dem Klassenzeichen der Bodenschätzung:

- L,
- T, LT,
- sL, sL/S,
- T/SL, T/IS, T/SI, T/S, LT/IS, LT/SI, LT/S, L/SI,
- L/S,
- L/Mo, LMo, TMo, T/Mo,
- LT/Mo.

7 FEINKÖRNIGE LEGUMINOSEN IM RAHMEN VON GLÖZ7

Nachstehende Liste führt die NC der feinkörnigen Leguminosen auf, deren Anbau dazu führt, dass die entsprechende Fläche des Ackerlandes bei der Verpflichtung zum Fruchtwechsel (GLÖZ7) gem. § 18 Abs. 3 Buchstabe b der GAPKondV nicht berücksichtigt wird:

- NC Kulturart
- 421 Rot-/Weiß-/Alexandrinier-/Inkarnat-/Erd-/Schweden-/Persischer Klee
- 423 Luzerne, Hopfenklee/Gelbklee, Bastardluzerne/Sandluzerne
- 425 Klee-Luzerne-Gemisch
- 426 Bockshornklee, Schabziger Klee
- 427 Hornklee, Hornschotenklee
- 429 Esparsette
- 430 Serradella
- 431 Steinklee
- 432 Kleemischung aus NC 421, 427, 431 (stickstoffbindend)
- 434 Gras-Leguminosen Gemisch (Leguminosen überwiegt)
- 883 Winterhartes Leguminosengemenge

8 WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN ZU FFH-MÄHWIESEN

Nach Anhang I der FFH-Richtlinie geschützte Mähwiesen sind besonders arten- und blütenreiche Grünlandflächen, die durch eine extensive Bewirtschaftungsweise entstanden sind und entsprechend genutzt und gepflegt werden. Dies umfasst die Lebensraumtypen (LRT) „Magere Flachland-Mähwiesen“ (LRT 6510) und „Berg-Mähwiesen“ (LRT 6520). Sie bereichern die Kulturlandschaft mit ihrer Arten- und Strukturvielfalt und sind für den Fortbestand bestäubender Insekten wichtig.

Wo kommen FFH-Mähwiesen vor?

Die beiden Mähwiesentypen kommen in allen Teilen Bayerns vor. Sie treten vor allem in Fauna-Flora-Habitat-Gebieten auf, sind jedoch auch außerhalb verbreitet. Die FFH-Mähwiesen kommen auf unterschiedlichen Böden, mäßig trockenen bis mäßig feuchten Standorten vor und werden verschiedenartig bewirtschaftet. FFH-Mähwiesen werden in Kartierungen dokumentiert, damit Eigentümer und Bewirtschafter über deren Existenz informiert sind, zu deren notwendigen Erhalt beitragen und sich hierfür honorieren lassen können. Der aktuelle Stand der Kartierungen kann im Bayerischen Umweltatlas eingesehen werden.

Die FFH-Mähwiesen können auch als Ebene „Flachland- und Berg-Mähwiesen im Serviceportal iBALIS in der Feldstückskarte eingeblendet werden. Die Bereitstellung erfolgt über das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und das Bayerische Landesamt für Umwelt. Die FFH-Mähwiesen werden vornehmlich durch Biotopkartierung oder Managementplanung für FFH-Gebiete im Erfassungsmaßstab 1:5.000 ermittelt und bewertet. Die Aufnahme der FFH-Mähwiesen ist bayernweit noch nicht abgeschlossen.

Die o.g. Bestimmungen gelten auch für Flächen, die bisher noch nicht aufgenommen werden konnten. Im iBALIS werden daher vorliegend nur bekannte FFH-Mähwiesen-Flächen dargestellt, nicht jedoch Prüf-, Verdachts- oder Entwicklungsflächen. Weitere Informationen bietet das Infoblatt FFH-Mähwiesen und der FFH-Mähwiesenleitfaden erstellt durch das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus. Diese bündeln naturschutzfachliche und bewirtschaftungspraktische Aspekte - von der angepassten Düngung bis zu rechtlichen Grundlagen und helfen bei der Vorbereitung von Maßnahmen zum Erhalt der Flachland- und Berg-Mähwiesen in Bayern (vgl. Weiterführende Informationen).

8.1 Die richtige Pflege und Bewirtschaftung

Traditionelle Nutzung fortführen:

Ein wirksamer Schutz der FFH-Mähwiesen kann nur mit aktiver Pflege und Bewirtschaftung gelingen.

Für die meisten Wiesen gilt: zwei Schnitte pro Jahr, bei sehr mageren Aufwüchsen ein Schnitt, in Ausnahmefällen können auch drei Schnitte stattfinden.

Erster Schnitt zur Blütezeit der bestandsbildenden Gräser, je nach Standort meist Anfang bis Ende Juni.

Ergänzende Weidenutzung oder Nachbeweidung im Herbst ist möglich; eine Erhaltung von FFH-Mähwiesen allein durch Beweidung ist schwierig.

Falls beweidet wird, sollte eine kurze Standzeit eingehalten werden, die ein gleichmäßiges Fraßbild erzeugt, (gegebenenfalls Nachpflege). Eine Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde ist empfehlenswert.

Häufig liefern Böden und Leguminosen ausreichend Nährstoffe nach, um einen guten Zustand der Wiesen sowie die Ertragsfähigkeit zu sichern. Zudem finden durch die Luft oder oft auch aus angrenzenden Flächen Stickstoffeinträge statt.

Soll gedüngt werden, wird eine der traditionellen Nutzung entsprechende Düngung mit Festmist (Herbstaubbringung) von bis zu 100 dt/ha, nicht häufiger als alle zwei Jahre auf Flachland-Mähwiesen beziehungsweise alle 3 Jahre auf mageren Flachland-Mähwiesen und Berg-Mähwiesen, empfohlen. Alternativ können jährlich geringere Mengen gegeben werden, wenn die Gesamtgabe nicht überschritten wird.

Bei sehr mageren Standorten (1-Schnittnutzung) ist die Häufigkeit entsprechend anzupassen (alle vier bis sechs Jahre), falls eine Düngung zur Erhaltung des typischen Artenbestands hier überhaupt erforderlich ist.

Falls auf den ertragreicheren Flachland-Mähwiesen Gülle verwendet werden soll, kann verdünnte Rindergülle mit einem Trockensubstanzgehalt von maximal 5 % und bis zu 20 m³/ha alle zwei Jahre nach dem ersten Aufwuchs ausgebracht werden. Bei der Verwendung von Gülle ist besondere Vorsicht geboten, da die Dominanzbildung von Gräsern begünstigt wird und ein erhöhtes Verschlechterungsrisiko des ökologischen Erhaltungszustandes besteht.

Daher soll auf mageren oder feuchten Mähwiesen (zum Beispiel in Auen), auf solchen mit schlechtem Erhaltungszustand (Erhaltungszustand mit der Bewertung C, nur teilweise typische Artenausstattung) und auf Berg-Mähwiesen generell keine Gülle ausgebracht werden. Die Mengenangaben sollen keinesfalls überschritten werden, um Verschlechterungen des Artenbestandes der Mähwiesen zu vermeiden.

Mit der Düngung soll der Nährstoffentzug durch die Bewirtschaftung bedarfsgerecht ausgeglichen werden. Ein Aufdüngen zur Ertragssteigerung dürfte in der Regel zu einem Verstoß gegen die naturschutzrechtlichen Vorgaben führen.

Bei Wiesen mit nur teilweiser typischer Artenausstattung aufgrund zu hoher vorausgegangener Düngergaben (Erhaltungszustand mit der Bewertung C) sollte von einer Düngung ganz abgesehen werden, bis sich der lebensraumtypische Artenbestand wieder eingestellt hat.

Nachsaaten oder Neueinsaaten sollten nur in Ausnahmefällen (zum Beispiel Wildschweinschäden) und nur in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde durchgeführt werden.

Insgesamt: Die Bewirtschafter müssen sicherstellen, dass die Bewirtschaftung im Einklang mit den naturschutzrechtlichen Regelungen erfolgt. Bei Zweifelsfällen hinsichtlich der Pflege und Bewirtschaftung sollte die untere Naturschutzbehörde frühzeitig kontaktiert werden.

Kann eine erhebliche Beeinträchtigung oder Zerstörung von FFH-Mähwiesen durch eine Maßnahme nicht ausgeschlossen werden, muss die Maßnahme an die untere Naturschutzbehörde gemeldet werden und/oder eine Ausnahmegenehmigung beantragt werden.

8.2 Fördermöglichkeiten nutzen!

Der Freistaat Bayern hat eine besondere Verantwortung für den Erhalt der FFH-Mähwiesen, daher stellt er allen Landnutzern geeignete Förderprogramme zur Verfügung:

Anträge auf Förderung einer extensiven Wiesenbewirtschaftung nach dem VNP sind bei der unteren Naturschutzbehörde (LRA) zu stellen. Dort werden im Rahmen eines Beratungsgesprächs die geeigneten Maßnahmen für Ihre Flächen festgelegt. Das VNP ist als Baukastensystem angelegt und besteht aus Grundleistungen (zum Beispiel extensive Wiesennutzung mit Schnittzeitpunkten) und Zusatzleistungen (zum Beispiel Düngebeschränkung, Einsatz von angepasster Mäh- und Bergetechnik) ein. Die naturschutzgerechte Nutzung der Wiesen im VNP wird mit leistungsgerechten Prämien honoriert und startet bei FFH-Mähwiesen bei zirka 380 Euro je Hektar und Jahr und kann je nach Maßnahmenkombination auch über 800 Euro je Hektar und Jahr liegen. Sofern die Voraussetzungen gegeben sind, können zusätzlich auch die Öko-Regelungen 4 und 5 auf den Flächen abgeschlossen werden.

Anträge zur Förderung von Landschaftspflegemaßnahmen können ebenfalls bei der unteren Naturschutzbehörde (Landratsamt) gestellt werden. Sollten umfangreichere Landschaftspflegemaßnahmen (zum Beispiel Entbuschung, Wiederherstellung nach Brache, Einsaat von Flächen mit gebietsheimischem Saatgut) erforderlich sein, wenden Sie sich bitte an Ihren Landschaftspflegeverband

8.3 Rechtliche Grundlagen für den Erhalt von FFH-Mähwiesen

Die FFH-Mähwiesen sind nach der FFH-Richtlinie, dem Bundesnaturschutzgesetz und dem Bayerischen Naturschutzgesetz geschützte Lebensraumtypen beziehungsweise Biotop – innerhalb und außerhalb von FFH-Gebieten.

Sie dürfen nicht erheblich beeinträchtigt oder zerstört werden. Danach muss auch die Bewirtschaftung (Schnitt, Düngung) ausgerichtet werden

Der günstige Erhaltungszustand der FFH-Mähwiesen muss landes- und bundesweit erhalten und wo notwendig verbessert werden.

Eine Beeinträchtigung oder Zerstörung von FFH-Mähwiesen ist unter anderem ein Verstoß gegen die Konditionalitäten der EU-Agrarförderung.

Weiterführende Informationen:

www.anl.bayern.de/publikationen/weitere_publicationen/doc/infoblatt_ffh-maehwiesen_2025.pdf

www.anl.bayern.de/publikationen/weitere_publicationen/doc/leitfaden_ffh-maehwiesen_2025.pdf

Bei Fragen hilft die untere Naturschutzbehörde gerne weiter.